Nr. 246. 16. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1899 unter Nr. 7620. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 20. Oktober 1899. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Uferlose Flottenpläne.

Das persönliche Regiment, das in der deutschen Politik den Monarchisten mancherlei Unzuträglichkeiten bringt, trägt erfreulicherweise eine Art Heilmittel gegen sich selbst in sich. Die Offenheit, mit der der deutsche Kaiser seine Anschauungen verkündet, läßt dräuende Gefahren zeitig erkennen und erlaubt Gegenwehr der Andersdenkenden, ehe es zu spät ist.

Die vorletzte Rede des Kaisers, die er beim Stapellauf des Schlachtschiffes „Karl der Große" am Mittwoch hielt, kündigt gewaltige Marineforderungen der Reichsregierung an und leitet neue heftigste Kämpfe um Flottenbauten und „Weltpolitik" ein.

Es wurde stets bestritten, daß es in den regierenden Kreisen „uferlose Flottenpläne" gebe. Indem jetzt der Kaiser erklärt, daß alle die wiederholten und außerordentlichen Bewilligungen von Marineforderungen ihm einer „beharrlichen Verweigerung seiner Wünsche" gleichkommen — will man auch da noch eine gewisse Berechtigung jenes Wortes bestreiten? Will man daran noch zweifeln, da einflußreichste Kreise mit den Staatssekretären des Reichs-Marineamts unzufrieden waren, weil sie nicht noch weiter gehende Vorlagen vor dem Parlament vertreten mochten?

Es ist bekannt, daß Wilhelm II. neben den mannigfaltigen sonstigen Interessen, denen sein Enthusiasmus gilt, eine besondere Neigung für eine Politik des „größeren Deutschland" und die zur Durchführung einer solchen Politik nötigen Marinevermehrungen hat. Schon bei seiner Thronbesteigung erließ der Kaiser einen besonderen Befehl für die Marine, in dem er ausführte:

„Die Marine weiß, daß es mich nicht nur mit großer Freude erfüllt hat, ihr durch ein äußeres Band anzugehören, sondern daß mich seit frühester Jugend in voller Uebereinstimmung mit meinem lieben Bruder, dem Prinzen Heinrich von Preußen, ein lebhaftes und warmes Interesse mit ihr verbindet."

Dieses lebhafte und warme Interesse des Kaisers wirkte dann bald in die praktische Politik über. Zwar hat der Kaiser in einigen seiner Reden die Meinung ausgesprochen, daß die deutsche Marine zwar klein sei, daß sie aber dennoch stärker sei als andere Marinen durch ihre Tüchtigkeit. Doch dies war ihm offenbar kein genügender Trost, im allgemeinen durchklingt seine Reden und sein Wirken seit seinem Regierungsantritt der Gedanke: Mehr, viel mehr Kriegsschiffe!

Bekannt sind die zahlreichen Aussprüche des Kaisers, die seine großen Hoffnungen weitgreifender, die Meere beherrschender Macht Deutschlands bekundeten. „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser" und „Der Dreizack gehört in unsere Faust" — das wurden geflügelte Worte für unsere Alldeutschen und Ueberseepolitiker. Wohl nichts aber, vielleicht selbst der „Umsturz" nicht, konnte den Kaiser so erzürnen, als die Ablehnung einer Marineforderung; im April 1897, als der Reichstag einige Abstriche an den bedeutenden Forderungen der Regierung vernahm, depeschierte der Kaiser an den Prinzen Heinrich:

„Das ist die traurige Folge des Verhaltens jener vaterlandslosen Gesellen, die die Beschaffung der für das Deutsche Reich notwendigen Kriegsschiffe zu hintertreiben wissen. Ich werde aber nicht rasten in dem Bestreben, **meine Marine auf die gleiche Höhe zu bringen, deren sich die Armee erfreut.**"

Noch höher scheint des Kaisers Marine-Interesse gestiegen zu sein, als es ihm gelungen war, neue koloniale Erwerbungen zu machen. Mit der Vermehrung der Kriegsschiffe steigert sich naturgemäß der Drang nach fernen Besitzungen; mit deren Erwerbung erscheinen wiederum neue Schiffsvermehrungen nötig. Seit jener Zeit beschäftigte sich der Kaiser mehr als je mit vergleichender Marinekunde; er fertigte eigenhändig Tabellen und Tafeln an, führte sie Mitgliedern des Reichstags in seinem Schlosse vor oder ließ sie in der Wandelhalle des Reichstags-Gebäudes aufstellen; aus alledem sollte sich zeigen, daß das Ausland uns weit voraus sei in den Kriegsschiff-Rüstungen und wie not es thue, ihm nachzufolgen.

Und schließlich hat der Kaiser seine Flottenbewertung noch dadurch erhöht, daß er den Zusammenhang zwischen Flottenvermehrung und der Erhaltung des Weltfriedens fand. Im Anschluß an das Manifest des russischen Zaren erklärte der Kaiser noch jüngst: „Eine Vermehrung der Flotte ist in Wirklichkeit der beste Friedenskongreß".

Thatsächlich sind denn auch die Marine-Rüstungen in Deutschland wahrhaft sprunghaft in die Höhe gestiegen. Seit der Thronbesteigung Wilhelms II. erfolgte ein rapider Aufstieg in den fortlaufenden wie in den einmaligen Ausgaben für die Marine, bis schließlich das Tirpitzsche Flottengesetz von 1898 eine Bewilligung auf sechs Jahre hinaus von fast einer Milliarde brachte.

Das alles ist nach der Rede des Kaisers noch nicht genug gewesen. Es soll so wenig gelten, daß der Kaiser Grund zu haben meint zu bitterer Klage gegen die Reichstagsparteien. Den agrarischen Konservativen, welche nur mit einem nassen Auge die Entwicklung Deutschlands zum Handelsstaate sehen, dem Centrum, das den Marineforderungen zu Liebe seine Vergangenheit aufgab und seine früheren Grundsätze prostituierte, wird nun erklärt, sie hätten viel mehr thun müssen als sie thaten.

Der Kaiser hat nicht angedeutet, wie groß denn eine Flotte sein müßte, die seinen Wünschen entspricht. Aber weit zurück liegt die noch vom Reichskanzler Capriv i vertretene Anschauung, daß Deutschland eine Flotte brauche, genügend zum Schutz seiner Küsten. Längst ist auch die Beschränkung auf den Schutz des deutschen Handels ein überwundener Standpunkt geworden. Es handelt sich um ein ganz anderes, um imposante Machtentfaltung auf dem Weltmeere, in Ostasien, in Afrika, in den Gewässern des Stillen Oceans. Nicht schützen soll die Schlachtflotte nur, sie soll befähigt sein, offensiv vorzustoßen, mit den Schlachtflotten anderer Staaten, der großen Seemächte, zu rivalisieren, sie soll weltpolitische Entscheidungen auf der hohen See herbeiführen.

Der Unmut des Kaisers wegen des ungenügenden Flottenbestandes wird erst erklärlich, wenn seine Ziele erkannt werden. Vor einigen Monaten erst sagte der Kaiser in Brunsbüttel:

„Es ist mein Grundsatz, **überall, wo ich kann, neue Punkte zu finden, an denen wir einsetzen können,** an denen in späteren Zeiten unsere Kinder und Enkel sich ausbauen und das zu nutze machen können, was wir ihnen erworben haben."

„Neue Punkte" auf dem Erdenrund gewinnen — das ist in des Kaisers gestriger Rede die „große, weltbewegende Frage", für die das Interesse und politische Verständnis unter den Deutschen zu langsam wachse.

Als im vorigen Frühjahr die Regierung die Festlegung des Flottenbaues für eine Reihe von Jahren forderte, veranlaßte sie vertrauensvolle Gemüter zu der Annahme, daß das deutsche Volk wenigstens auf 6 Jahre Ruhe vor dem Moloch Marinismus haben solle. Weniger Vertrauensvolle allerdings meinten sofort, der Reichstag werde gebunden und um sein Etatsrecht gebracht, aber die Regierung werde sich nicht gebunden erachten. Unser Parteigenosse Bebel sagte denn auch im Dezember 1898: „Jedenfalls steht ein neuer Flottenplan am Horizont." Durch die Rede des Kaisers erscheint dieser neue Flottenplan nun bereits hoch über den Horizont emporgewachsen.

Hat man denn nun aber überhaupt einen klar ausgearbeiteten Plan? Welche Flotte ersehnt denn der Kaiser? Und wie soll sich die deutsche Politik als „Weltpolitik" gestalten?

Das Marine-Dioskurenpaar Levy von Halle und Adolf von Wenckstern hat uns gezeigt, wohin die Wünsche des Marine-Enthusiasmus zielen.

Herr v. Wenckstern, Privatdocent der Berliner Universität, verlangte in seiner kürzlich erschienenen Schrift nicht weniger als eine Schlachtflotte von 57 Linienschiffen, 15 großen und 36 kleinen Kreuzern. Die einmaligen Kosten hierfür berechnet er auf rund **1700 Millionen Mark**, das Jahresbudget nach Fertigstellung dieser Flotte auf **212½ Millionen Mark.** Und die „Berl. Pol. Nachr.", das offiziöse Organ des Ministers v. Miquel, bemerkten zu diesen phantastischen Forderungen:

„Dieser schon von anderer Seite ausgesprochene und durch A. v. Wenckstern neu beleuchtete Gedanke wird auf der Tagesordnung der öffentlichen Meinung bleiben, **bis er eine endgültige Erfüllung gefunden** hat."

Die Kruppschen „Berl. Neuest. Nachr.", voller Lust nach neuen Kanonen- und Panzerplatten-Bestellungen, fordern bereits den Reichstag auf, das Flottengesetz so abzuändern, daß die bereits bewilligten Schiffsbauten in kürzerer als der gesetzlich festgestellten Frist vollendet werden und Raum werde zu neuen baldigen Bewilligungen.

Ebenso führt die „Post" aus:

„Wie an das Volk in seiner Gesamtheit, so richtet sich die kaiserliche Mahnung, in einer an großen Aufgaben reichen Zeit nicht kleinlichen Sinnes erfunden zu werden und nicht den freien Blick für hohe Ziele durch Hingabe an verbissenen Parteihader beengen zu lassen, insbesondere an den Reichstag, der in erster Linie in den des Vaterlandes Wohl und Wehe bedingenden Fragen mitzusprechen hat. **An ihm ist es, durch Abkürzung des Planes zum Ausbau der Flotte** zu beweisen, daß er bereit ist, dem Vaterlande alles zu geben, was ihm zur Behauptung seiner Stellung und seines Ansehens, zur glänzenden Entfaltung seiner produktiven und kommerziellen Kräfte unbedingt notwendig ist. Die nationalen Parteien zumal sollten die Mahnung zum Zusammenschlusse der nationalen Kräfte im Volke beherzigen und entschieden **für eine Politik der Sammlung** eintreten."

So verbindet sich für die „Post" mit dem Gedanken der „Weltpolitik" der Gedanke der **Zuchthauspolitik,** der ja die „Sammlung" gilt. Im inneren Deutschland soll nach dem Verlangen dieser Preßorgane für die Arbeiterklasse, die mit der Waffe des Koalitionsrechts Anteil am nationalen Reichtum, an den Kulturgütern erringen will, das Zuchthaus erbaut werden und nach außen soll eine glanzvolle Weltpolitik in Scene gesetzt werden. Durch Knebelung der Arbeiterklasse wird im Lande das Verderben gesät und durch Unternehmungen in allen Winkeln des Erdrundes werden Fährlichkeiten über Fährlichkeiten vorbereitet.

Da der agrarische Monarchist Klapper nicht, ohne vom Majestätsbeleidigungs-Paragraphen ergriffen zu werden, Kritik üben durfte, so kann die Weltpolitik, welcher der Kaiser nachgeht, auch von uns schwer gewürdigt werden. Aber auch die bilderreichsten Reden des deutschen Herrschers werden das deutsche arbeitende Volk nicht für jene Weltpolitik gewinnen, deren Mißerfolg ebenso gewiß ist, als der Mißerfolg unserer bisherigen Kolonialpolitik.

Wohl soll das deutsche Volk Weltpolitik treiben, aber nicht jene der Wettrüstungen zu Lande und zu Wasser, jene Eroberungspolitik, die überall auf dem Erdball Länderfetzen sammelt. Die weltpolitische Aufgabe, die unserem Volke von der Geschichte und durch seine besondere Geistesart gestellt ist, ist nicht in fernen Meeren zu lösen, sondern **hier in der Heimat,** wo es gilt, mit anderen Nationen zu wetteifern **in den Werken der Kultur,** ihnen voranzueilen im Wettkampf um die materielle Hebung und geistigen Erhöhung des eigenen Volkes und der Menschheit.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Oktober.

Die Hamburger Flottenrede

wird von den amtlichen Stellen offenbar für außerordentlich bedeutungsvoll gehalten. Der „Reichs-Anzeiger" hat sie bereits am Mittwoch in einer Extraausgabe gedruckt, wenn auch nicht an seine Abonnenten verbreitet.

Die Morgenblätter begnügten sich, abgesehen vom „Vorwärts", zumeist mit der einfachen Wiedergabe des Wortlauts. Das freisinnige „Berliner Tageblatt", das für den Liberalismus Regierungsfähigkeit erträumt, seitdem die Konservativen von der Hofliste gestrichen, hatte zu der „flammenden Rede" kurz hinzugefügt, man werde „gerade im gegenwärtigen Augenblicke den Ausdruck des Bedauerns darüber, daß nicht schon vor zehn Jahren der Wunsch des Monarchen nach einer großen deutschen Flotte auf Verständnis gestoßen, in mehr als einer Beziehung bedeutungsvoll finden".

Von den Abendblättern äußerte sich am charakteristischten die „Kreuz-Zeitung", indem sie — schwieg. Das arme Organ der Junker weiß aus bekannten Gründen nicht, was es sagen soll; sind doch die Agrarier im Grunde ihres Herzens auch Gegner jeder großen Flottenmehrung, und ist es doch nicht angenehm für ein so königstreues Blatt, immer wieder gegen seinen König zu agitieren.

Kaum nötig zu sagen, daß die „Berliner Neuesten Nachrichten" und die „Post" begierig den Gedanken aufgreifen; das bringt das Geschäft dieser Blätter, welche die an neuen Schiffen materiell stark beteiligten Firmen Krupp und Stumm vertreten, so mit sich. Auch der fromme „Reichsbote", der immer auf den Wegen des Fürsten zu wandeln beflissen ist, billigt die Rede ohne Vorbehalt. Dagegen ist die bündlerische „Deutsche Tages-Zeitung" sehr bedenklich. Mit dem „Vorwärts" meint sie, die Wendung über die beharrliche Verweigerung von Verstärkungen erwecke fast den Anschein, als ob der Kaiser mit seiner Auffassung von der Notwendigkeit der Flottenvermehrung innerhalb der Regierung auf Widerstand gestoßen sei, denn der Reichstag habe nur hin und wieder einige kleine Forderungen abgestrichen, in der Hauptsache aber alles bewilligt.

Die offiziösen Federn der Regierung haben sich bisher nicht gerührt; sie haben sich offenbar von ihrer Ueberraschung noch nicht erholt. Die katholische „Germania" hat die Ueberzeugung, daß der Kaiser die bestehende Vereinbarung zwischen Regierung und Reichstag über den weiteren Ausbau der Flotte zu respektieren wissen werde, wenn auch seine Wünsche weiter gehen mögen. Was der Reichstag bewilligen mußte und bewilligen konnte, habe er nicht verweigert. Neben sachlichen Entscheidungsgründen hätten parteipolitische Erwägungen niemals den Ausschlag gegeben, es sei denn in dem bekannten konservativen Ausspruch: „Kein Kanitz, keine Kähne." Das rheinische Centrumsblatt, die „Kölnische Volksztg." glaubt, daß in der gestrigen Rede des Kaisers in Hamburg ein Fingerzeig zu erblicken sei für die Richtung, in welcher der neue Kurs weiter gesteuert werden soll. Man erinnert sich, daß Miquel es sei, welcher über das deutsche Parteiwesen wiederholt sich in ähnlicher Weise geäußert hat. Insoweit erscheine die Kaiserrede als eine in diesem Augenblick besonders beachtenswerte Zustimmung zur Miquelschen Politik. Bezüglich der kaiserlichen Betonung der Notwendigkeit der Verstärkung der deutschen Flotte sagt das Organ: Die deutsche Flotte müsse verstärkt werden; aber bei einer Bestimmung des Tempos wirkten finanzpolitische Erwägungen mit. Der deutsche Reichstag habe entschieden die Leistungsfähigkeit des Volkes im Auge zu behalten.

Man ersieht aus diesen Aeußerungen, daß durch die Hamburger Kaiserrede die Verwirrung der inneren Lage sich nach der Abflauung der Kanalkrisis aufs neue gesteigert hat. —

Autoritäten-Sturz.

Die „Kreuz-Zeitung" gesteht jetzt zu, daß sie in der That unsere „praktische Tagespolitik" meint, wenn sie den Philistern Angst vor dem Endziel einflößt. Der Hinweis auf die Gefahr der praktischen Arbeit genüge vollständig, um vor weiterem ruhigen Gewährenlassen zu warnen:

„Soweit die Konservativen diese Behauptung des „Vorwärts" angeht, können wir bestätigen, daß wir in dem „praktischen Wirken" der Socialdemokratie, in der Verbreitung des Klassenhasses, in der Untergrabung jeglichen Autoritätsbewußtseins, in der Erweckung der Unzufriedenheit und der Sammlung aller Mißvergnügten unter der roten Fahne allerdings eine große

Gefahr, aber nicht eine Gefahr für unsere Interessen, sondern für unser Vaterland erblicken."

Daß die Junkerschaft niemals etwas für ihre Interessen thut, sondern lediglich mit himmlischer Selbstlosigkeit dem Vaterlande dient, ist eine harmlose Versicherung, an deren Echtheit zu zweifeln mindestens Gotteslästerung wäre. Davon abgesehen aber, wird uns die „Kreuz-Zeitung" weiter zugestehen, daß wir nur von unseren verfassungsmäßigen Rechten streng gesetzlichen Gebrauch machen, wenn wir uns bemühen, geistige Aufklärung und starke Organisation — im Interesse unseres Volkes und der Menschheit — in die Massen zu bringen. Gegen solche Macht des Geistes ist nun einmal auch in dem Sumpf der „Kreuz-Zeitung" kein Kraut gewachsen, und es muß wohl schon die Schuld an den Massen und den Autoritäten, die wir bekämpfen, liegen, wenn wir solche Erfolge erzielen.

Indes man sollte auch unsere Verdienste nicht überschätzen und gerade die „Kreuz-Zeitung" sollte ihre eigenen Leistungen hinter den unsrigen nicht allzu bescheiden verschwinden lassen. Wie wenig haben wir in den von Natur und erblich gutgesinnten Kreisen für die Untergrabung der Autorität und die Erweckung der Unzufriedenheit bisher wirken können im Vergleich zu den riesigen Erfolgen der konservativen Agrardemagogen, die das ganze ebenso besitzende wie mißvergnügte Landvolk unter ihre blaue Rebellenfahne gesammelt haben, die mit einer unvergleichlichen Kraft den höchsten Autoritäten — man denke an die Dortmunder Reden, die Kanalablehnung und die demonstrierenden Landräte — ihre gläubigsten Anhänger entfremdet haben, und die in wenigen Wochen mehr zur Erweckung der Unzufriedenheit beigetragen haben, als wir Umstürzler vielleicht in ebensoviel Monaten und Jahren.

Sieht die „Kreuz-Zeitung" in diesem ihren Thun eine Gefahr für das Vaterland, so möge sie gegen sich selbst ausnahmegesetzliche Gewaltmaßregeln beantragen; sie darf sicher sein, daß wir, soviel an uns liegt, dahin streben werden, sie vor derartigen Brutalitäten zu schützen, selbst wenn sie sie gegen sich selbst fordern. —

* * *

Deutsches Reich.

Zur Kaiserrede.

Kaiser Wilhelm behauptet, daß in den ersten 8 Jahren seiner Regierung, d. h. 1880—1887, ihm die Verstärkung der Flotte beharrlich verweigert worden wäre. Nun sind aber gerade — wie die „Freis. Ztg." schreibt — in diesen ersten acht Jahren der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. die Ausgaben im Extraordinarium des Marine-Etats **mehr als verdoppelt worden** gegen die vorhergehenden acht Jahre. In den vorhergehenden acht Jahren haben diese Ausgaben zusammen **93** Millionen betragen, in den ersten acht Jahren der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. dagegen **259** Millionen Mark.

Während Kaiser Wilhelm II. behauptet, daß in den acht Jahren 1889 bis 1897 die Flotte keine Verstärkung erfahren hat, ergeben die Schiffslisten, daß in diesen acht Jahren vom Stapel gelaufen sind nicht weniger als 7 Panzerlinienschiffe, 8 Küstenpanzerschiffe, 6 große Kreuzer, 10 kleine Kreuzer, 38 Torpedoschiffe und die Kaiser-Yacht „Hohenzollern". Diese Schiffe erheischten für ihre Fertigstellung im ganzen **275 Millionen Mark.** Entsprechend der daraus folgenden Verstärkung der Flotte waren die fortdauernden Ausgaben der Marineverwaltung, welche im letzten Regierungsjahr Kaiser Wilhelms I. nur **14** Millionen Mark betrugen, nach acht Jahren im Etatsjahr 1896 schon auf **40** Millionen Mark angewachsen. Die Personalstärke der Marine hatte in dieser Zeit eine Erhöhung von 15 573 Mann auf 21 835 Mann erfahren.

Armee- und Marine-Ausgaben.

In den letzten acht Jahren der Regierungszeit Kaiser Wilhelms I. sind an laufenden und einmaligen Ausgaben für Armee und Marine **4114** Millionen Mark ausgegeben worden. In den ersten acht Jahren der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. betrugen diese Ausgaben **5926** Millionen Mark, waren also **1812 Millionen Mark höher** als in den letzten acht Jahren der Regierungszeit Kaiser Wilhelms I. Wesentlich infolge dieser Erhöhung der Militär- und Marine-Ausgaben ist die **Reichsschuld um 1400 Millionen Mark gewachsen.** Die Reichsschuld hat sich seit dem Tode Kaiser Wilhelms I. bis 1897 verdreifacht; sie betrug damals 721 Millionen Mark und belief sich schon am 1. April 1897 auf 2142 Millionen Mark. Dabei ist die Belastung mit Reichssteuern, welche sich im Jahre 1888/89 auf nur **507** Millionen Mark beliefen, in den ersten 8 Jahren der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II., also bis 1896, auf **790** Millionen Mark jährlich angewachsen.

Vom Freisinn.

Das Organ des aufrechten und honetten Bürgertums, die „Vossische Zeitung", ist nun glücklich so weit gekommen, sich den vollen Beifall der von Stumm und Krupp gedungenen Presse zu verschaffen. Für jeden, der noch ein bißchen wirklichen Liberalismus sich bewahrt hat, ist folgende Schlußfolgerungskette überzeugend: Die Besserung der Lebenshaltung der Arbeiter ist die wichtigste kulturelle Forderung. Diese Besserung kann nur durch Organisationen der Arbeiter, in letzter Linie mittels Streiks, herbeigeführt werden. Damit der günstige Erfolg erreicht wird, müssen die Arbeiter möglichst sämtlich organisiert sein, und es ist vor allem verderblich, wenn sie durch das unsolidarische Verhalten von Arbeitskollegen um den Ertrag ihrer Mühen gebracht werden. Infolge dessen ist es im Interesse der Kultur bedauerlich, daß durch sogenannte Arbeitswillige die fortgeschrittenen Arbeiter in ihren Bemühungen gehemmt werden, wie es verzeihlich ist, wenn hie und da die organisierten Arbeiter in der sozialen Notwehr gegen die Arbeitswilligen zu weit gehen. Das einzige redliche Mittel, solchen Ausschreitungen vorzubeugen, ist die ausnahmslose Organisation aller Arbeiter, die Erstarkung des Gewissens der Solidarität, und es ist mithin die Aufgabe jedes wirklichen Liberalen, auf diese umfassende Organisation hinzuarbeiten.

In diesem Gedankenkreis zwingender Schlußfolgerungen, die man zugeben muß, wenn man einmal die erste Voraussetzung acceptiert, den kulturellen Wert einer Hebung des Arbeiterstandes, bewegt sich ungefähr Lujo Brentano. Und was schreibt nun die freisinnige „Vossin" gegen den Münchener Gelehrten? Der Geist der glorreichen Posadowsky-Denkschrift ist über sie gekommen und sie knallt die folgenden Patronen los:

Wir wollen doch betonen, daß der Zweck, die Arbeitswilligen zu schützen, durchaus der unsrige ist . . .

Wir sind keineswegs der Ansicht, daß jedesmal, wenn eine Arbeitseinstellung ausbricht, das Recht auf seiten der Arbeiter ist, und daß das Ziel, einen höheren Lohn zu erzwingen, unter allen Umständen gebilligt werden muß . . .

Aber selbst dann, **wenn eine Arbeitseinstellung für gerecht gehalten werden muß, ist derjenige Arbeiter, der seine Arbeit** zu den alten unzureichenden Bedingungen **fortsetzt,** formal in seinem guten Rechte, und in vielen Fällen **verdient er unsere Sympathien.** Der Regel nach wird die Sache so liegen, daß er ein krankes Familienglied im Hause hat, oder von ähnlicher Not geplagt ist, und lieber seine Familie mit dem bisherigen Lohn kümmerlich erhalten, als sie einem Mangel aussetzen will, der schweres Leid über ihn und sie heraufbeschwören kann.

„Der Arbeiter, der nach verkündigtem Ausstande seine Arbeit einstellt . . . darf nicht Gewalt brauchen, nicht drohen und nicht beleidigen. Wir können uns nicht einmal der Ansicht Brentanos anschließen, daß ihm die Wahrnehmung berechtigter Interessen als mildernder Umstand zur Seite steht, wenn er sich in der angedeuteten Richtung strafbar macht.

„Soweit wir Gelegenheit gehabt haben, **von einzelnen konkreten Fällen der Ausschreitungen bei Arbeitseinstellungen Kenntnis zu nehmen, haben wir stets den Eindruck gewonnen, daß die Arbeitswilligen brave und besonnene Menschen waren, und daß ihre Angreifer mit Rohheit gehandelt haben.** Es mag ein Zufall sein, daß wir solche Erfahrungen gesammelt haben; vielleicht haben andere entgegengesetzte Erfahrungen gesammelt. Aber solche Erfahrungen, wie wir sie gemacht haben, kommen doch auch vor.

Wir bekennen uns also ganz entschieden zu dem Grundsatze, daß der Arbeitswillige gegen Ausschreitungen der Ausständigen geschützt werden muß. Aber wir fügen dem hinzu, daß der Arbeitswillige schon jetzt durch das Gesetz so gut geschützt ist wie das Gesetz in solchen Dingen eben schützen kann. Das Strafgesetz allein thut es nicht; Polizei und Strafgesetz müssen zusammen wirken. **Vielleicht könnte die Polizei bei bedeutenden Arbeitseinstellungen und bei hervortretender Neigung zu Ausschreitungen etwas mehr am Platze sein.** Aber auch die beste Polizei und die strengste Handhabung des Strafgesetzes werden nur in seltenen Fällen im stande sein, einen Unfug mit der Wurzel auszurotten."

Was hier das freisinnige Blatt schreibt, übertrifft noch weit die Denkschrift, die noch immerhin einen Anlauf genommen hat, ein paar Thatsachen beizubringen. Die „Vossin" begnügt sich, nach dem Vorbild niedrigster Klatschbasen, ihre persönlichen Erfahrungen zum besten zu geben, daß die Arbeitswilligen brave und besonnene Menschen, die streikenden Angreifer rohe Patrone sind.

Das Blatt des Exzenossen Stephany hat überhaupt ein unübertrefflich weiches Gemüt. Nicht nur, daß es echt freisinnig nach mehr Polizei ruft, es widmet **seine Sympathien, auch wenn es einen Streik für berechtigt hält, denen, die den Mißerfolg des Streiks herbeiführen,** weil sie ihren Kameraden heimtückisch in den Rücken fallen. Wohlgemerkt: diese Sympathie-Erklärung für die Arbeitswilligen gestattet sich das Blatt ausdrücklich unter der Voraussetzung eines an sich gerechten Ausstandes. Es versetzt sich mitleidig in die Seele eines Arbeitswilligen, der in kurzsichtiger Feigheit seine Kameraden verrät, weil er für seine Familie Not befürchtet. Aber es lächelt kalt über das wirkliche Massenelend, das hereinbricht über die Arbeiterfamilien, die zwar einen an sich gerechten Streik begonnen, ihn aber verloren haben, weil jene Arbeitswilligen — an ihre Familien dachten.

Es mindert nicht die Jämmerlichkeit der freisinnigen Auslassung, daß das Blatt sich gegen die Zuchthausvorlage erklärt, weil die jetzigen Strafen ausreichend seien. In dem Sündenregister des Freisinns darf diese Auslassung einen hervorragenden Platz beanspruchen. —

Konservative und Centrum. Die „Kreuz-Zeitung" hatte neulich dem Centrum — so weit ist es mit dieser „demokratischen" Partei gekommen — den schüchternen Antrag eines Kartellschlusses gemacht. Die „Kreuz-Zeitung" hatte in einem Artikel einer Centrums-Korrespondenz den Beweis zu sehen geglaubt, „daß es auch im Centrum gewichtige Stimmen giebt, die von einer unbedingt feindseligen Haltung zu den Konservativen nichts wissen wollen, sondern verlangen, daß beide Parteien auf denjenigen Gebieten, in denen ihre Anschauungen sich berühren, friedlich mit einander arbeiten."

Das gemeinsame Gebiet ist natürlich die Schule und was mit ihr zusammenhängt. Die katholische „Germania" weist ihrerseits die Werbung nicht ganz zurück. Niemand im Centrum habe eine „unbedingt feindselige" Haltung zu den Konservativen, „wie es auch selbstverständlich ist, daß Centrum und Konservative auf denjenigen Gebieten, in denen ihre Anschauungen sachlich sich berühren, friedlich mit einander arbeiten. Die Centrumspartei hat dies stets bewiesen; leider aber können wir von der konservativen Partei nicht dasselbe sagen."

Damit ist die „Germania" wieder auf das im Centrum sehr beliebte Thema der erst zu erfüllenden „Vorbedingungen" gelangt:

„Wir würden der Versicherung der „Kreuz-Zeitung", daß die Konservativen dem Centrum gegenüber den Standpunkt der Gleichberechtigung, aber nicht in Worten, sondern wirklich beobachten, beispielsweise dann mehr Glauben schenken können, wenn die „Kreuz-Zeitung" einmal offen erklären würde, daß nach ihrem Dafürhalten ein Centrumsmann ebensogut Minister — auch Kultusminister — werden könne, als ein konservativer oder freikonservativer Beamter. Wenn die „Kr.-Ztg." einmal dem Gedanken einer solchen Gleichberechtigung des Centrums Ausdruck giebt, was **auch höheren Orts nicht ohne Eindruck bleiben würde,** dann würden wir schon eher geneigt sein, ihren Versicherungen über das Anerkenntnis der Gleichberechtigung Glauben und Vertrauen zu schenken."

Die „Germania" verlangt also einen ultramontanen Kultusminister, dann ist sie für eine konservativ-reaktionäre Politik zu haben. Für die Beurteilung des Centrums, über das man nicht selten Illusionen hegt, ist dieses Glaubensbekenntnis des „Germania"-Flügels wohl zu beachten. —

Ueber den Zusammenhang von Religion und Technik hat der Kaiser bei der Hundertjahrfeier der technischen Hochschule in Charlottenburg sich wie folgt geäußert:

„Daß durch die wissenschaftlichen Bestrebungen der Hochschulen der innige Zusammenhang mit der Praxis nicht beeinträchtigt werden darf und die Technischen Hochschulen bemüht sein werden aus der anregenden Berührung mit dem Leben fortdauernd neue Kraft und Nahrung zu ziehen, dafür dienen als Wahrzeichen die Standbilder der beiden Männer, die fortan die Front dieses Hauses schmücken werden. So lange sie die Erinnerung an diese Männer festhalten und ihrem Vorbilde nacheifern, wird die deutsche Technik im Wettkampf der Nationen allezeit ehrenvoll bestehen. In dem Verhältnis der Technischen Hochschulen zu den anderen obersten Unterrichtsstätten aber giebt es keine Interessengegensätze und keinen anderen Eifer als den, daß eine jede von ihnen und jedes Glied derselben an seinem Teile den Forderungen, die das Leben und die Wissenschaft stellen, voll gerecht werde, eingedenk der Goetheschen Worte:

Gleich sei keiner dem andern; doch gleich sei jeder dem Höchsten!

Wie das zu machen? Es sei jeder vollendet in sich!

Bleiben die Technischen Hochschulen, welche in dem zu Ende gehenden Säculum zu so schöner Blüte sich entwickelt haben, dieser Mahnung getreu, so wird das kommende Jahrhundert sie wohl gerüstet finden, auch den Aufgaben gerecht zu werden, welche die fortschreitende kulturelle Entwicklung in immer steigendem Maße an die Technik stellt.

Staunenerregend sind die **Erfolge der Technik** in unseren Tagen, aber sie **waren nur dadurch möglich, daß der Schöpfer Himmels und der Erde den Menschen die Fähigkeit und das Streben verliehen hat, immer tiefer in die Geheimnisse seiner Schöpfung einzudringen** und die Kräfte und die Gesetze der Natur immer mehr zu erkennen, um sie dem Wohle der Menschheit dienstbar zu machen. **So führt, wie jede echte Wissenschaft, auch die Technik immer wieder zurück auf den Ursprung aller Dinge, den allmächtigen Schöpfer,** und in demütigem Dank müssen wir uns vor ihm beugen. Nur auf diesem Boden, auf dem auch der verewigte Kaiser Wilhelm der Große lebte und wirkte, kann auch das Streben unserer Wissenschaften von dauerndem Erfolge begleitet sein. Halten Sie, Lehrer und Lernende, daran fest, so wird Ihrer Arbeit Gottes Segen nicht fehlen.

Die von der Orthodoxie viel gelästerte, namentlich unsere Naturwissenschaftler beherrschende mechanistische Weltanschauung erweist sich, dieser Kaiserrede zufolge, nur als eine Wirkung der monotheistischen Teleologie, des frommen Glaubens an eine überweltliche Technik, die alle Zwecke im voraus festgelegt hat. —

Heinrich XXII. Es ist bekannt, daß der Beherrscher des Fürstentums Reuß ä. L. eifersüchtig über die Unversehrtheit seines besonderen Herrschertitels wacht. Das geht auch aus der Prägung der reußischen Münzen hervor.

In der Reichstagssitzung vom 17. November 1871 hatte Bismarck den Antrag des Grafen Münster, es solle auf die Rückseite der Geldstücke nicht das Bildnis der einzelnen Landesfürsten, sondern das des Kaisers geprägt werden, aus Rücksicht auf die dynastische Empfindlichkeit zu Fall gebracht. Während kein deutscher Fürst auf den Geldmünzen an seine Souveränität erinnert, läßt der Fürst von Reuß ä. L., wie die „Rhein.-Westf. Zeitung" aufmerksam macht, auf den Geldmünzen sein Porträt durch folgende Worte einrahmen: „Heinrich XXII. v. G. G. Alt. L. Souv. Fürst Reuß"; d. h.: „Heinrich XXII. von Gottes Gnaden Aelterer Linie Souveräner Fürst Reuß."

Bei der heutigen Zeitstimmung dürfte das Beispiel des zweiundzwanzigsten Heinrich, der konsequenterweise nicht von der Anzahl der regierten Quadratkilometer abhängig macht, am Ende Nachahmung finden. —

Warum? Am letzten Sonntag sollten in Glauchau in Sachsen die Wahlen zum Gewerbegericht vorgenommen werden; der Wahltermin ist natürlich schon lange bekannt gemacht. Am Sonnabend, also einen Tag zuvor, verbietet die Kreishauptmannschaft plötzlich die Wahl mit der Begründung, daß eine ältere Verordnung bestehe, nach der die Vornahme solcher Wahlen des Sonntags nicht gestattet sei.

Alle Beteiligten, Arbeiter wie Unternehmer, haben das größte Interesse daran, daß die Wahl des Sonntags vorgenommen wird, weil sie dann ihr Wahlrecht ohne Vernachlässigung ihrer Geschäfte ausüben können; warum wird ihnen das verwehrt?

Ein konservativer sächsischer Landtags-Abgeordneter, Dr. Schober aus Leipzig, sitzt seit Jahren anscheinend zu Unrecht im Landtag. Schober ist nämlich östreichischer Generalkonsul. Darauf hin ist sein Mandat jetzt von den Liberalen angefochten worden und sie können sich dabei auf die Anschauung der sächsischen Staatsregierung stützen. Die „Dresdner Zeitung" macht nämlich auf eine sächsische Ministerialverordnung vom Jahre 1892 aufmerksam, wonach die Konsuln, auch die Wahlkonsuln, als Beamte des ernennenden Staates anzusehen sind.

Diese Verordnung ist vom jetzigen Minister des Innern gezeichnet und wird deshalb von ihm auch nicht desavouiert werden können. Danach ist Herr Schober, der dem sächsischen Landtage seit 1893 angehört, nicht wählbar; er ist von vornherein nicht wählbar gewesen und er müßte jetzt sein Mandat sofort niederlegen.

Waren doch die Konservativen so sehr besorgt um die Wahrung des gesetzlichen Rechtes, als sie Liebknechts Mandat anfochten, als er angeblich seinen Wohnsitz in Sachsen aufgegeben hatte. Liebknechts Mandat wurde im Frühjahr 1893 auf Veranlassung der Konservativen kassiert und im Herbst 1893 wurde der gar nicht wählbare konservative Herr aufgestellt und gewählt. Wo blieb da die Sorge um die Wahrung des Rechts bei den Konservativen?

„Gefährdung des Deutschtums" liegt nach einem Beschlusse des Beuthener Amtsgerichts vor, wenn gegen Polen wegen Vereinsgesetz-Uebertretung verhandelt wird, und deshalb beschließt es auf den Antrag des Amtsanwalts und gegen den Wunsch der Angeklagten, den **Ausschluß der Oeffentlichkeit!** So geschehen in Beuthen O.-S. dieser Tage in einer Strafsache gegen den Redacteur des „Katolik", Dombek, und den Kaufmann Pietruschka. Verurteilt wurden D. und P. zu 90 resp. 45 M. Geldstrafe. Das Deutschtum hat glücklicherweise infolge jenes Gerichtsbeschlusses keinen Schaden genommen. —

München, 18. Oktober. Abgeordnetenkammer. (Eig. Ber.) Das **Wettrennen um die Gunst der Bauern** nahm heute seinen Fortgang. Centrum, Bauernbund und Liberale suchen sich dabei gegenseitig den Rang abzulaufen. Mit unerhörter Dreistigkeit fordern die Redner dieser ehrenwerten Parteien nahezu die gesamten Ueberschüsse für die Ablösung der Bodenzinslasten. Einzig der Pfälzer Dr. Deinhard erklärte, daß er sowohl gegen den Ausschuß als auch gegen die Regierungsvorlage stimmen werde, da er eine bessere Verwendung der Ueberschüsse für geboten halte.

Minister v. Riedel erinnerte sich heute plötzlich, daß auch noch andere Stände existieren und große Lasten zu tragen haben, die oft viel drückender empfunden würden wie die Bodenzinse. Nach einem Hinweise auf die übrigen Staatsausgaben fragte der schlaue Finanzbaron noch, woher er denn die Mittel für die Durchführung der wirtschaftspolitischen Anträge des Centrums nehmen soll, wenn seine ganzen Ueberschüsse zur Tilgung der Bodenzinse verlangt werden. —

An meinen Pöbel! In einem jüngst erschienenen Buche „Zweierlei Tuch" erzählt ein ehemaliger Offizier, daß er das folgende Gedicht des Königs Friedrich Wilhelm IV. in einer höfischen Vorstellung, der Friedrich Wilhelm beiwohnte, gesungen habe. Die Verse lauten:

Was predigt der Pöbel von Volksmajestät,
Von Volksregiment uns früh und spät?
Hurra! Kamerad! Marsch, marsch, Kamerad!
Das leider kein preuß'scher Soldat, hurra!
Das leider kein preuß'scher Soldat!
Hat Preußen der Pöbel einst groß gemacht?
Nein! Friedrich, der donnernde König der Schlacht!
Hurra, Kamerad! Marsch, marsch, Kamerad!
Und mit ihm der preuß'sche Soldat, hurra!
Und mit ihm der preuß'sche Soldat!
Erlöste der Pöbel bei Leipzig die Welt?
Nein! Friedrich Wilhelm, der standhafte Held!
Hurra, Kamerad! Marsch, marsch, Kamerad!
Und mit ihm der preuß'sche Soldat, hurra!
Und mit ihm der preuß'sche Soldat!
O, Friedrich Wilhelm, so lieb und teuer?
Mein König, wann führst Du uns wieder ins Feuer?
Hurra, Kamerad! Marsch, marsch, Kamerad!
Wie sehnt sich der preuß'sche Soldat, hurra!
Wie sehnt sich der preuß'sche Soldat!
Und sterb' ich für meinen König allhier,
Giebt droben der größte König Quartier!
Hurra, Kamerad! Marsch, marsch, Kamerad!
Ich sterbe als preuß'scher Soldat, hurra!
Ich sterbe als preuß'scher Soldat.

Als die Verse ausgesungen waren, ließ der König den Kadetten zu sich rufen und bekannte vor dem ganzen Auditorium:

„Meine Herren, jene Verse, die Sie soeben so schön haben vortragen hören, sind von mir selbst verfaßt worden, in einer der schwersten Stunden meines Lebens, in jener Stunde, als ich nach meinem Ritt durch Berlin, nach der Niederwerfung des Aufstandes in das Schloß zurückkehrte.

Die „Volks-Ztg." stellt dem gegenüber fest, daß dieses Gedicht an demselben Tage entstanden ist, an dem Friedrich Wilhelm erklärt hat, wie glücklich er sich fühle, als Bannerträger der deutschen Ideen vor sein Volk hinzutreten, daß der König sich irrte, wenn er von Niederwerfung des Aufstandes sprach. Der Aufstand ist nicht niedergeworfen worden, sondern die Truppen sind, ehe es dazu kam,

zurückgezogen worden. Im übrigen zeigt das Gedicht, daß der Geschichtsunterricht der königlichen Prinzen unter Friedrich Wilhelm III. recht mangelhaft gewesen ist.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Majestätsbeleidigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Verursachung ruhestörenden Lärms wurde dem Handelsmann Karl Naddatz aus Berlin zur Last gelegt, der Donnerstag vor der ersten Strafkammer am Landgericht II stand. Der Angeklagte befand sich am Abend des 6. September in Britz. Er war stark betrunken und machte auf der Straße großen Lärm, so daß die Polizei requiriert werden mußte. Als ein Gendarm in Sicht kam, sagten ihm mehrere Personen: „Machen Sie, daß Sie wegkommen! Jetzt kommt die Polizei!" Naddatz schrie jedoch: „Und wenn der Kaiser selber kommt — — —!" Den Schlußsatz bildete eine schwere Beleidigung. Der Gendarm hatte die Aeußerung gehört und schritt zur Verhaftung des Exzedenten. N. widersetzte sich seiner Verhaftung energisch und machte dadurch sein Maß voll. Die Strafkammer, welche unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelte, nahm auf die Trunkenheit des Mannes Rücksicht und erkannte wegen sämtlicher Delikte nur auf drei Monate Gefängnis und eine Woche Haft. Die Haftstrafe wurde auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Tapezierermeister Henke im Monat Mai von der dritten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt. Er wurde trotz seines Leugnens und trotz der Bekundung mehrerer Zeugen, daß der Angeklagte sich an allen patriotischen Festlichkeiten beteiligt und sich stets als loyaler Bürger gezeigt habe, für überführt erachtet, in etwas angetrunkenem Zustande eine unziemliche Aeußerung mit Bezug auf den Kaiser gethan zu haben. Sein Verteidiger hat mit Erfolg Revision eingelegt, denn das Reichsgericht hat das Urteil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückgewiesen.

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Czechische Unruhen.

Prag, 19. Oktober. Die Polizeidirektion erließ heute eine Kundmachung, welche vor weiteren Ausschreitungen warnt und erklärt, mit allen, selbst den schärfsten Mitteln für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einschreiten zu wollen. Im ganzen sind **25 Sicherheitswachleute** gestern **von Steinen getroffen** worden. Bisher wurden 14 Personen verhaftet.

Nach amtlichen Mitteilungen werden vom Lande Demonstrationen in folgenden Städten gemeldet: Gigin, Jung-Bunzlau, Czaslau, Kuttenberg, Neustadt a. D., Moldau, Rakonicz, Laun, Strakonitz, Neu-Strakonitz. In Laun nahmen die Demonstrationen den Charakter antisemitischer Exzesse an. Es wurden bei mehreren israelitischen Familien 60 Fensterscheiben eingeschlagen. Zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung wurden sofort 25 Mann Gendarmerie dorthin beordert. Aus Strakowitz und Neu-Strakowitz wird gemeldet, daß während der Demonstrationen die Reichsadler und Aufschriften auf den Briefkästen befindelt wurden.

Trebitsch in Mähren, 19. Oktober. Die Kundgebungen gegen die Aufhebung der Sprachenverordnungen wiederholten sich gestern im größeren Maße. Die Gendarmerie schritt ein und nahm vier Verhaftungen vor. Die Ruhe war bald wieder hergestellt.

Brünn, 19. Oktober. Nach Berichten aus Prerau, Prossnitz, Trebitsch, Boskowitz und Kojetein fanden gestern, beziehungsweise vorgestern Kundgebungen statt. In Perau zog am 17. d. M. nach dem Schlusse einer Versammlung eine Menschenmenge unter Absingen nationaler Lieder durch die Straßen. Da die Menge der Aufforderung, auseinanderzugehen, keine Folge leistete, und sich auch das Einschreiten der Gendarmerie als nicht zureichend erwies, **rückte Kavallerie vor.** Aus dem Publikum wurden gegen die Pferde Knallkapseln geschleudert, deren Explosion zur Folge hatte, daß die Pferde in die Menge sprengten, wobei einige Personen zu Boden geworfen wurden. Drei Personen wurden leicht, eine Person schwer verletzt. Auf Befehl des Bezirkshauptmanns zog sich die Kavallerie zurück. Die Menge begab sich sodann truppweise auf den Stadtplatz und auf den Hierotinplatz, wo die Fenster der von Israeliten bewohnten Häuser zertrümmert wurden. Der Bürgermeister erließ gestern eine Kundmachung, in der vor Ausschreitungen gewarnt wird. —

Frankreich.

Paris, 19. Oktober. Der Senator Berenger erklärte einem Redacteur des „Temps", die **Untersuchung in der Komplottaffaire** werde am Sonnabend beendet sein. Der Prozeß vor dem Senat werde zwischen dem 8. und 10. November stattfinden, und 12 bis 15 Angeklagte würden dem Staatsgerichtshofe überwiesen werden.

Amerika.

Rio de Janeiro, 19. Oktober. Es wird von amtlicher Seite zugegeben, daß die **Beulenpest** in Santos aufgetreten ist. —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

30. Sitzung vom Donnerstag, den 19. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

In den Ausschuß zur Vorberatung der Vorlage wegen elektrischer Beleuchtung einiger Wege des Tiergartens sind auch die Stadtverordneten Herzfeldt und G. Schulz deputiert.

Der zum dritten Kommunallandtags-Abgeordneten-Stellvertreter gewählte Stadtv. Dinse hat, wie vorauszusehen war, die Wahl abgelehnt. Um 6 Uhr wird die anderweitige Wahl vorgenommen werden.

Den Vorsitz in der heutigen Sitzung führt der Vorsteher-Stellvertreter Michelet. Dr. Langerhans ist erkrankt.

Im April 1900 steht die Feier des 50jährigen Bestehens des Friedrichs-Gymnasiums und des Friedrichs-Realgymnasiums bevor. Zur Herausgabe von Festschriften und zur Deckung der Kosten für den Festakt werden 2900 M., außerdem zur Bezahlung eines Goldrahmens für ein Oelbild König Friedrichs des Großen, welches ein Lehrer dem Friedrichs-Gymnasium schenken will, 150 M. beantragt.

Zur Beschaffung des Mobiliars für die neuen städtischen Bibliotheksräume Zimmerstraße 91 sind 2500 Mark erforderlich, welche aus den Ersparnissen des Fonds von 20 000 M. für die bauliche Einrichtung entnommen werden sollen.

Die Versammlung beschließt in beiden Angelegenheiten ohne Debatte nach den Magistratsanträgen.

Zum 3. Kommunal-Landtagsabgeordneten-Stellvertreter wird mit 62 von 73 gültigen Stimmen (20 Zettel sind unbeschrieben) Stadtv. Rosenow gewählt.

Für die städtische Blindenpflege soll eine besondere Verwaltungsdeputation geschaffen werden, bestehend aus 2 Magistratsmitgliedern, 2 Stadtverordneten, 3 Bürgerdeputierten. Ihre Aufgabe ist, zu sorgen für die Ausführung und Verwaltung der Becker'schen Stiftung (von 730 000 M. zu einem Asyl für betagte Blinde), für die Blindenbeschäftigungs-Anstalt und für die Blindenschule und die Fortbildungsschule für Blinde; bezüglich der letzteren beiden soll sie unter der gesetzlich geordneten Mitwirkung der Schuldeputation dahin wirken, daß die für Blinde sonst bestehenden Stiftungen und Vereine möglichst miteinander und mit der Stadtgemeinde in Uebereinstimmung arbeiten.

Stadtv. Alb. Schulze beantragt Ausschußberatung, da ihm die Vertretung der Versammlung in der Deputation nicht genügt.

Stadtv. Kalisch erachtet auch die Frage der zukünftigen Verwaltung der hierhergehörigen Stiftungen und Vermächtnisse näherer Prüfung für bedürftig.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß.

Der Stadtv. Ullstein, unterstützt von der neuen Fraktion der Linken, hat folgenden Antrag eingebracht:

Den Magistrat zu ersuchen:

1. der Versammlung noch rechtzeitig für das nächste Etatsjahr eine Vorlage zugehen zu lassen, durch welche der Preis für das Leuchtgas unter Zugrundelegung eines Einheitspreises herabgesetzt wird.
2. mit der Einführung von Gasautomaten vorzugehen.

Stadtv. Ullstein: Unser Antrag soll die Frage der Gaspreisermäßigung in schnelleren Fluß bringen. Seit 12 Jahren haben wir eine Preisdifferenz für Koch- und für Leuchtgas; zur Zeit kostet das Kochgas 10, das Leuchtgas unverändert 16 Pf. pro Kubikmeter. Der Preis des Leuchtgases ist uns stets als zu hoch erschienen. Die Differenzierung hat insofern etwas Unnatürliches, als sie zu der ganz irrationellen Anlage doppelter Leitungen nötigt. Andererseits ergiebt der neueste Abschluß unserer Gaswerke den kolossalen Ueberschuß von 6 Millionen; es werden am Gas 100 Proz. verdient. Diese riesige Summe stammt vornehmlich aus den Taschen derjenigen, welche am wenigsten in der Lage sind, solche Lasten zu tragen, der mittleren und kleinen Gewerbetreibenden; denn die Großbetriebe bedienen sich mehr und mehr des elektrischen Lichtes. Für jene Kreise stellt sich der hohe Leuchtgaspreis mehr und mehr als eine drückende indirekte Kommunalsteuer dar, schon wegen des monopolartigen Charakters, den die städtischen Gaswerke und die englische Gasgesellschaft tragen. Eine Herabsetzung thut umsomehr not, nachdem seiner Zeit die Reform der städtischen Gewerbesteuer gescheitert ist. Was wir brauchen, ist ein Einheitspreis. Die Höhe desselben zu normieren, wird Sache des Ausschusses sein, der hierfür niederzusetzen wäre. Persönlich halte ich für unangezeigt und unbillig, den Preis des gewerblichen Gases, nachdem er auf 10 Pf. herabgesetzt ist, wieder zu erhöhen. Wir verdienen ja auch bei 10 Pf. noch reichlich, wie die Abschlüsse zeigen. Außerdem ist ja der Gaskonsum noch ganz erheblicher Steigerung fähig, so auf dem Wege der Einführung von Gasautomaten, die wir ebenfalls in unserm Antrage in den Vordergrund stellen. (Beifall.)

Stadtrat Ramslau: Daß gegenwärtig am Gase ein Nutzen von 100 Proz. erzielt wird, trifft nicht zu. Der Gewinn des letzten Geschäftsjahres beträgt 5, nicht 6 Millionen (denn in letzterer Zahl sind 1 200 000 M. Reste aus dem Vorjahr mit enthalten), und zwar aus einem Geschäft, welches mit 20 Millionen arbeitet, also nur höchstens 25 Proz. Einen Betrieb wie diesen kann doch die Stadt nur übernehmen, wenn sich daraus eine Einnahmequelle für die Allgemeinheit ergiebt. Wir wollen das Geschäft betreiben, wenn wir daran verdienen können. Das können wir aber bei 10 Pf. Einheitspreis überhaupt nicht mehr. Es wären, wenn wir die 82 Millionen Kubikmeter Leuchtgas für 10 statt 16 Pf. abgegeben hätten, netto 5 Millionen weniger eingekommen, ein Ueberschuß also gar nicht mehr vorhanden gewesen. Die Kohlenpreise steigen, die Löhne sind dauernd im Steigen, die Verwertung der Nebenprodukte wird immer unlohnender; die Tendenz ist also eine weichende. Die Steigerungsfähigkeit des Konsums gebe ich zu, aber damit erreichen wir keinen höheren Ueberschuß. Von einem Einheitspreis von 10 Pf. kann also gar keine Rede sein. Auf dem Gebiete der Gasautomaten ist bei uns unermüdlich gearbeitet worden; daß wir noch nicht weiter sind, liegt an unsern ungünstigen Verhältnissen. Unsere kleine Nickelmünze ist dafür sehr ungeeignet; die Konstruktion richtiger Automaten bietet große Schwierigkeiten.

Stadtv. Singer: Die Beratung dieses Antrages kann heute hinsichtlich ihres Erfolges nur akademisch sein, weil jedes thatsächliche Material zur Entscheidung der Frage fehlt. Will der Antragsteller bloß eine platonische Demonstration zu Gunsten des Einheitspreises herbeiführen, so läßt sich dagegen nichts sagen; diesem Gedanken sind wir näher zu treten sehr geneigt. Aber schon die Ausführungen des Magistratsvertreters haben uns gezeigt, wie weit wir von der Erfüllung dieses Wunsches noch entfernt sind, zumal von dem Einheitspreis von 10 Pf. Für diesen hat sich Herr Ullstein nur für seine Person erklärt; er wird also durch seine Fraktion nicht gedeckt. Ich bin in der glücklichen Lage (Große Heiterkeit) und vertrete diese Forderung also noch radikaler als die Antragsteller. Die Beweisführung des Magistratsvertreters, daß wir das Gas nicht mit 100 Proz. Gewinn verkaufen, hält nicht stand. Ist die Zahl richtig, daß uns der Kubikmeter Gas 8 Pf. kostet und nehmen wir 16, so sind das 100 Proz., ebenso wenn wir 20 Millionen erhalten für etwas, was uns nur 10 Millionen kostet. Aber dieses ist überhaupt ein müßiger Streit. Gewiß soll bei einem solchen Kommunalbetrieb auch ein Nutzen für die Allgemeinheit bleiben, aber dieser Nutzen darf sich nicht zu einer drückenden indirekten Steuer ausgestalten, wie es beim Gase bereits der Fall ist. Für den kleinen und mittleren Gewerbetreibenden wird durch den Preis von 16 Pf. ein viel höherer Teil seines Geschäftsgewinns abgeschöpft als für den großen. Bei dem so außerordentlich hohen Ueberschuß unserer Gasanstalten müssen daher auch für das Leuchtgas entsprechende Ermäßigungen eingeführt werden. Es ist keineswegs gleichgültig, ob wir mehr absetzen, wenn wir bei 10 Pfg. nichts verdienen. Mit der steigenden Produktionsmenge steigen die Herstellungskosten keineswegs proportional. Auch die pessimistische Auffassung hinsichtlich der Nebenprodukte scheint mir nicht begründet. Einer Leuchtgasverbilligung aber auf Kosten der Konsumenten des Kochgases müssen wir aufs entschiedenste entgegentreten. Ob es angängig war, mit dem Kochgaspreis auf 10 Pf. herabzugehen, hätte man früher erwägen müssen; nachdem dieser Preis einmal festgesetzt ist, halte ich die Erhöhung desselben für ein verfehltes Experiment, das Ihnen mit Recht die Unzufriedenheit der weitesten Kreise erwerben würde. Sie ständen ja auch als die blamierten Europäer da, wenn Sie eine im Interesse und zur Erleichterung des Mittelstandes beschlossene soziale Maßregel wieder rückgängig machen wollten. Dazu wird sich der Magistrat wohl nicht verstehen. Nach den von mir jüngst eingezogenen vielfachen Erkundigungen in Familien und Betrieben liegt gerade bei 10 Pf. die Grenze, wo man mit Gas noch vorteilhaft kocht. Ein derartiger Rückschritt wäre ja auch unerhört und ohne Vorgang; dazu müßten ganz andere zwingende Gründe vorhanden sein. Wir können den Leuchtgasverbrauchern sehr wohl entgegenkommen, ohne das Kochgas zu verteuern. Die Unbequemlichkeiten für die Verwaltung würde man wohl noch einige Zeit lang in den Kauf nehmen können. Gehen Sie von 16 auf 12, 13 oder 14 Pf., wenn es zunächst nicht anders sein kann; führt die Konsumerhöhung zu weiterem Gewinn, dann kann weiter herabgegangen werden, bis wir vielleicht wirklich auf 10 Pf. kommen. Derer, die bloß Kochgas konsumieren und für Leuchtgas oder gar elektrisches Licht nichts übrig haben, sind doch nicht wenige. Und warum wollen Sie nicht stufenweise eine Verbilligung eintreten lassen dergestalt, daß Sie den Gewerbetreibenden, die weniger verbrauchen, eine größere Ermäßigung gewähren? (Bewegung; Rufe: Das ist neu! Eine Strafe auf den Konsum!) Wenn es neu ist, so ist es auch gut. Es giebt also doch zahlreiche Wege zur gerechten Ausgleichung der Interessen.

Aber der Wiedererhöhung des Kochgaspreises können wir nimmermehr zustimmen. Von der Aufstellung von Automaten verspreche ich mir, wie einmal bei uns die Verhältnisse liegen, nicht viel, namentlich wenn die Aufstellung noch mit Kosten verknüpft wäre, was ja freilich anscheinend nicht beabsichtigt wird. Wir hoffen, daß in der Ausschußberatung unseren Gesichtspunkten volle Würdigung zu teil werden wird.

Stadtv. Jacobi: Vor etwa einem Jahre hat das Gaskuratorium den Einheitspreis von 12 Pf. vorgeschlagen. Der Magistrat hat das abgelehnt und anheimgegeben, Rabatte zu gewähren. Darauf hat sich wieder das Kuratorium nicht einlassen mögen. Die Frage bedarf einer radikalen Lösung. Die Technik wird noch mehr als bisher eine entscheidende Rolle zu spielen haben, wie ja die Einführung des Glühlichts schon eine erhebliche Verbilligung mit sich gebracht hat. Ein Einheitssatz ist mit allen Kräften anzustreben. Die Rücksicht auf die 11 000 Konsumenten, die bloß Kochgas abnehmen, kann nicht ausschlaggebend sein, denn sie konsumieren nur 3 Mill. Kubikmeter Kochgas von den 24 Millionen, die insgesamt an Gas geliefert werden. Der kleine Aufschlag von 2 Pf. kann doch gegenüber den sonstigen Vorteilen der Sparsamkeit und Sauberkeit kaum in Betracht kommen; auch hängt der Effekt einer solchen Erhöhung sehr von den Konjunkturen für die übrigen Brennmaterialien ab.

Stadtv. Deter: Von allen Seiten wird heute bedauert, daß nicht schon früher ein Einheitspreis fixiert worden ist, wie es s. Z. mein Antrag gewollt hat. Wenn wir zu einer gedeihlichen Entwicklung der Gasanstalten gelangen wollen, werden wir über eine Erhöhung des Kochgaspreises nicht hinwegkommen. Der Herstellungspreis kalkuliert sich thatsächlich auf nicht mehr als 6 Pf., wir würden also den Einheitspreis von 12 Pf. sehr gut einführen können und damit zugleich der Bürgerschaft einen erheblichen Nutzen zuwenden. Der berechnete Ausfall von einer Million würde sich in einigen wenigen Jahren ausgeglichen haben. (Beifall.)

Stadtv. Mommsen hält zur Zeit mit Singer einen Einheitspreis nicht für gangbar. Der Beschluß der Herabsetzung des Kochgaspreises auf 10 Pf. habe vor vier Jahren die Erreichung des Zieles des Einheitspreises um mindestens 10 Jahre verzögert. Gerade weil es die kleinsten Konsumenten sind, solle man jetzt nicht den Kochgaspreis erhöhen — nicht aus den Gründen des Kollegen Singer komme er zu dieser Auffassung, sondern weil die Stadt nicht mit den Preisen so willkürlich wirtschaften dürfe, sich vielmehr mit einem stabilen Preise einrichten müsse. Hier zeige sich wieder einmal, wie falsch es ist, solche Betriebe von Stadt wegen zu betreiben: bei Privatbetrieb hätten wir wahrscheinlich längst den Preis von 10 Pf. Das beste wäre ja die Verpachtung unserer Gaswerke. (Bewegung und Heiterkeit.) Lachen Sie nur, die Rechnung giebt mir recht!

Stadtv. Hugo Sachs sieht die Idee der Verpachtung weniger freundlich an, da er sich die Idealfigur eines Pächters nicht mit der Leichtigkeit wie der Vorredner konstruieren kann. Das Publikum habe nicht so Interesse an einer Ermäßigung, als an einer einheitlichen Preisfestsetzung. Festgenagelt werden müsse die seltsame Theorie des Herrn Singer, den weniger Konsumierenden und weniger Besitzenden billigere Preise zu gewähren; das sei eine Steuer auf den Konsum und widerspreche durchaus dem „kaufmännischen" Betriebe, den man ja auch von jener Seite so oft für die Gaswerke befürwortet habe.

Der Antrag wird einem Ausschuß überwiesen.

Der Magistrat hat in Gemäßheit des oberverwaltungsgerichtlichen Erkenntnisses vom 3. d. Mts. die schon bekannt gegebene Teilung der Bezirke für die Wahl der Stadtverordneten der dritten Abteilung wieder aufgehoben. Die Wahlen sollen für jeden Wahlbezirk in einem Wahllokale unter einem Wahlvorstand abgehalten werden. Dem Antrage der Versammlung, die Wahl am Sonntag, den 5. November, vornehmen zu lassen, „können wir", so heißt es in dem zur Kenntnisnahme vorliegenden magistratlichen Schreiben, „nicht entsprechen; dagegen haben wir beschlossen, die Wahlzeit um eine Stunde — also bis abends 8 Uhr — zu verlängern."

Stadtv. Singer: Es ist doch sehr verwunderlich, daß der Magistrat verschmäht, uns für die Ablehnung unseres Antrags seine Gründe mitzuteilen. Solche Mitteilung ist doch wahrlich gegenüber der wiederholten Betonung der Notwendigkeit der Einigkeit beider kommunalen Behörden nicht zu viel verlangt. Seine Gründe werden doch nicht etwa so schlecht sein, daß er sie nicht anzuführen wagt. Das es etwa an unbesoldeten Kommunalbeamten fehlen, möchte, die den Sonntag zu opfern bereit sind, oder daß man große Lokale nicht bekommen könne, diese „Gründe" werden ihn doch nicht bestimmt haben? Seine Weigerung wird jedenfalls die Wirkung haben, daß die übergroße Zahl der Wähler III. Abteilung an der Ausübung ihres Wahlrechts verhindert wird durch die thatsächlichen Verhältnisse. Trotz der Zeit von 9 bis 8 Uhr bleiben für den Arbeiter nur drei Stunden für die Wahl übrig, ganz abgesehen davon, daß, wenn bloß in einem Lokal gewählt werden darf, der Weg für viele Wähler sich verlängert. Ob der Magistrat angenehm davon berührt ist, daß er hier das Los gerade der „Kreuz-Zeitung" und nur dieser Zeitung erntet, weiß ich nicht; wohl aber haben wir zu verlangen, daß der Magistrat auch bei seinen Beschlüssen sich den Bedürfnissen der Bevölkerung anpaßt und nicht über die Meinung der Versammlung so kurz hinweggeht. Eine Aenderung ist ja nicht mehr möglich; aber es muß ausgesprochen werden, daß der Magistrat einzig und allein die Verantwortung für alles trägt, was daraus erwachsen kann, daß am späten Abend Hunderte von Wählern zusammentreffen und in der Erregung des Augenblicks, vielleicht in der Gefahr, abgewiesen zu werden, zu Dingen kommen, die wir alle nicht wünschen können, und die zu vermeiden waren, wenn man unserem Rate gefolgt wäre. Ich wünsche schließlich, daß die Wahlvorsteher angewiesen werden, alle Leute, welche um 8 Uhr am Wahllokale sind, noch zur Wahl zuzulassen, auch wenn sie noch nicht darin sind. (Widerspruch.) Das geht ganz gut. Ueberfüllungen werden ja auf keinen Fall zu vermeiden sein.

Stadtrat Bohm: Der Magistrat trägt selbstverständlich die Verantwortung für die Abwicklung der Wahlgeschäfte und auch für die Ablehnung des Versammlungs-Antrages. Die Gründe dafür sind dieselben, die ich vor 8 Tagen entwickelte. Wer bis 8 Uhr im Wahllokale ist, wird zur Abstimmung noch zugelassen, desgleichen nach meiner Meinung, wer sich in unmittelbarer Nähe des Lokals, etwa auf einem umfriedeten Hof, befindet. Anders wäre es, wenn das Lokal direkt an der Straße liegt.

Stadtv. Röhlich freut sich mit einem großen Teil seiner Fraktion, daß der Magistrat dem Antrage, die Wahl am Sonntag vorzunehmen, mit Rücksicht auf die Sonntagsruhe, die Kommunalbeamten und die Nuntien nicht stattgegeben hat.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Schluß 8¾ Uhr.

Partei-Nachrichten.

Einen beachtlichen Erfolg erstritten unsere Parteigenossen in Anhalt-Dessau. Die Polizei legte bisher das dortige Vereinsgesetz so aus, daß Frauen und Minderjährige an öffentlichen politischen Versammlungen nicht teilnehmen durften. Gegen eine auf Grund dieser Auffassung erlassene Polizeistrafe wurde die Entscheidung des Gerichts angerufen und das Schöffengericht in Harzgerode entschied dahin, daß Frauen und Minderjährige nur von der Teilnahme an den Versammlungen politischer Vereine, nicht aber von öffentlichen Versammlungen ausgeschlossen sind. Es hob die erkannten Polizeistrafen auf.

Totenliste der Partei. In Groß-Ottersleben bei Magdeburg starb die Parteigenossin Koch. Die Verstorbene war ein langjähriges Mitglied des Verbandes der Fabrik- und Landarbeiter und nahm an den gewerkschaftlichen sowie politischen Regungen des Proletariats regen Anteil. Ihrem Manne war sie in den vielen wirtschaftlichen Kämpfen, in die er gezogen, eine starke Stütze und ihren Kindern eine gute, sorgsame Mutter. Die Parteigenossen von Magdeburg und Umgegend ehrten sie durch außerordentlich zahlreiche Beteiligung an ihrem Leichenbegängnis.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Beleidigung der Dresdner Polizei wurde Genosse K. Hänisch in Dresden in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Ztg." zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Beleidigung soll in verschiedenen Ausdrücken eines Artikels liegen, in dem die seiner Zeit auch von uns berichtete Behandlung eines sich als Anarchistin geberdenden Fräuleins Imle durch die Dresdner Polizei scharf kritisiert worden war. Fräulein Imle war bekanntlich nach einer Versammlungsrede, in der sie gar nichts Strafbares gesagt hatte, anderen Tags früh aus ihrer Wohnung zur Polizei geholt, dort über alles mögliche ausgefragt und schließlich photographiert worden. Dieser Thatbestand wurde auch vor Gericht erwiesen, nur wurde auch gleichzeitig festgestellt, daß Fräulein Imle ihrer photographischen Aufnahme nicht widersprochen hatte. Das Gericht erklärte übrigens, die Polizei sei zu ihrem Verfahren gegenüber den „gemeingefährlichen Bestrebungen" der Imle berechtigt gewesen.

Schließlich wurde Hänisch noch zu 75 M. Geldstrafe verurteilt, weil er dem Besitzer, Drucker und Redakteur des „Pleißener Tage-

blattes", einem Herrn Klinkicht, der einen Mord auf die Thätigkeit der Socialdemokratie zurückgeführt hatte, dafür ordentlich auf die schmutzigen Finger klopfte.

— **Der Genosse Rakutt** in Königsberg, verantwortlicher Redacteur des dortigen Parteiblattes, wurde zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, weil er einen Polizeikommissar Marks beleidigt haben soll. Er hatte über eine Gerichtsverhandlung berichtet, in der es sich um eine dem Marks zugeschriebene, von diesem aber bestrittene ungehörige Aeußerung gegen einen Arrestanten handelte. Das Gericht hatte in diesem Falle gegen Marks entschieden und als bewiesen angenommen, daß er diese Aeußerung gethan habe. In dem Bericht über diese Verhandlung sah die Staatsanwaltschaft eine Beleidigung und ihr Vertreter beantragte dafür zwei Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf Freisprechung. Ferner hatte Rakutt behauptet, daß Marks entnommene Zeitungen nicht bezahlt habe. Auch dafür beantragte der Staatsanwalt zwei Monate Gefängnis, das Gericht erkannte aber nur auf 50 M. Geldstrafe.

— **Die Bochumer Strafkammer** verhandelte in zwei Fällen gegen den Redacteur Genossen Wolf vom „Volksblatt". Durch einen Artikel mit der Spitzmarke: „Und wieder ein Prügelpädagoge", hatte sich der Lehrer Dürwald-Eikel beleidigt gefühlt. Der Staatsanwalt beantragte 200 M. Geldstrafe; das Gericht erkannte auf 60 M. Geldstrafe. Die zweite Sache betraf einen Artikel: „Ungesetzliche Abkehrscheine", durch den die Zeche „Julia" beleidigt sein sollte. Genosse Wolf hatte das Verhalten der Zeche, die verschiedenen Arbeiten in das Führungsattest hineingeschrieben hatte, daß sie Streikführer gewesen seien, als ungesetzlich bezeichnet. Das Gericht entschied aber auf Grund eines Gutachtens des Berghauptmanns Täglichsbeck, daß das Verhalten der Zeche korrekt wäre, weil nicht die Gewerbe-Ordnung, sondern das Bergrecht zuständig sei. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis. Das Urteil lautete auf 200 M. Geldstrafe.

— **Die Dortmunder Strafkammer** sprach den Redacteur Genossen Block von der Anklage der Verbreitung unzüchtiger Schriften frei. Beanstandet war von der Staatsanwaltschaft der Roman der „Rhein.-Westf. Arbeiter-Zeitung": „Die Zuchtherin" von Franz Held. Die Erzählung schildert, wie die Not manche Konfektionsarbeiterin zur Prostitution treibt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Verbandsleitung der hiesigen Maurer veranstaltete am 4. Oktober eine Baukontrolle, welche die Feststellung der bauausführenden Unternehmer und deren Bauten, die Anzahl der Maurer, die Lohnhöhe und die Beschaffenheit der Baubuden und Aborte umfaßte. Insgesamt kontrolliert wurden bei 422 Unternehmern auf 698 Baustellen 7834 Maurer. Von ersteren gehörten 184 Arbeitgeber mit 366 Baustellen dem Bund an. Von den 7834 Mann bekamen 737 Maurer pro Stunde 65 Pf., 988=62½ Pf., 5736=60 Pf., 77 unter 60 Pf., auf 14 Bauten mit 242 Maurern wurde die Arbeit in Accord ausgeführt und bei 54 war die Lohnhöhe nicht angegeben. Die Accordarbeit verteilt sich auf 6 Bundesmitglieder mit 128 und 8 Nichtmitglieder des Arbeitgeberbundes mit 114 Maurern. Die Accordarbeit hat in den letzten drei Jahren eine beständige Steigerung erfahren. Folgende Aufstellung wird dies veranschaulichen:

Am 28. Juli 1897	arbeiteten	auf	3	Bauten	66	Maurer	im	Accord
„ 9. Nov. 1897	„	„	4	„	78	„	„	„
„ 30. März 1898	„	„	1	„	15	„	„	„
„ 22. Nov. 1898	„	„	7	„	131	„	„	„
„ 30. Mai 1899	„	„	9	„	160	„	„	„
„ 4. Okt. 1899	„	„	14	„	242	„	„	„

Diese Accordmaurer stehen den anerkannten Organisationen der hiesigen Maurerschaft feindlich gegenüber, weil dieses Arbeitssystem eine sehr verderbliche Wirkung auf unser Gewerbe ausübt. Die Accordmaurer stehen auch dem am 24. Juni geschlossenen Einigungsvertrage fern und verhöhnen denselben, und trotzdem sehen wir, daß die große Hälfte derselben gerade von Mitgliedern des Arbeitgeberbundes, d. h. von unserem Kontrahenten am Vertrage, beschäftigt werden. Das ist kein ehrliches Halten des Vertrages. — Bekanntlich ist dir tägliche Arbeitszeit von der Achtzehner-Kommission, mit Zustimmung der Versammlungen von seiten der Arbeitgeber sowohl als auch der Maurer, vom 1. Oktober ab auf 8½ Stunden festgesetzt worden. In wie weit diese Bestimmung innegehalten wird, zeigt folgendes Bild: Gefunden wurden insgesamt 233 Bauten, wo 8½ Stunden, und 398 Bauten, wo noch 9 Stunden täglich gearbeitet wurde. Hiervon entfielen auf Mitglieder des Arbeitgeberbundes 140 Bauten mit 8½- und 192 Bauten mit 9stündiger Arbeitszeit. Auch an dieser Stelle richten wir an die Maurerschaft Berlins und der Umgegend die dringende Aufforderung, daß sie im Interesse ihrer selbst für die strikte Einhaltung der Vertragsbestimmungen Sorge zu tragen haben.

Bei 77 Bauten wurde die Frage über die Dauer der Arbeitszeit nicht beantwortet. Die weiter oben angegebenen 77 Maurer, welche unter 60 Pf. pro Stunde arbeiten, rekrutieren sich teils aus Fabrikmaurern, teils aus Kanalisationsmaurern, welch beide Gruppen nur heute sehr schwer an die Organisation zu fesseln sind, bleiben also nur 24 Kollegen, welche infolge hohen Alters oder Invalidität minderleistungsfähig sind und daher 2½—5 Pf. pro Stunde weniger Lohn bekommen. Mithin ist der Einwand der Vertragsgegner in unseren Reihen, daß durch diesen Passus im Vertrage nur Klassenlöhne gezeitigt würden, völlig hinfällig, insbesondere, als die Grenzen unseres Streikgebietes nicht enger, sondern um ein Bedeutendes erweitert worden sind.

Was nun den Zustand der Baubuden anbetrifft, so ist festgestellt worden, daß wohl die Verhältnisse in dieser Beziehung bedeutend verbessert worden sind. Nichtsdestoweniger sind trotz dem Vertrage 128 Bauten gefunden worden, wo die Baubude nicht die festgesetzten 10 Centimeter über der Terrainhöhe des Hofes, sondern noch tiefer als letzterer lag und dem Regenwasser die beste Gelegenheit gegeben wurde, die Bude auszufüllen. In 219 Buden war kein hölzerner Fußboden. In 30 Fällen war das Dach nicht wasserdicht, in 152 Fällen war die Bude nicht zugfrei und in 302 Fällen war ein Verbandskasten nicht vorhanden. Die Aborte genügten in 246 Fällen nicht den vertraglichen Bestimmungen. Hieran waren die Mitglieder des Arbeitgeber-Bundes mit folgenden Zahlen beteiligt: Zu tiefe Lage der Bude in 64, ohne hölzernen Fußboden in 106, mit undichtem Dach 14, zugige Bude in 76 Fällen. Außerdem fehlten auf 167 Bauten die Verbandskästen und in 122 Fällen genügte der Abort nicht den Vertragsbestimmungen. — Zum Schluß geben wir noch unseren Berufsgenossen bekannt, daß vom 16. Oktober bis zum 15. November die tägliche Arbeitszeit ebenfalls 8½ Stunden beträgt und zwar ist abends 5 Uhr Feierabend zu machen. Vesper fällt in dieser Zeit weg. Wir ersuchen die Kollegen, daß alle Fälle, wo diese Arbeitszeit von den Arbeitgebern nicht befolgt wird, an uns zu melden sind.

Die Verbandsleitung.
J. A.: Karl Panser, Neu-Cölln a. W. 1.

Deutsches Reich.

Achtung, Metallarbeiter! In nachstehenden Betrieben befinden sich die Kollegen im Ausstand: F. F. A. Schulze; Gerecke; Butzke, Aktiengesellschaft; Spinn u. Sohn; Ende u. Devos; Speck; Teichelmann; Bernhard Joseph; Frister; Aktiengesellschaft Gladenbeck; Eitner; Muskulus; Speyrer u. Comp.; Schwidlinski; J. Hand; Schiller; Nürnberg; Kramme; Knoll; Martin u. Pilzing.

Die Firma Andrees jun., Salzwedelerstraße, ist gesperrt, daselbige Streikarbeit für F. F. A. Schulze, Fehrbellinerstraße, anfertigt.

Zuzug von Formern, Klempnern, Gürtlern, Drückern, Drehern, Schlossern, Schleifern, Ciseleuren und sonstigen Metallarbeitern ist fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Der Tarif der Buchdrucker ist noch immer nicht in allen Officinen Deutschlands durchgeführt, namentlich sind es die Kleinorte, welche der Durchführung Schwierigkeiten machen. Die Gehilfenvertreter im Tarifamt und Tarifausschuß fordern denn im „Korrespondent" auf, die Säumigen möchten einen erneuten Vorstoß machen. Am 28. Oktober soll in allen Officinen, wo der Tarif noch nicht eingeführt ist, dies verlangt und im Falle der Nichtbewilligung die einzige Konsequenz der Kündigung gezogen werden.

Zur oberschlesischen Bergarbeiter-Bewegung wird uns geschrieben: In Zaborze wurde Sonntag, den 16. d. M. eine Versammlung des oberschlesischen christlichen Bergarbeiter-Verbandes, die über die Erhöhung der Löhne auf den oberschlesischen Gruben beraten wollte, aufgelöst. Zur Dämpfung der Streikstimmung dürfte das kaum viel beitragen.

Wieder ein Streikprozeß in Lüneburg. Vor der dortigen Strafkammer spielte sich dieser Tage ein Prozeß ab, in welchem als Angeklagte zwei Maurer fungierten, welche während des letzten Maurerstreiks Arbeitswillige belästigt hatten. Zwischen den Angeklagten und den Arbeitswilligen entspann sich in einer Wirtschaft ein Streit, in dessen Verlauf die Worte „Streikbrecher" und „Plunner" fielen, welche Worte die Arbeitswilligen auf sich bezogen. Schließlich verließen die letzteren das Lokal. Die Angeklagten gingen hinterdrein und es kam zu Schlägereien. Der eine Angeklagte hatte den Arbeitswilligen mit dem Spazierstock über den Kopf geschlagen, der andere mit dem Schirm den zweiten an die Nase, daß sie blutete. Die Arbeitswilligen waren dann entflohen. Diese Thatsache steht durch Zeugenaussage fest. Der Staatsanwalt beantragte für Schlichting 7 und für Bertge 6 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete für jeden der beiden Angeklagten auf 4 Monate Gefängnis. Bei Festsetzung des Strafmaßes wurde den Angeklagten der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugebilligt.

Derartige Vorgänge sind im Interesse der Arbeiterschaft aufs tiefste zu bedauern. Nicht allein, daß auf solche Weise die Indifferenten nicht gewonnen werden, — diese Vorgänge werden von den Scharfmachern auch stets gehörig aufgebauscht und weidlich ausgeschlachtet im Interesse des Zuchthauskurses. Was aber andererseits aus dem Urteil auch wieder von neuem bestätigt wird, das ist die Thatsache, daß die bestehenden Gesetzesbestimmungen vollständig ausreichen, derartige Ungehörigkeiten zu treffen. Mit vier Monaten Gefängnis ist der Schlag mit dem Spazierstock wahrhaftig genügend gesühnt.

In Zwickau wurde der Maurer K. zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er während des Maurerstreiks als Streikpostensteher arbeitswillige Maurer arg belästigt und bedroht habe.

Der Krieg.

Die letzten Meldungen zeigen, daß für Donnerstag eine größere Schlacht vor Ladysmith erwartet wurde. Vom Mittwoch wird aus Ladysmith telegraphisch gemeldet: Die britischen Truppen kamen heute in der Nähe von Acton Homes etwa 16 Meilen von hier in Berührung mit dem Feinde. Britische Kavallerie-Patrouillen sind **seit Mittag im Gefecht** mit den Boeren; das Gefecht entwickelte sich im Laufe des Nachmittags weiter. Die Hauptschlacht wird morgen erwartet.

Einige Boeren-Abteilungen, welche mit der östlichen Hauptmacht der Boeren von New Castle gegen Dundee vorrückten, haben sich von dieser abgezweigt und sind auf dem Wege, sich mit der bedeutenden am Doornberg bei der Landmans-Drift stehenden Streitmacht zu vereinigen. Letzterer Punkt ist 12 englische Meilen ostwärts von Dundee. Offenbar beabsichtigen die Boeren eine Umgehung der englischen Stellung.

Ein Boerenspion, der zahlreiche Schriftstücke bei sich trug und in der Kavallerie von Natal Dienste genommen hatte, wurde verhaftet. Er soll standrechtlich erschossen werden.

* * *

Es liegen in London noch keine vollständigen Meldungen über die angebliche **Uebergabe von Mafeking** vor. Die Blätter erwarten aber stündlich eine solche Nachricht.

Wie eine Depesche der „Cape Times" aus Kimberley meldet, ist zuverlässiger Mitteilung aus Mafeking zufolge ein gepanzerter Zug, welcher die nördlichen Stellungen der Boeren rekognoscierte, am Sonnabend auf eine Abteilung von 500 Boeren gestoßen. Letztere erlitten schwere Verluste, auf englischer Seite wurden 2 Mann getötet und 14 verwundet, darunter zwei schwer.

„Daily Telegraph" sagt, die Verluste der Boeren vor Mafeking seien auf Grund ausführlicher Meldungen größer gewesen, als jene bei Majuba-Hill in den Jahren 1881 und 1884.

Anderes als diese Nachrichten aus englischer Quelle meldet ein Telegramm aus Pretoria: Die offiziöse „Volksstem" meldet, daß das britische Lager bei Ramathlabama (zwölf englische Meilen nördlich von Mafeking) von den Boeren genommen und zerstört worden ist. Die Verluste der Boeren seien ziemlich groß, die britischen unbekannt. Die „Volksstem" sagt ferner, daß, obwohl die Scharmützel vor Mafeking überall für die Boeren erfolgreich verlaufen seien, die Verluste sich doch auf 60 Tote und Verwundete belaufen.

Das englische Parlament.

London, 19. Oktober. (W. T. B.) Oberhaus. Der Premierminister Marquis of Salisbury verliest die königliche Botschaft, betreffend die Einberufung der Miliz und beantragt eine Adresse an die Königin, in welcher der Dank des Hauses für die Botschaft ausgesprochen wird. Die Adresse wird angenommen; sodann vertagt sich das Haus bis zum nächsten Donnerstag.

London, 19. Oktober. (W. T. B.) Unterhaus. Im Verlaufe der heutigen Beratung richtete Mr Neil an die Regierung die Frage, ob das Verhalten Schreiners und der übrigen Mitglieder der Kap-Regierung zur Zeit untersucht werde und ob es dem **Gouverneur Milner gestattet werden würde, das Kabinet zu entlassen,** die gesetzgebende Versammlung aufzulösen und zu erklären, daß er für die jetzige Zeit allein die staatliche Autorität vertrete. Balfour entgegnete, die Anfrage scheine sich auf Zeitungsberichte zu begründen, welche, soweit die Regierung unterrichtet sei, unbegründet seien.

Inzwischen haben sich in Erwartung der Rede Chamberlains alle Teile des Hauses dicht gefüllt. Als Chamberlain sich erhebt, ertönen laute Zurufe. Chamberlain führt aus, die Haltung der Opposition vor dem Zusammentritt des Parlaments war darauf berechnet, den Widerstand des Präsidenten Krüger zu ermutigen und die Ausübung der schwierigsten und kritischsten Funktionen der Regierung in Frage zu stellen. Der Antrag Stanhopes gebe Gelegenheit zur Diskussion, er heiße die anständige Kritik willkommen; aber könne denn diese Bezeichnung auf die Rede Stanhopes von gestern angewendet werden? Stanhope unterbricht hier den Redner mit der Bemerkung, Chamberlain habe seine Kritik als unanständig bezeichnet, dürfe denn ein solcher Ausdruck gegenüber Mitgliedern der Hauses überhaupt Anwendung finden? Die Mitglieder der Opposition drücken Stanhope laut ihre Sympathie aus. Der Sprecher nimmt das Wort und erklärt, die hier geführte Sprache verstoße gegen die Gebräuche des Hauses. (Zurufe: Zurücknehmen!) Chamberlain erklärt sodann, er nehme alles zurück, was der Geschäftsordnung des Hauses nicht entspreche, was aber die Forderung Stanhopes betreffe, Hawkleys Brief vorzulegen, so sei er nicht geneigt, seinem hämischen Verlangen zu entsprechen. (Ironische Zurufe der Opposition.) Wenn aber Campbell-Bannerman oder Harcourt nach dem Briefe gefragt hätten, so würde er den Brief gezeigt haben. Diese beiden Herren seien nicht nur ehrenwerte Mitglieder des Hauses, sondern auch Ehrenmänner. (Beifall.) Was Cecil Rhodes anbetreffe, so habe er, Chamberlain, seit Jamesons Zug weder direkten noch indirekten Verkehr über Angelegenheiten, die die südafrikanische Politik betreffen, mit Rhodes gehabt. Er habe mit letzterem über die Eisenbahn vom Kap bis Kairo und über die Fortschritte in Rhodesia Besprechungen gehabt, aber nie den heute hier behandelten Gegenstand berührt. Rhodes habe sich, obwohl er doch ein Millionär sei, nach Kimberley in Gefahr begeben. (Lebhafter Beifall.) **Ich habe auf Frieden gehofft** und dafür gestrebt und bis in die jüngste Zeit geglaubt, daß die Erhaltung des Friedens möglich sei."

Großbritannien muß die Vormacht in Südafrika bleiben, dabei meine ich nicht die deutschen und die portugiesischen Besitzungen, sondern die beiden Republiken und die englischen Kolonien. Was die von der Regierung befolgte Politik betrifft, würde denn die Opposition, falls die Bemühungen der Diplomatie fehlgeschlagen seien, die Forderungen zurückgezogen haben und zum Verräter an den Interessen des Landes geworden sein? Auch sie hätte Gewalt anwenden müssen, wo die Kunst der Ueberredung versagte. (Beifall.) **Transvaal führte im Auslande eine Reihe von Intriguen gegen die britische Herrschaft** aus. Durch das beständige Anwachsen von Kriegsmaterial, das nach Transvaal strömte, wurde Transvaal vor einigen Monaten der bei weitem mächtigste Staat in Südafrika. Ich glaube, England ist noch rechtzeitig einer der größten Gefahren entronnen, der es jemals ausgesetzt war. Ich glaube, **einflußreiche Ratgeber** — ich spiele hierbei nicht auf auswärtige Mächte an — **müssen eingegriffen** und Transvaal dazu gebracht haben, das Anerbieten bezüglich der Erlangung des Wahlrechts nach fünfjährigem Aufenthalt in Transvaal zurückzuziehen. Die Regierung hat unendliche Geduld gezeigt, aber Krüger hat Schluß gemacht. Er hat den Gott der Schlachten angerufen. Wir acceptieren den Appell in dem Glauben, daß der Kampf ein gerechter ist." Anhaltender, lauter Beifall folgte der 2½stündigen Rede Chamberlains.

Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung des Unterhauses stellte Seton Radd die Frage, wie sich die Regierung gegen die irischen Mitglieder des Hauses zu verhalten gedenke, welche in Reden und in Briefen die Resolution der Dubliner Versammlung vom 1. Oktober unterstützt hätten, welche für die Sache der Boeren eintrat. Redmond fragte hierauf an, ob es nicht wahr sei, daß bei der **Anregung an den Präsidenten Krüger eine Sympathie-Adresse zu richten, ein von dem Enkel der Königin, dem deutschen Kaiser, geschaffener Präcedenzfall, befolgt worden wäre.** Balfour entgegnete, er habe bisher nicht gewußt, daß Redmond sich ein so erhabenes Modell genommen habe, aber es beständen doch Unterschiede zwischen ihm und dem deutschen Kaiser. Zu diesen Unterschieden gehörten namentlich die, daß der deutsche Kaiser nicht britischer Unterthan und nicht Mitglied des englischen Parlaments sei. Was die Anfrage Seton Karrs betreffe, so sei eine Unterstützung ähnlichen Charakters regelmäßig aus denselben irischen Kreisen denjenigen geboten worden, welche der britischen Regierung in feindlicher Aktion gegenüberstanden. Es sei kein Grund anzunehmen, daß diese Unterstützung von denjenigen, denen sie erwiesen würde, als bedeutsame angesehen wurde, und das Haus möge die Sache von demselben Standpunkt aus betrachten.

* * *

Beaufort West (Kapkolonie), 17. Oktober. (Reuter-Meldung.) Aus **Johannesburg** hier eingetroffene Reisende berichten, die Stadt sei nahezu entvölkert. Die gesamten Kohlen- und Nahrungsvorräte in einigen Minen seien mit Beschlag belegt worden. Zahlreiche Personen, die Aufenthaltsscheine erhalten haben, seien im Begriff, wegen der Beschlagnahme der Nahrungsmittel abzureisen.

Kapstadt, 18. Oktober. (Meldung des „Reuterschen Bureaus.") Nach einer privaten Mitteilung aus Bloemfontein hat Präsident Krüger an den Präsidenten Steijn anläßlich des Kampfes mit dem gepanzerten Zug bei Kraii-Pan ein Telegramm gerichtet, in welchem er u. a. bemerkt, daß Lieutnant Nesbitt, der Kommandant des Zuges, und sieben Engländer schwer verwundet seien, die übrigen sich indessen wohl befänden. Getötet sei keiner.

Kapstadt, 18. Oktober. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Von der Zollbehörde wurde heute eine für die Regierung von Transvaal bestimmte Sendung Gold im Betrage von 150 000 Sovereigns mit Beschlag belegt und unter bewaffneter Eskorte nach der Standard-Bank geschafft.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Miquels Festrede.

Berlin, 19. Oktober. (W. T. B.) Bei dem heute anläßlich der Hundertjahrfeier der Technischen Hochschule im Neuen königlichen Opern-Theater (Kroll) stattgehabten Festmahle hielt der Vicepräsident des Staatsministeriums, Finanzminister Dr. v. Miquel, folgenden Trinkspruch: „Unsere Gedanken, unsere Gefühle der Dankbarkeit und der Liebe, hochgeehrte Festgenossen, richten sich mehr als je an heutigem Tage zu unserem allergnädigsten Kaiser und König. Wir wissen alle, mit welchem tiefen Interesse und durchdringenden Verständnis Se. Majestät unser allergnädigster Kaiser **alles menschliche Vorwärtsstreben auf allen Gebieten** verfolgt, alle Arbeit zur Hebung und **Vermehrung der idealen und materiellen Güter des deutschen Volkes** würdigt und fördert, überallhin unablässig bestrebt ist, den **sittlichen** und **religiösen Charakter des Volkes zu stärken** und zu kräftigen und durch Erweiterung von **Wissen und Können Deutschland geschickt zu machen,** im **Wettkampf der Nationen** zu bestehen und **siegreich** zu werden.

Wir wissen alle und sehen es täglich, welche Anregungen nach allen Richtungen von Sr. Majestät gegeben werden und wie die allerhöchste Fürsorge sich gleichmäßig erstreckt auf alle Klassen der Bevölkerung, und des Kaisers Mühen und Sorgen kein Reformbedürfnis ausschließen. Wollte man aber aus dieser Universalität der landesherrlichen Gedanken, Bestrebungen und Arbeiten eine einzelne Seite besonders hervorheben, so dürfte man wohl sagen, daß die **Naturwissenschaften** und **vor allem** deren praktische Anwendung **unserem Kaiser** besonders **am Herzen liegen.** Ich werde allgemeine Zustimmung finden, wenn ich von Sr. Majestät mir zu sagen gestatte, daß **kein Zweig der Naturwissenschaften,** kein in denselben gewonnener neuer Fortschritt **den Kaiser gleichgültig läßt,** daß er überall bemüht ist, **allerhöchstselbst in alle Zweige** derselben **einzudringen** und daß Se. Majestät ein **wunderbares Verständnis** namentlich **für die Technik und vor allem auch für die künstlerische Seite** derselben besitzen und bethätigen. Se. Majestät sind in voller Erkenntnis der Bedürfnisse der modernen Entwicklung von der gewaltigen Bedeutung der Naturwissenschaften und der Verwertung ihrer Ergebnisse im praktischen Leben, wie von ihren hohen Verdiensten um den **Fortschritt um die Wohlfahrt des gesamten Volkes durchdrungen.** Diese heute das Leben beherrschende Seite unserer Kulturentwicklung besitzt in unserem Kaiser einen starken Hüter und Förderer, und die hohe Wertschätzung dieses Studiums überträgt sich natürlich auf seine Vertreter und seine Jünger. Noch am heutigen Tage haben wir davon die sprechendsten Zeugnisse erhalten. Die Vertreter und Schüler der Hochschulen und was mit ihnen zusammenhängt, schulden daher Sr. Majestät noch besonderen Dank, besondere Liebe und Verehrung, und ich bin sicher, daß diese dankbaren und ehrfurchtsvollen Gefühle auch dieses heutige Fest in vollem Maße beseelen und erfüllen und so bitte ich Sie denn, einzustimmen aus vollem Herzen in den Ruf der Liebe und Treue: Se. Majestät unser allergnädigster Kaiser, König und Herr Hoch! Hoch! Hoch!"

Kiel, 19. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Nach einem Boykott, der 21 Wochen dauerte, haben unsere Parteigenossen erreicht, daß ihnen die gesperrten Lokale „Elysium" und „Kolosseum" wieder zur Verfügung gestellt wurden.

Frankfurt a. M., 19. Oktober. (B. H.) Die „Frankf. Ztg." meldet aus Amsterdam: Der niederländische Kreuzer „Holland" ist bei den Tausendinseln in Japan an einer Klippe gescheitert.

Rom, 19. Oktober. (B. H.) Meldungen aus Kairo zufolge wird der Vermittelung Englands **die Beseitigung der letzten Differenzen zwischen Menelik und der italienischen Regierung** gelingen. Der Abschluß einer Einigung bezüglich der Grenze sowie eines Handelsvertrages zwischen Abessinien und Italien wird demnächst erwartet. Man glaubt, daß der Graf von Turin, welcher sich augenblicklich auf Erythräa aufhält, Menelik, sowie dem Ras Makonnen Besuche abstatten und im Namen des Königs die Regulierung der Grenze, sowie den Handelsvertrag abschließen werde.

Rom, 19. Oktober. Wie der „Avanti" mitteilt, beschloß die socialistische Gruppe des Parlaments, welche heute in Mailand zusammentrat, in der neuen Tagung der Kammer die **Obstruktion fortzusetzen.**

Verantwortlicher Redacteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Lokales.

Socialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Die Generalversammlung findet heute abend 8½ Uhr im „Rosenthaler Hof", Rosenthalerstr. 11/12, statt. Da die Neubesetzung der Vorstandsämter auf der Tagesordnung steht, wird zahlreicher Besuch der Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule, Neue Roßstraße 8. Heute abend 9 Uhr beginnt der Kursus in Geschichte (Geschichte der großen französischen Revolution, mit besonderer Berücksichtigung der geistigen Strömungen an und nach derselben). Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner. Die Bibliothek ist von 8—9 Uhr geöffnet. — Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung

wurde der Antrag Ullstein und Genossen, betreffend die Herabsetzung des Preises für das Leuchtgas und die Einführung von Gasautomaten, erörtert. Die sehr ausgedehnte und gründliche Debatte ließ erkennen, daß die geforderte Preisherabsetzung in der Versammlung ziemlich allseitige Unterstützung finden wird, wenn auch auf eine Herabsetzung bis auf 10 Pfennig schwerlich zu rechnen ist. Leider hat es aber den Anschein, als ob sich auch für eine Wiedererhöhung des Kochgas-Preises, ohne die die vielfach gewünschte Herbeiführung eines Einheitspreises allerdings kaum möglich sein würde, eine Mehrheit finden wird. Der Antrag wurde zunächst einem Ausschuß überwiesen. — Der Magistratsbeschluß in Sachen der Stadtverordneten-Wahlen dritter Abteilung — Ablehnung des Sonntags, aber Ausdehnung der Wahlzeit am Montag bis 8 Uhr abends — gab unserem Genossen Singer Veranlassung, noch einmal darauf hinzuweisen, daß unter diesen Umständen zahlreiche Wahlberechtigte am Wählen verhindert werden und im übrigen ein ordnungsmäßiger Vollzug der Wahl kaum möglich ist. Der Magistrat hat für seinen ablehnenden Beschluß keine Gründe angegeben. Stadtrat Bohm deutete aber in seiner Antwort auf die Ausführungen Singers an, daß die Gründe dieselben seien, wie vor 8 Tagen, — also in erster Linie die Sorge um die Bequemlichkeit der Wahlvorsteher. Die Wähler der dritten Abteilung ersehen daraus, wie wenig den freisinnigen Kreisen, aus denen die Wahlvorsteher gewonnen werden, und auch dem Magistrat daran liegt, daß jedem Wahlberechtigten in weitestgehender Weise die Möglichkeit gewährt wird, sein Wahlrecht wirklich auszuüben.

Die freisinnigen Bezirks-Größen

sind jetzt eifrig dabei, den Kommunalwählern „das Blaue vom Himmel herunter" zu versprechen. „Das Blaue vom Himmel herunter" versprechen — nach der Versicherung des Freisinns — sonst nur die Socialdemokraten. Aber wenn die Kommunalwahlen kommen, dann legt sich der „angesehene Mann und bewährte Bezirksgenosse", der von der Freisinnsklique als Stadtverordneten-Kandidat präsentiert wird und nun um die Gunst der Wähler werben soll, selber auf das Versprechen. Dann geht er in die Versammlungen und erzählt seinen andächtig lauschenden Zuhörern, wie gut er mit den Interessen des Bezirks vertraut ist und wie energisch er sie in der Stadtverordneten-Versammlung vertreten will, wie er hier für eine Straßenerweiterung und da für eine Neupflasterung und dort für eine bessere Beleuchtung sprechen will, damit dem Bezirk, nachdem er so lange als Stiefkind behandelt worden ist, endlich einmal die Förderung zu teil wird, die die verehrlichen Herren Bezirksgenossen so überaus nöthig haben und so sehnlich herbeiwünschen. Er — der „bewährte Bezirksgenosse" — wird's schon machen. Er wohnt hier, er hat hier sein Haus, sein Geschäft — er wird sich doch nicht in sein eignes Fleisch schneiden!

Solche Versprechungen verfehlen, bei dem armselig beschränkten Gesichtskreis des richtigen Berliner Freisinns-Spießbürgers, niemals ihre Wirkung. Diese Sorte Menschen ist für weiter nichts als für die einseitigste Förderung ihrer persönlichsten Interessen zu haben. Die freisinnigen Bezirks-Größen wissen das und richten sich danach. Auf das Ganze der Berliner Gemeindeverwaltung singen sie ein fröhliches Loblied. Aber der Bezirk, dieser eine Bezirk, „unser" Bezirk — ach! der ist entsetzlich, so ganz entsetzlich vernachlässigt! Und dieselben Leute, die so durch die erbärmlichste Bezirksinteressen-Politik in die Stadtverordneten-Versammlung hineinzukommen versuchen, thun über die Maßen entrüstet, wenn ein Socialdemokrat in der Stadtverordneten-Versammlung darauf hinweist, daß er die unbemittelte Bevölkerung vertritt. Dann werfen sie sich in die Brust und erklären mit Pathos, daß sich ein Stadtverordneter als Vertreter aller Klassen der Bevölkerung zu betrachten habe, während sie selber doch nur die Vertreter der Bewohner ihres engen Bezirks und auch in diesem nur der besser situierten Minderheit sein wollen.

Feindseliges Verhalten gegen die Kirche

wird der großstädtischen Arbeiter-Bevölkerung von der reaktionären Presse vielfach zum Vorwurf gemacht. Daß diese Presse aber selber zuweilen alles mögliche thut, um die Arbeiterschaft gegen die Kirche aufzuhetzen, zeigt von neuem das Beispiel, das gestern von der „Kreuz-Zeitung" gegeben worden ist. In einem Leitartikel beschäftigt sich das Blatt mit den bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen und kommt auf die Schwierigkeiten zu sprechen, die den Wählern durch das bekannte Erkenntnis des Ober-Verwaltungsgerichts bereitet worden sind.

„Auch durch die Verlegung des Wahltermins auf einen Sonntag würde nichts gebessert werden, denn der Sonntag hat nicht mehr Stunden als jeder Wochentag. Das werden sich die Stadtverordneten, die für einen dahin gehenden Antrag der Socialdemokraten gestimmt haben, ebenfalls gesagt haben. Unter diesen Umständen wird man in dem Antrage weniger den Wunsch, einem praktischen Bedürfnisse zu genügen, als einen gegen die christliche Kirche beabsichtigten Schlag erblicken müssen. Der Magistrat ist denn auch besonnen genug gewesen, ihm nicht beizutreten und auf diese Weise ein Eingreifen der Aufsichtsbehörde zu vermeiden. Das ist gewiß lobenswert."

Die „Kreuz-Zeitung" kann oder will wahrscheinlich nicht begreifen, daß der Sonntag deshalb von der Arbeiterschaft als Wahltag gewünscht wird, weil dann der Proletarier des Arbeitszwanges ledig und sein eigener Herr ist, und damit ungeachtet der von dem Junkerblatt entdeckten Thatsache, daß auch dieser Tag nur 24 Stunden hat, die Wahlhandlung sich ziemlich gleichmäßig über alle Wahlstunden verteilen kann. An Wochentagen stellt sich hingegen der Hauptandrang der arbeitenden Wähler naturgemäß erst in den ungenügenden Abendstunden ein.

Doch das nur nebenher. Höchst beachtenswert ist die andere Entdeckung der „Kreuz-Zeitung", daß die Verlegung der Wahlhandlung auf einen Sonntag ein Schlag und zwar ein beabsichtigter Schlag gegen die Kirche ist. Das ist ein so befremdlicher Einwand, daß man vergeblich nach stichhaltigen Gründen dafür sucht. Die „Kreuz-Ztg." mag etwa an die an Sonntagen stattfindenden Kirchenwahlen denken und die leidige Thatsache in Betracht ziehen, daß bei diesen doch wohl profan zu nennenden Handlungen an einem nach religiöser Auffassung heiligen Ort gerade unter den Berliner Frommen recht häßliche Leidenschaften zu Tage getreten sind. Es ist ja möglich, daß diese Vorgänge die Kirche geschädigt haben, aber das lag doch wahrlich nicht an dem Umstand, daß der Sonntag als Wahltag benutzt wurde, sondern an dem zum Teil über alle Begriffe häßlichen Gebahren der frommen Agitatoren, das sich ebenso abschreckend an Wochentagen bemerkbar gemacht haben würde.

Nun stehen aber doch die Stadtverordnetenwahlen an sich zu der Kirche in gar keiner Beziehung, und daher kann die Wahlhandlung zu dieser Körperschaft auf die Kirche weder fördernd noch schädigend einwirken.

Wozu der Lärm also? Die „Kreuz-Zeitung" ist ein Blatt, das bei jeder Gelegenheit betont, daß ihm die Interessen der Kirche besonders am Herzen liegen und das daher vielfach auch als Sprachrohr kirchlicher Kreise angesehen wird. Wenn ein solches Blatt unverfroren mit der Behauptung auftritt, daß die Verkümmerung des so wie so schon spärlichen proletarischen Wahlrechts, wie sie in der Ablehnung des bekannten Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung leider erfolgt ist, ein der Kirche dienliches und wohlgefälliges Werk sei, so muß das auch solche Bevölkerungsschichten, die noch nicht völlig mit religiösen Dingen gebrochen haben, gegen die Kirche einnehmen.

Zu untersuchen, ob die Arbeiterfeindlichkeit, die hier von der „Kreuz-Zeitung" der Kirche insinuiert wird, in dem modernen Wesen dieser Institution begründet ist, ist hier nicht der Platz. Uns fällt es nicht ein, sämtliche Glieder der Kirche mit dem als skrupellosen Agitator der reaktionären Großindustrie bekannten Prediger Hülle auf eine Stufe zu stellen.

Doch mögen die „edlen Herren von der Kirche" sich nicht wundern und der „Kreuz-Zeitung" ihren Dank abstatten, wenn sie sehen, wie die Arbeiterschaft immer mehr von Mißtrauen gegen alles erfüllt wird, was mit der Religion und deren Hütern in Zusammenhang steht.

Zur Kennzeichnung des Klassenwahlrechts. Die „Berl. Ztg." schreibt: Zu welchen geradezu grotesken Erscheinungen der plutokratische Charakter unseres kommunalen Dreiklassen-Wahlrechts in Verbindung mit der Indifferenz der Wähler führt, zeigt folgender Vorfall. Zu denjenigen Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung, die durch die Neueinteilung der Wahlbezirke obdachlos geworden sind, gehört der Stadtverordnete Mertens. Herr Mertens ist in der 1. Abteilung der Luisenstadt gewählt worden, und da sein Wahlbezirk mit einem anderen zusammengelegt worden ist, so ist ihm und seinen beiden Leidensgefährten der im Hansaviertel neugebildete Bezirk dieser Abteilung überwiesen worden. Herr Mertens scheidet mit Ablauf dieses Jahres aus, und die Wähler erster Abteilung im Hansaviertel waren nun vor die Frage gestellt, ob sie Herrn Mertens als ihren Vertreter acceptieren wollten. Sie sind etwa 80 an der Zahl, allesamt zur Wählerversammlung eingeladen worden, erschienen war aber nur einer, der Einberufer der Versammlung, der zugleich Stadtverordneter ist, und dieser stellte einstimmig Herrn Mertens als Kandidaten auf! Ob er sich vorher eine Kandidatenrede halten ließ, wissen wir nicht.

Krankenversicherung der Hausindustriellen. Der Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberatung der Magistratsvorlage betreffend die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die Hausindustriellen auf Antrag unseres Parteigenossen Borgmann mit sieben gegen eine Stimme beschlossen, die Versammlung möge den Magistrat auffordern, in gemischter Deputation mit der Stadtverordneten-Versammlung über den baldigen Erlaß eines Ortsstatuts betreffend die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie zu beraten. Hoffentlich wird nunmehr diese wichtige Angelegenheit etwas energischer als bisher gefördert.

Bestrafte Schnodderigkeit. Im Verlaufe einer von der Kammer 1 des Gewerbegerichts geführten Verhandlung äußerte der Vorsitzende Techow zu dem Konfektionär Löwenstein von der Firma Bruck u. Löwenstein: die Thatsache, daß von der Firma öfter Zuschneider ohne Kündigung fortgingen, lasse den Schluß zu, daß die Firma wohl nicht genügend hohe Löhne zahle. Darauf erklärte Herr Löwenstein: Ich verbitte mir das; Ihnen steht darüber gar kein Urteil zu, ob die von mir gezahlten Löhne genügend hoch sind. Der Richter ermahnte darauf Herrn Löwenstein, sich eines anderen Tones zu befleißigen. Herr Löwenstein erwiderte, daß er sich durchaus korrekt verhalten habe. Nunmehr verurteilte die Kammer den korrekten Konfektionär wegen Ungebühr vor Gericht zu einer Geldstrafe von 10 M.

Naivität der Provinzialen. Ueber ihre erste Begegnung mit einem Berliner Schutzmann teilt der „National-Zeitung" eine Leserin von außerhalb folgendes mit: „Voll Begeisterung betrat ich die Schwelle Berlins und hoffte eine kurze Zeit, die ich in den Grenzen der Kaiserstadt verleben durfte, nur mit den angenehmsten Erinnerungen zu füllen. Doch es kam anders. Am 16. Oktober, morgens 12,55 Uhr, kam ich am Lehrter Bahnhof an und mußte mich schleunigst nach dem Anhalter Bahnhof begeben, ohne jede Ahnung seiner Lage und Entfernung. Ich war in großer Sorge. Da erschien mir wie ein rettender Engel der berühmte „Berliner Schutzmann". Vertrauens- und hoffnungsvoll flötete ich ihn an und fragte so höflich, wie nur eine junge Dame das vermag: „Bitte, wie komme ich von hier zum Anhalter Bahnhof?" — „Zu Fuß!" war seine ironisch grinsende Antwort, die mich von den Höhen meiner Begeisterung herabstürzte und mich eilenden Fußes diesem personifizierten Sarkasmus entfliehen hieß. Ich hatte Rat erwartet und fand kalten Spott. Ich habe immer geglaubt, daß ein Schutzmann kein „Uzmann" sein sollte!"

Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.", die diese Charakteristik abdruckt, ist so boshaft, folgendes hinzuzufügen: „Die Dame muß unter einem besonderen Unglücksstern geboren sein, daß sie auf einen so unhöflichen Schutzmann stieß, denn unsere Schutzleute sind ja wegen ihrer Zuvorkommenheit gegen Ratsuchende bekannt."

Die Dampf-Straßenbahn ist nicht mehr! Zu Anfang dieser Woche hat sie ihre vorgeschriebene Reise vom Rollendorfplatz über Wilmersdorf, Schmargendorf nach Hundekehle pustend und schnaubend noch einmal vollendet, dann aber that sie ihren letzten Seufzer. Ihre Tage waren schon gezählt, als die Westliche Berliner Vorortbahn mit ihrer Umwandlung in elektrischen Betrieb in den letzten Monaten in rascher Aufeinanderfolge vorzugehen begann. Und doch kam das Ende des Dampfbahnbetriebes schneller als man geahnt und als die Bahndirektion eigentlich beabsichtigt hatte. Es handelt sich nämlich um keine ganz freiwillige Einstellung des Betriebes, vielmehr haben, dem „Teltower Kreisblatt" zufolge, ausständige Heizer der Dampfbahn den Lebensfaden gekürzt. Den Heizern sagte dies und jenes in der Bedienung des alten Vehikels nicht mehr zu, und als sie ihre Wünsche von der Direktion abgelehnt sahen, wandten sie sich von dannen und die verlassenen ausgedienten Dampfbahnwagen mußten nun den letzten Gang in den Schuppen antreten. An ihre Stelle ist nicht, wie man vielleicht annehmen könnte, sofort der moderne elektrische Straßenbahnwagen getreten, sondern die alte Dampfbahn ist einstweilen durch den Pferdebahnbetrieb abgelöst worden. Somit scheint es, daß sich Pferdebahnkutscher zu Streikbrecherdiensten hergegeben haben.

Ein Ballon des deutschen Vereins zur Förderung der Luftschiffahrt, der am Dienstag um 9 Uhr vormittags in Berlin bei nebligem Wetter und fast völliger Windstille aufstieg, landete gegen 5 Uhr abends am Fuße des Thüringer Waldes im Großherzogtum Weimar. Die Nebelschicht reichte nur 150 Meter hoch. Gegen Mittag ballte sich unter dem Ballon der Nebel zu Wolken, über welchen, wie in der letzten Zeit mehrfach beobachtet, eine höhere Temperatur herrschte, als an der Erde. In der Nähe des Schießplatzes Kummersdorf konnten die Luftschiffer das Sausen der Geschosse hören.

Durch Putzsucht zur Diebin geworden ist die 15 Jahre alte Verkäuferin M., die in einem Knopfwaren-Geschäft in der Niederwallstraße angestellt war. Ihre geringen Einnahmen reichten nicht aus, um die Kosten, die sie für Putz aufwendete, zu bestreiten. Vor einiger Zeit schickte der Geschäftsinhaber sie mit einem Tausendmarkschein weg, den sie bei der Post einzahlen sollte. Weinend kam sie zurück und erzählte, daß sie den Schein verloren habe. Ein Inserat in der Zeitung, das den Verlust anzeigte, hatte keinen Erfolg. Der Verdacht, das Geld veruntreut zu haben, lenkte sich auf die M., als den anderen Verkäuferinnen auffiel, daß diese noch mehr Aufwand trieb. Zugleich nahm auch der Chef wahr, daß ihm öfter kleines Geld aus der Billettasche des Ueberziehers verschwand. Das geschah auch vorgestern nachmittag wieder. Nun waren aber die Zehnpfennigstücke gezeichnet worden. Einer Verabredung gemäß wandte sich der Chef an die erste Buchhalterin, um sich ein Fünfzigpfennigstück wechseln zu lassen. Die Buchhalterin konnte angeblich nicht wechseln und ließ sich das Kleingeld von der Verkäuferin M. geben. Dabei kamen denn die gezeichneten Stücke zum Vorschein. Nunmehr machte der Geschäftsmann auch wegen des Tausendmarkscheins Anzeige.

Zum Prozeß gegen die „Harmlosen" wird dem „Berliner Tageblatt" aus Breslau die Meldung übermittelt, daß gegen den in diesem Prozeß als Zeugen aufgetretenen Vicekonsul Ferdinand Moos eine Anzeige wegen Betruges und Meineides bei der Berliner Staatsanwaltschaft erstattet worden sei.

Das rücksichtslose Schnellfahren der Postwagen in den Straßen der Stadt hat gestern vormittag gegen 11 Uhr einen Zusammenstoß zwischen einem Packetpostwagen und einem elektrischen Straßenbahnwagen veranlaßt. Der aus der Wilmsstraße kommende zweispännige Postwagen kreuzte zu der angegebenen Zeit kurz vor einem vom Kreuzberg kommenden elektrischen Wagen der Linie Kreuzberg—Gesundbrunnen den Fahrdamm der Bärwaldstraße. Der Führer des gelben Wagens hatte aber die Distanz nicht gut berechnet, denn der heranbrausende Straßenbahnwagen erfaßte noch ein Hinterrad des Postgefährtes und zertrümmerte es vollständig. Personen sind glücklicherweise nicht verletzt.

In eine entsetzliche Lage geriet in der Nacht zu gestern der Bureauvorsteher Lappöhn, als er gegen 12 Uhr an der Ecke der Frieden- und Weinstraße die Vorderplattform eines in der Fahrt befindlichen Ringbahnwagens verließ. Er glitt aus und stürzte so unglücklich, daß er mit dem linken Fuß zwischen Schutzvorrichtung und Getriebe des Sammelwagens geriet. Alle Bemühungen, ihn zu befreien, erwiesen sich als vergeblich. Es wurde die Hilfe der Feuerwehr in Anspruch genommen. Erst mußte aber die gesamte Schutzvorrichtung abgeschraubt werden, eine Arbeit, die nahezu eine Stunde in Anspruch nahm, bevor das Rettungswerk vollzogen werden konnte. L. wurde sodann mittels Droschke nach dem Krankenhause Friedrichshain gebracht. Der Knochen des Unterschenkels war völlig zermalmt, so daß zu einer Amputation des verletzten Fußes geschritten werden mußte.

Ein brennender Wagen auf offener Straße verursachte Donnerstagabend einen großen Auflauf in der Oranienstraße. Auf dem Hofe des Geschäfts von Lubasch war ein Einspännerwagen mit Holzwolle beladen, die auf noch nicht ermittelte Weise auf der Straße Feuer fing. Obgleich im Nu die ganze Ladung in Flammen stand, gelang es doch, das Pferd auszuspannen, worauf der brennende Wagen nach dem freien Platze an der Oranien- und Kommandantenstraße gezogen wurde. Von einem halben Dutzend öffentlichen Meldern aus wurde die Feuerwehr alarmiert, und so kam es, daß fast alle Züge der 2., 3. und 5. Kompagnie herbeieilten, um sofort wieder Kehrt zu machen, da das Feuer bald abgelöscht war. Die Ladung ist eingeäschert.

Das Programm der Lehrstätte NO. (Königstadt) der Volkshochschule Humboldt-Akademie ist erschienen. Dasselbe enthält die ausführlichen Anzeigen von acht „Volkstümlichen Vortragsreihen" aus verschiedenen Wissensgebieten, welche im Königstädtischen Realgymnasium, Elisabethstraße 57/58, in den späteren Abendstunden für Männer und Frauen vom 23. Oktober ab gehalten werden; die Hörgebühr für die sechsstündige Vortragsreihe beträgt, um allen Klassen die Beteiligung zu ermöglichen, nur 50 Pf., für die doppelstündige Reihe über den elektrischen Strom mit Experimenten 1 M., während Einzelkarten zu 20 Pf. pro Stunde ausgegeben werden. Die Programme, 8 Seiten stark, sind unentgeltlich in dem Bureau, Th. Fröhlichs Buchhandlung, Landsbergerstr. 32, bei dem Schuldiener Herrn Voigt und bei W. u. S. Loewenthal, Buchdruckerei, Grünstr. 4, erhältlich. — In der Lehrstätte S. (Luisenstadt) beginnen an den nächsten Abenden noch eine Anzahl interessanter Vortragscyklen Prinzenstr. 51; die Programme gratis im Bureau, Selmar Hahnes Buchhandlung, Prinzenstraße 54. — In der Lehrstätte W. eröffnet Mr. Ch. Marelle seinen Cyklus über „Littérature française" erst diesen Freitagabend 7 bis 8 Uhr, Zutritt frei, nachdem der Vortrag am vorigen Freitag wegen Mißverständnis ausgefallen war.

Urania. Professor G. Fritsch, der langjährige Forschungsreisen in Afrika unternommen hat und vornehmlich ein genauer Kenner der südafrikanischen Verhältnisse ist, wird am Mittwoch, den 25. d. M., im großen Theatersaale der Urania einen Vortrag über „Transvaal" halten und ein Bild der Entwicklung der südafrikanischen Bauernrepubliken von ihren Anfängen bis zur Gegenwart geben. Der Vortrag wird durch zahlreiche Lichtbilder erläutert werden.

Feuerbericht. In den letzten beiden Tagen wurde die Feuerwehr wenig in Anspruch genommen. Mittwochabend 7 Uhr wurde sie nach Lindenstr. 78 gerufen, wo ein Kellerbrand abzulöschen war, der Kisten und Packmaterial einäscherte. Gleichzeitig erfolgte Alarm nach Seydelstr. 9, wo in einer Hutschmuckfabrik Pappkartons nebst Inhalt Feuer gefangen hatten. Da die Feuermeldung von mehreren Stellen aus erging, wurde Mittelfeuer angenommen, weshalb auch zwei Dampfspritzen herbeieilten, die jedoch sofort wieder abrücken konnten. Hobelspähne brannten nachmittags Turmstr. 57 in Moabit, während Weinbergsweg 11b Papier und Kartons Feuer gefangen hatten.

Aus den Nachbarorten.

Die Kreiskonferenz der Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg wird am Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 1 Uhr, bei Thomas, Rixdorf, Hermannstraße 50 (Apollo-Säle) abgehalten. Tagesordnung: 1. Bericht des Kreis-Vertrauensmannes und der Revisoren. 2. Neuwahlen. 3. Die Beschlüsse der Brandenburger Provinzial-Konferenz und des Hannoverschen Parteitages. Referent: Gen. Fritz Zubeil. 4. Die Lehren der Wahlstatistik. Referent: Gen. Paul Hirsch. 5. Verschiedenes. — Es wird auf den § 3 des Organisations-Statuts des Kreises aufmerksam gemacht, wonach jeder Ort bis zu drei Delegierten entsenden kann, jedoch müssen dieselben politisch organisiert, in öffentlichen Parteiversammlungen gewählt und mit Mandaten versehen sein. Die Konferenz wird pünktlich eröffnet. Der Vertrauensmann: Wilhelm Eberhardt, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 38a.

Britz. Sonntag findet bei Güldner, Rudowerstraße 66, eine Volksversammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil über das umgeänderte Invaliditätsgesetz spricht. Ferner erfolgt die Neuwahl des Vertrauensmannes. Auch werden Sonntag, vormittag 7 Uhr, Handzettel verbreitet, woran sich die Parteigenossen recht zahlreich und pünktlich beteiligen wollen. Treffpunkt bei Karl Dorn, Bürgerstraße 4.

Der Vertrauensmann.

Schöneberg. Wir machen die Genossinnen und Genossen auf die am Sonntagnachmittag 6 Uhr im Lokale von E. Obst, Grunewaldstr. 110, stattfindende Volksversammlung aufmerksam,

in welcher Parteigenosse Dr. Lux einen Vortrag halten wird. Nach dem Vortrage findet ein gemütliches Beisammensein mit Tanz statt.

Schöneberg. Für die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen im 5., 12. und 13. Bezirk findet Sonntag früh 7½ Uhr eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen wollen sich zahlreich in einem der hier bezeichneten Lokale einfinden: Obst, Grunewaldstraße 110, Letz, Hauf und Wielandstraßen-Ecke.

Charlottenburg. Den Parteigenossen hiermit zur Kenntnis, daß am Sonntag, morgens 8 Uhr, eine Flugblatt-Verbreitung von folgenden Lokalen aus stattfindet, und zwar für: I. Bezirk: Pasche, Potsdamerstr. 43; II. Bezirk: Leder, Bismarckstraße 74; III. Bezirk: Gimpel, Osnabrückerstr. 1 und Dörre, Wallstraße 90; IV. Bezirk: Kant, Pestalozzistr. 65; V. Bezirk: Wernicke, Bismarckstr. 34; VI. Bezirk: Röttger, Leibnizstr. 8; VII. Bezirk: Bredlow, Ansbacherstr. 31.

Rixdorf. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte gestern zunächst zu einem Antrag des Magistrats auf Aufhebung des Ortsstatuts vom 11. Dezember 1879 Stellung zu nehmen. Nach diesem Ortsstatut ist für den Bezirk Rixdorf die Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft oder zum Ausschänken von Wein, Bier oder anderen, nicht unter die Gattung von Branntwein oder Spiritus fallenden geistigen Getränken von dem Nachweise eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig. Für die Aufhebung des Statuts beruft sich der Magistrat auf die Nützlichkeit der Gewerbefreiheit. Er führt aus, daß jede Einschränkung der Gewerbefreiheit dem gedeihlichen Wachstum der Städte hinderlich sei. Nach kurzer Debatte wurde einstimmig die Aufhebung des Ortsstatuts beschlossen. — Für den neunten Schiedsmannsbezirk, umfassend Hermannstraße 1 bis 108 und 193 bis 253, die Wanzlickstraße, die Selchowerstraße, die Weisestraße, Herrfurtstraße und Lichtenraderstraße wurde Schlächtermeister Seltmann, Hermannstr. 53, gewählt. Zum Mitgliede der Armenkommission für den 7. Kommissionsbezirk bestimmte die Versammlung den Eigentümer Bergt, Hermannstr. 21c. — Nach Erledigung einiger Straßensachen beantragte Stadtverordneten-Vorsteher Sander, in einer Eingabe die zuständigen Behörden darum zu ersuchen, den sogenannten Gutsbezirk Hasenheide der Stadt Rixdorf einzuverleiben. Es handelt sich in der Hauptsache um die Südseite der Straße Hasenheide mit ihrem Hinterlande, die in kommunaler Beziehung zu Tempelhof gehört. Netzerau (Soc.) warnte vor Ueberstürzung. Durch die Einverleibung bekäme man im Militärfiskus einen bösen Nachbar. — Herr Beltz wünschte die Niedersetzung einer Kommission. Bürgermeister Boddin trat für eine sofortige Entschließung ein, weil sich gerade jetzt das Ministerium mit der Vorbereitung eines Gesetzes beschäftige, das die Angliederung dieses dem eigentlichen Tempelhof so fernen Gemeindeteiles an eine Nachbargemeinde bezwecke. — Der Antrag wurde schließlich fast einstimmig angenommen.

In Schöneberg sind diejenigen Hausbesitzer, die auf Grund einer ihnen früher erteilten Erlaubnis das Dachgeschoß ihrer Häuser zu Atelierzwecken eingerichtet haben, von der Polizeibehörde aufgefordert worden, die Ateliers bis zum 1. April nächsten Jahres zu beseitigen. Die etwa 50 in Betracht kommenden Hausbesitzer wollen im Verwaltungsstreitverfahren diese Verfügung anfechten.

Die elektrische Straßenbahn Berlin—Pankow, welche jetzt ihren vorläufigen Endpunkt an der Ecke der Elsasser- und Gartenstraße hat, wird am Sonnabend ihre Fahrten bis zur Georgenstraße ausdehnen.

Ruchlosigkeit. In einer der letzten Nächte sind auf dem Kirchhof in Lichtenberg etwa dreißig Tafeln, Kreuze und andere Gedenkzeichen von ruchlosen Frevlern umgestürzt und teilweise zerschlagen worden. Auf Ermittlung der Thäter ist eine Belohnung von 100 M. vom Gemeindevorsteher ausgesetzt worden.

Soziale Rechtspflege.

Von der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft erhalten wir folgende Zuschrift: Zu der am 11. Oktober 1899 veröffentlichten Rekursentscheidung ist zu erwähnen, daß der bei dem Malzfabrikanten M. in B. angestellte und bei dem Bau einer elektrischen Anlage verunglückte Obermälzer J. nicht um seine Unfallrente gekommen ist. Die Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft, Sektion VI (Berlin), sowie das Schiedsgericht, hatten den Verletzten seiner Zeit allerdings mit seinem Anspruch abgewiesen, weil sie der Meinung waren, daß die Berufsgenossenschaft der Feinmechanik für den Unfall einzutreten habe. Als dann das schiedsgerichtliche und Rekursverfahren gegen die Berufsgenossenschaft der Feinmechanik schwebte, hatte schon die Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft im Oktober 1898 bis zur endgültigen Regelung des Rechtsstreits die vorläufige Fürsorge für den Verletzten übernommen. Nachdem nun im Erkenntnis des Reichs-Versicherungsamts die Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft als solche bezeichnet worden war, welche für den Fall einzutreten hätte, wurde dem p. J. durch Bescheid vom 14. Juli 1899 endgültig die Höhe der ihm bewilligten Rente bekannt gegeben und ihm für die bereits verflossene Zeit, d. h. vom Beginn der 14. Woche ab, die Rente nachgezahlt.

Gerichts-Zeitung.

Der seit Mittwoch vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Felisch verhandelte Strafprozeß gegen den früheren städtischen Steuererheber Albert Domack hat eine ganze Reihe psychologisch und juristisch interessanter Momente zu Tage gefördert und schließlich ein vorzeitiges Ende gefunden. Der Angeklagte war beschuldigt, Steuergelder im Betrage von über 9000 M. unterschlagen und zur Verdeckung der Unterschlagungen die Register gefälscht zu haben. Domack, der auf der Anklagebank den Eindruck eines schwer kranken Menschen machte, hat zwei Feldzüge mitgemacht und wurde im Jahre 1875 als Steuererheber des Magistrats angestellt. Leute, die ihn kennen, geben ihm das Zeugnis, daß er ein pflichtgetreuer, umgänglicher Beamter gewesen ist, bis ein Gemüt durch ein unglückliches Ereignis verdüstert wurde. Er hatte nämlich im Jahre 1890 das Unglück, unter dem falschen Verdachte, ein Sittlichkeitsverbrechen begangen zu haben, unschuldig in Haft genommen zu werden, und diese Thatsache scheint auf seinen Seelenzustand von den verhängnisvollsten Folgen gewesen zu sein. Sein ganzes Wesen hat sich seitdem geändert, er ließ auch in starkem Maße den Alkohol auf seine Nerven wirken, und es ist festgestellt, daß er oft mehr als 8 Schnäpse und 8 Gläser Bier täglich zu sich nahm. Verderblich scheint es für ihn auch gewesen zu sein, daß er mit seinem damaligen Vorgesetzten, dem Bureau-Assistenten Brunow, sehr intim war und diesem, der sehr leichtsinnig gewesen sein soll, anscheinend wiederholt mit Geldern aus der Verlegenheit geholfen hat. Am 31. August 1898 erhielt der Vorgesetzte Brunows einen aus Osternothafen abgesandten Brief Brunows, in welchem letzterer den Domack beschuldigte, 18 000 M. unterschlagen und die darauf bezüglichen Protokolle verfälscht zu haben. Brunow bekannte sich als Mitwisser dieser Strafthaten und deutete an, daß er, um nicht mit Domack bestraft zu werden, sich töten werde. Thatsächlich ist dann am 9. September Brunows Leiche bei Swinemünde von der See an das Land gespült worden. Es wurde eine sofortige Revision der Domackschen Protokolle angeordnet und da dieselben ergaben, daß zahlreiche Beträge unterschlagen worden sein müssen und die aufgerissenen Löcher durch allerlei Manipulationen zu verstopfen versucht worden war, so wurde Domack in Haft genommen. Er entschuldigte sich damit, daß er an Gedächtnisschwäche leide, durch die große Arbeitslast, die auf ihm ruhte, vielfach das Opfer von Verwechslungen und Nachlässigkeiten geworden sei und daß er dem Brunow ein größeres Darlehn gegeben habe. Auf der anderen Seite ist dagegen festgestellt worden, daß er auf den Rennplätzen von Hoppegarten, Karlshorst, Westend und Weißensee verkehrt und auch viel gewettet hat. In der Hauptverhandlung kam es nun wesentlich darauf an, den Geisteszustand des Angeklagten festzustellen, da sich nach dieser Richtung hin lebhafte Zweifel geltend gemacht hatten. Domack ist von dem Oberarzt der kgl. Charitée, Prof. Dr. Köppen und auch durch den Gerichtsphysikus Dr. Störmer untersucht worden und beide Herren wohnten als Sachverständige der Verhandlung bei. Das Gutachten ging ziemlich übereinstimmend dahin, daß zwar ganz bestimmte Zweifel an der geistigen Gesundheit des Angeklagten erhoben werden können, der körperliche Befund aber noch nicht genügende Anhaltspunkte dafür gebe, daß der Angeklagte thatsächlich an Gehirnerweichung leide. Auf Grund neuer Momente trat gestern Dr. Störmer aus eigenem Antriebe vor den Gerichtshof und erklärte, daß die neuen Ermittelungen mit zwingender Notwendigkeit dazu führen müßten, sein erstes vorläufiges Gutachten abzuändern. Er erklärte, daß das jetzt vorliegende Material nicht nur ausreiche, sondern geradezu zu dem Schluß zwinge: Der Angeklagte ist geisteskrank und war es schon zur Zeit der That, so daß er im Sinne des § 51 nicht verantwortlich zu machen ist. Der als Sachverständiger bereits entlassene, nunmehr aber wieder herbeizitierte Professor Dr. Koeppen äußerte sich nicht mit derselben Bestimmtheit, betonte aber, daß die von ihm bereits hervorgehobenen Zweifel durch die neuen Momente noch wesentlich verstärkt worden seien.

Nach diesem Gutachten der Sachverständigen schien die Vernehmung der zahlreich erschienenen Zeugen überflüssig, denn Staatsanwalt und Verteidiger gaben der Ansicht Ausdruck, daß der Angeklagte hiernach unbedenklich freizusprechen sei. Auch der Vorsitzende glaubte, daß er — da ein negativer Spruch zu erwarten war — ohne weitere Zeugenverhandlung den Geschworenen die Schuldfragen, in denen die Einzelfälle getrennt aufgeführt waren, unterbreiten könne. Zu allgemeinem Staunen sprachen aber die Geschworenen den Angeklagten in einem zur Verhandlung gekommenen Falle schuldig und erklärten sich zur Beantwortung der übrigen Fragen außer stande, da ihnen die Unterlagen zu einer Entscheidung fehlten. Da in den Fragen eine „fortgesetzte Handlung" angenommen war, die durch einen Fall natürlich nicht erschöpft sein konnte, so hielten die Prozeßbeteiligten diesen Spruch übereinstimmend für einen sachlich unzulänglichen und die Geschworenen mußten sich nochmals zur Beratung zurückziehen. Der Vorsitzende gab ihnen mit auf den Weg, daß nach der Judikatur des Reichsgerichts schon ein begründeter Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit zu einem Freispruche genüge. Die Geschworenen verstanden sich aber auch jetzt nicht dazu, die Schuldfrage zu verneinen, sondern verlangten weitere Beweisaufnahme. Nunmehr erklärten Prof. Köppen und Dr. Störmer, daß der Angeklagte unter keinen Umständen verhandlungsfähig sei und seine Geisteskrankheit sicher bald zunehmen werde. Dr. Störmer meinte: Wer an die Verhandlungsfähigkeit dieses Kranken glaubt, müßte auch an die Unsterblichkeit der Menschen glauben. Staatsanwalt und Verteidiger beantragten hierauf vorläufige Einstellung des Verfahrens, auf die der Gerichtshof auch erkannte. Auf den Antrag des Dr. Davidsohn wurde der Angeklagte aus der Haft entlassen.

In dem Strafverfahren gegen den „Reichsglöckner" Joachim Gehlsen scheint es nur langsam vorwärts zu gehen. Vor länger als drei Wochen wurde die Anklage wegen Beleidigung des Charlottenburger Magistrats vor dem Landgericht II verhandelt, der Termin aber schließlich vertagt und beschlossen, dem Angeklagten seine beschlagnahmten Papiere, die er zu seiner Verteidigung bedarf, auszuhändigen. Dies ist noch nicht geschehen. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schöps hat nun den Antrag gestellt, die Beschlagnahme der Papiere überhaupt aufzuheben.

Eine brutale Mißhandlung seines Untergebenen führte den Droschkenfuhrherrn Julius Arndt aus der Quitzowstraße wegen gefährlicher Körperverletzung auf die Anklagebank vor der 129. Abteilung des Amtsgerichts I. Als der Angeklagte eines Abends auf sein Gehöft kam, fand er dortselbst eines seiner Pferde liegen, welches der betreffende Droschkenkutscher nach seiner Behauptung so abgehetzt hatte, daß es nach etwa 10 Minuten verendete. Das regte den Angeklagten natürlich auf; als dann nach einiger Zeit der Droschkenkutscher Pahl von der Tour nach Hause kam, stürzte er auf ihn zu und schrie ihn an: „Na, Sie konnten wohl auch wieder nicht nach Hause finden! Kommen Sie vom Bock herunter!" Da es dem Angeklagten zu lange dauerte, ehe Pahl — der seine Beine in eine Decke gewickelt gehabt hatte — herunterkam, packte er ihn am Kragen und zog ihn vom Bock herunter. Dann ergriff er die Pferdeleine und schlug mit demjenigen Teile, an welchem sich die Schnallen befinden, fortgesetzt auf Pahls Kopf ein, daß dieser stark blutete. Das ärztliche Attest stellte namentlich Verletzungen und Schwellungen von Augen und Ohren fest; der Gemüthandelte hatte auch Fieber gehabt, so daß eine Zeitlang der Ausbruch einer Gehirnerschütterung befürchtet worden war. Der Staatsanwalt beantragte 200 Mark Geldstrafe, während Rechtsanwalt Hans Hoffmann als Verteidiger für eine mildere Strafe plaidierte. Der Gerichtshof hielt jedoch nicht einmal das beantragte Strafmaß für ausreichend, sondern erkannte auf 300 M. Geldstrafe. Es handle sich um eine so rohe Mißhandlung eines Untergebenen, daß der Gerichtshof lange geschwankt habe, ob er nicht auf Freiheitsstrafe erkennen solle; er habe schließlich davon abgesehen, um nicht die sociale Stellung des Angeklagten zu untergraben.

Möchten die Richter doch auch aus solchen Erwägungen milder urteilen, wenn Arbeiter auf der Anklagebank stehen. Diese werden in den meisten Fällen durch eine Gefängnisstrafe viel empfindlicher in ihrer „socialen Stellung" geschädigt als wohlhabende Leute.

Ein zeitgemäßer Maifeier-Prozeß. Der Kistenfabrikant Bernhard Fuhg in der Köpenickerstraße 154 entließ am 2. Mai d. J. sämtliche Arbeiter, die den 1. Mai gefeiert hatten, darunter befanden sich auch alte Leute, die seit Jahren bei ihm in Arbeit gestanden hatten. An Stelle eines der Entlassenen nahm der Kistenzuschneider Wilhelm Bernard an; der Klempnergeselle Ewald Völkel, der früher mit Bernard bei Wiesenthal in Friedrichsberg gearbeitet hatte und für Wiesenthal am 4. Mai d. J. in dem Gebäude, wo sich auch die Fabrik von Fuhg befindet, bei einem Pianofabrikanten Kisten abgeladen hatte, hörte dort von seinem Kollegen bei Fuhg, daß sie wegen der Maifeier entlassen seien. Er hörte, daß Bernard sich nicht gescheut habe, in ihre Arbeitsstelle zu reden. Während dieser Unterhaltung kam Bernard aus der Fabrik. Völkel ließ sich in seiner Empörung über das Verhalten des Bernard dazu hinreißen, ihm zuzurufen: „Mach' daß Du wegkommst, Du ....., das werde ich Dir noch besorgen."

Bernard denunzierte den Völkel, der Staatsanwalt erhob öffentliche Klage wegen Beleidigung, und Völkel, ein unbestrafter Arbeiter, wurde vom Schöffengericht unter Vorsitz des Amtsrichters Heitz wegen Beleidigung mit 14 Tagen Gefängnis bestraft. Die Sache kam gestern wiederum vor der 5. Strafkammer des Landsgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Franke in der Berufsinstanz zur Verhandlung. Der Thatbestand wurde wie oben dargestellt erwiesen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Herzfeld wies darauf hin, daß die Form der Aeußerung des V. dem Mangel der formalen Bildung desselben zu gute zu halten, und der Beweggrund derselben in verletztem Kollegialitätsgefühl und verletztem Standesinteresse und Standesehre zu suchen sei. Bei einem solchem Motiv, das sonst als nicht unehrenhaft und strafmildernd angesehen werde, müsse die 14tägige Gefängnisstrafe des Angeklagten als zu hoch und zu hart erscheinen. Man möge ihn, wie es, wenn eine solche Beleidigung im Privatklageverfahren verfolgt würde, üblich sei, zu einer kleinen Geldstrafe verurteilen. Der Staatsanwalt meinte, daß Bernard beleidigt worden sei, weil er gearbeitet habe und diejenigen, welche arbeiten wollten, müßten energisch geschützt, diejenigen aber, welche sie daran zu verhindern suchten, strenge bestraft werden. Er beantrage die Verwerfung der Berufung. Der Verteidiger erwiderte, es habe nur der Unternehmer, welcher seine alten Arbeiter, die bereit zu arbeiten waren, entließ, ebenso der Zeuge Bernard, welcher einen ihrer Plätze eingenommen habe, andere an der Arbeit verhindert. — Nach ganz kurzer Beratung verkündete das Gericht die Entscheidung, daß die Berufung zu verwerfen sei. Von einer Verletzung des Interesses und der Ehre des Arbeiterstandes durch den Zeugen Bernard könne nicht die Rede sein, denn nicht alle Arbeiter wollten den 1. Mai feiern. Die Absicht des Angeklagten sei dahin gegangen, dem Bernard Furcht einzuflößen, so daß er die Stelle aufgebe. Das Wesentliche an seiner Aeußerung sei nicht die Beleidigung, sondern die Drohung. Zwei Wochen Gefängnis seien daher, obgleich der Angeklagte unbestraft sei, eine angemessene Strafe.

Versammlungen.

Maurer. Am Dienstag tagte in Cohns Festsälen eine gutbesuchte Mitgliederversammlung der Zahlstelle Berlin II des Centralverbandes deutscher Maurer. Winzler hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Das Recht auf Arbeit". An der Diskussion beteiligten sich Schulz, Muck und Zöllner im Sinne des Referats. Sodann gab Panser das Resultat der am 4. Oktober stattgehabten Bankontrolle bekannt. Von allen Rednern wurde das laue Verhalten und die Interesselosigkeit gerügt, welche ein großer Teil der hiesigen Maurer an der Innehaltung der Vertragsbestimmungen haben. Im Interesse der Allgemeinheit liege es vor allen Dingen, daß die festgesetzte Arbeitszeit, welche jetzt 8½ Stunden täglich beträgt, von allen Kollegen innegehalten werden müsse. Es wurde den Kollegen aufgegeben, überall, wo die vertragsmäßige Arbeitszeit nicht innegehalten wird, dieselbe von den Arbeitgebern zu fordern. Ein schwerer Verstoß gegen die Vertragsbestimmungen trifft auch der Leitung des Arbeitgeberbundes, da dieselbe nicht mit gehörigem Nachdruck in dieser Beziehung gewirkt hat und ist die Vertretung der Arbeitnehmer in der Achtzehner-Kommission beauftragt, die Namen der Arbeitgeber, der Bauten und die auf letzteren bestehenden Mißstände dem Bund zu übermitteln mit der Forderung, für Abhilfe Sorge zu tragen, widrigenfalls wir das Nichteingreifen des Bundes als groben Verstoß gegen den Vertrag betrachten werden, wofür letzterer auch die Konsequenzen zu tragen hat. Das Resultat der Bankontrolle ist in der heutigen Nummer dieses Blattes unter „Gewerkschaftliches" zu finden.

Rixdorf. Seine diesmalige Generalversammlung hielt der socialdemokratische Verein „Vorwärts" im Gröplerschen Lokale, Bergstraße 147, am 10. Oktober ab. Nach Eröffnung derselben macht der Vorsitzende die traurige Mitteilung, daß der Tod schon wieder ein dem Verein seit Gründung desselben angehörendes Mitglied, den Genossen Hoffstädt, entrissen hat; derselbe gehörte seiner Zeit dem „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein" an. Die Anwesenden ehren das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Hierauf giebt der Vorsitzende seinen Bericht. Nach demselben wurden zwei Generalversammlungen, vier Mitgliederversammlungen, sechs Vorstandssitzungen und drei außerordentliche Sitzungen abgehalten. Durch den Tod schieden zwei Mitglieder aus. Gleichzeitig macht der Vorsitzende die Mitteilung, daß der Vorstand das „Buch der Erfindungen" angekauft habe, was die Versammlung gutheißt. Aus dem Bericht des Kassierers ist hervorzuheben, daß dem Verein 601 Mitglieder angehören. Die Einnahmen betrugen 449,85 M., die Ausgaben 201,95 M., es bleibt mithin ein Bestand von 247,90 M. Wurbs, Bibliothekar, giebt einen Ueberblick über die Bibliothek und muß konstatieren, daß leider die Frequenz derselben zurückgegangen ist. Im weiteren teilt er mit, daß die Anschaffung eines Bibliothekspindes notwendig geworden ist und ersucht die Versammlung um Beschaffung eines solchen. Die Summe von 60 Mark wird dazu bewilligt. — Schulz, der Revisor, konstatiert, daß er leider nur allein den Markenbestand und die Bücher des Kassierers revidiert und alles in bester Ordnung befunden habe, er beantragt daher, dem Kassierer Decharge zu erteilen, welchem die Versammlung stattgiebt. Gleichzeitig bittet er, 150 M. zur Agitation zu überweisen, was geschieht. Es erhält nun zu seinem Vortrage über „Materialistische Geschichtsauffassung" Paul Jahn das Wort. Derselbe erledigt sich des schwierigen Themas zur vollen Zufriedenheit seiner Zuhörer. Eine Diskussion fand nicht statt. Inzwischen war ein Antrag eingegangen, an Stelle der ihres Amtes müden Revisoren zwei andere zu wählen. Die Wahl fiel auf Rosenbaum und Schweizer. Klein giebt bekannt, daß das diesjährige Stiftungsfest am 18. November im Apollo-Theater stattfindet und Billets sich schon im Umlauf befinden. Ein Antrag, das Parteitags Protokoll an die Mitglieder gratis zu verteilen, findet durch Zurücknahme desselben seine Erledigung.

Vermischtes.

Riesige Betrügereien sind in Leipzig von dem Fabrikanten Neuer begangen worden. Seine Verhaftung macht einer ganzen Reihe von Betrügereien und Fälschungen ein Ende, durch welche der bis dahin geachtete Mann seine Geschäftsfreunde um etwa 500 000 Mark geschädigt hat. Der Verhaftete ist Mitinhaber des großen Fabrik-Etablissements von Neuer u. Ko. in Leipzig-Lindenau, einer Buntpapier-Fabrik allerersten Ranges auf dem Kontinent. Während er für sehr reich galt, befand er sich schon seit Jahren in schwerer finanzieller Bedrängnis und griff, um nicht Konkurs anmelden zu müssen, zu dem Mittel der Wechselreiterei. Sein Helfershelfer dabei war u. a. auch der Agent Ottomar Apel aus Charlottenburg, der die wertlosen Accepte bei Berliner Häusern unterzubringen wußte und so viele hiesige Firmen arg schädigte. Um seine bedenklichen Operationen zu verschleiern, führte Neuer falsche Bücher. Der Staatsanwalt hat die Beschlagnahme sämtlicher Geschäftsbücher und Korrespondenzen verfügt und Apel durch die Kriminalpolizei von Charlottenburg verhaften lassen. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Ein seltsames Eisenbahnunglück ereignete sich dem „Berliner Tageblatt" zufolge am Mittwochnachmittag auf der Linie Berlin-Stettin. Als der gegen 4 Uhr nachmittags von hier abgelassene Zug in der Nähe der Station Schönermark angelangt war, passierte kurz vor demselben eine dem Lieutenant Kühn in Frauenhagen gehörige Pferdeherde auf einem Uebergange das Bahngeleise. Der Maschinenführer vermochte nicht mehr, den Zug zum Stehen zu bringen, so daß der Train in die Herde hineinfuhr, wobei neun Fohlen niedergerissen und völlig zermalmt wurden. Der Unfall hielt etwa 1½ Stunden den Zug auf, welcher sodann die Unglücksstelle erst nach erfolgter Auswechselung der Lokomotive verlassen konnte.

Ein sociales Drama von erschütternder Gewalt fand dieser Tage in Jastrow, einem kleinen Städtchen der Provinz Posen, seinen Abschluß. Im Sommer d. J. stand der Sattler Gehrke aus Jastrow mit seiner Ehefrau vor dem Schwurgericht in Schneidemühl unter der Anklage, das zwei Jahre alte Kind der beiden mit Morphium vergiftet zu haben. Die Eheleute Gehrke waren ohne eigene Schuld in Nahrungssorgen geraten und suchten sich und ihr Kind durch Gift um das Leben zu bringen. Sie wurden jedoch durch ärztliche Kunst gerettet, während das Kind verstarb. Das Schwurgericht verurteilte die beiden zu je einem Jahre Gefängnis. Der hochgradig schwindsüchtige Ehemann wurde vor kurzem aus dem Gefängnis entlassen, so daß er in der „Freiheit" sterben konnte. Zu seiner vor einigen Tagen erfolgten Bestattung wurde auch die Gattin aus dem Gefängnis beurlaubt. Als die Arme allein ohne Gatten und Kind vom Friedhof zurückkehrte, wurde sie von Verzweiflung erfaßt und stürzte sich ins Wasser, um im Tode Vergessen ihrer Leiden zu suchen und zu finden. So fiel infolge unserer trefflichen socialen Verhältnisse eine ganze Familie einem tragischen Geschick anheim.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6—8 Uhr abends statt.

N. T. 50. Leider hätte eine Klage gegen den unruhigen Mieter oder gegen den Vermieter kaum Aussicht auf Erfolg. — **W. L. 130.** Sie können auf Grund einer schriftlichen Vollmacht Ihren Bruder vor dem

Gewerbegericht vertreten. Die Vollmacht braucht nur dann — gerichtlich oder notariell — beglaubigt zu werden, wenn der Gegner dies verlangt. Solches Verlangen ist sehr selten. — **K. 7.** Kommen Sie zur Sprechstunde. — **Th. Sch.** An dieser Stelle, im lokalen Teil, bei Gelegenheit vieler Berichte über die Stadtverordneten-Versammlungen und an andern Stellen ist diese Frage wiederholt eingehend besprochen. Die Wahlberechtigung verliert, wer Armenunterstützung erhalten hat. Krankenunterstützung und Nichtzahlung der Krankenverpflegung ist nach richtiger Ansicht keine Armenunterstützung. Der Magistrat und mit ihm das Ober-Verwaltungsgericht ist jedoch entgegengesetzter Ansicht. Zur Zeit schweben abermals wegen dieser Frage mehrere Verwaltungsstreitklagen. So lange das Ober-Verwaltungsgericht und der Magistrat auf ihrem Standpunkt beharren und so lange nicht durch die Stadtverordneten-Versammlung im Verein mit dem Magistrat ein anderer Modus bezüglich der Aufnahme von Kranken, für die nicht im Voraus bezahlt wird, vereinbart ist, ist denen, die nichts Pfändbares besitzen, abzuraten, ihre Krankenhausschuld in Raten zu tilgen, weil diese Tilgung in Raten die Beeinträchtigung des Wahlrechts nach Ansicht des Ober-Verwaltungsgerichts nicht aufhebt. — **G. B. 7.** Jawohl: er erhält dann diejenige Art Rente, die die höhere ist. — **T. 91.** Nein: die Bestimmungen des Vertrages allein sind maßgebend. Wohl aber ist eine Klage gegen den Arzt zulässig, die von ihm Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen verlangt. — **A. F. 100.** Heirat bricht im Gebiete der altpreußischen Gesinde-Ordnung einen Gesinde-Vertrag nicht. Heirat übt auf einen Gesinde-Vertrag nur folgende Wirkungen aus: Erhält weibliches Gesinde vor dem Antritt der Dienstzeit Gelegenheit zu heiraten, so kann es ein anderes taugliches Dienstmädchen an seiner Stelle stellen. Ist es hierzu außer stande, so muß das städtische Gesinde dennoch den Dienst auf ein Vierteljahr antreten. Erhält während des Dienstes männliches oder weibliches Gesinde durch Heirat „zur Anstellung einer eigenen Wirtschaft vorteilhafteste Gelegenheit, die es durch Ausdauerung der Mietzeit versäumen müßte", so kann es nur vorzeitig kündigen, also, wenn der Gesinde-Vertrag auf ein Jahr vom 1. April 1899 ab abgeschlossen ist, unter Einhaltung einer Sechswochenfrist zum 1. Juli, 1. Oktober oder 1. Januar kündigen. Ist über die Dauer der Dienstzeit nichts vereinbart, so gilt der Vertrag bei städtischem Gesinde als auf ein Vierteljahr geschlossen, verlängert sich jedoch um dieselbe Zeit, falls nicht unter Einhaltung einer Sechswochenfrist (oder einer etwa vereinbarten kürzeren Frist) gekündigt ist. Haben Sie nichts anderes vereinbart, müßten Sie also bis zum 1. Jan. 1900 aushalten. — **Orts-Krankenkasse Köln-Ehrenfeld.** Die Antwort auf Ihre Anfrage ist bereits im „Vorwärts" vom 24. September unter Orts-Krankenkasse K. E. gegeben. — **O. K.** Der Anspruch auf Unterstützung der Familienangehörigen zu Friedensübungen eingezogener Mannschaften ist bei der Gemeindebehörde des Orts zu erheben, an dem der Einberufene zur Zeit vor der Uebung seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hatte. Es genügt etwa folgendes Schreiben: „An den Magistrat (Gemeindevorstand) von . . . Ich bin (war) vom . . . bis . . zu einer Reserve- (Landwehr-) Uebung eingezogen. Ich beanspruche für meine Familie die ihr zustehende Unterstützung. Meine Familie besteht aus meiner Frau und . . . Kindern. Die Kinder sind geboren: Hedwig am . . ., August am . . . usw. (Datum, Name, Wohnung.) Der Anspruch erlischt, wenn er nicht spätestens binnen 4 Wochen nach Beendigung der Uebung erhoben wird. Die tägliche Unterstützung beträgt für die Ehefrau 30 Proz., für jedes Kind unter 15 Jahren 10 Proz., insgesamt aber für die ganze Familie höchstens 60 Proz. des ortsüblichen Tagelohns. Solche Unterstützungen sind keine Armen-Unterstützungen. Wo der ortsübliche Tagelohn 3 M. beträgt, beträgt also der höchste Satz 1,80 M.; wo er 2,70 M. beträgt: 1,62 M. täglich. — **Abraham 1878.** 1. Ob jemand in R. vor 2 Jahren wegen Majestätsbeleidigung bestraft ist, können wir Ihnen nicht mitteilen. 2. Soweit die Betreffenden etwas zu verlangen hatten, stand ihnen Geldentschädigung zu. Wenn Sie in einem Einzelfalle etwas wissen wollen, so legen Sie diesen dar. — **77. A.** 1—3. Gültige Taxen für Hebammen existieren nicht. 6 bis 12 M. für eine Entbindung und 1—3 M. für jeden Gang werden als angemessen erachtet. 4. Ja. — **B. O.** 1. und 2. Da der Wohnsitz des Mädchens und der Schwängerungsort in Sachsen liegt, so haften Sie und der andere für die Alimente. 3. Taxen giebt es weder für Sachsen, noch für Preußen. 12,50—15 M. bis zum 6., 15—18 M. bis zum vollendeten 16. Lebensjahr werden als angemessen erachtet. — **R. N. 20.** 1. Der Ehemann erhielte die Hälfte des gemeinschaftlichen Vermögens. 2. Die Betreffende braucht nur an das Gericht zu schreiben, daß sie krank ist, Testament zu machen wünscht und deshalb Absendung der Deputation beantragt. Die Kosten betragen etwa 20 Mark. — **Gersdorf.** Sie richten an den Vorstand der Berufsgenossenschaft den Antrag, Ihnen die Hinterbliebenen-Rente zu gewähren. — **Fluting Ch.** Legen Sie wegen der Bummelei der Berufsgenossenschaft Beschwerde beim Reichs-Versicherungsamt ein. — **L. K. 13.** Sie brauchen die Gegenstände nur gegen Zahlung der vollen 30 M. zurückgeben. — **J. B. 109.** Die Art der Trauung ist gleichgültig. — **H. B., Golsstraße.** Zinsen können Sie nur verlangen, wenn sie schriftlich vereinbart sind. Waren Zinsen schriftlich vereinbart, so sind die auf länger als 5 Jahre zurückliegenden verjährt. — **W. N. 16.** Nein. — **1000.** Nein.

Witterungsübersicht vom 19. Oktober 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C = 4°R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C = 4°R.
Swinemünde	774	WNW	2	heiter	4	Haparanda	762	S	6	Regen	5
Hamburg	776	Still	–	Nebel	1	Petersburg	769	OSO	1	wolkenl	3
Berlin	776	NW	1	Nebel	3	Cork	770	SSO	4	wolkig	13
Wiesbaden	774	NO	4	heiter	6	Aberdeen	770	SW	1	heiter	13
München	773	O	4	wolkenl	0	Paris	771	NNO	2	wolkenl	2
Wien	774	N	1	heiter	5						

Wetter-Prognose für Freitag, den 20. Oktober 1899.

Etwas wärmer, zeitweise heiter, vorherrschend wolkig, bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Marktpreise von Berlin am 18. Oktober 1899

nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*)Weizen	D.-Ctr.	15,30	14,70	Schweinefleisch	1 kg	1,60	1,10
*)Roggen	"	15,30	14,—	Kalbfleisch	"	1,80	1,—
Futter-Gerste	"	14,40	12,80	Hammelfleisch	"	1,60	1,—
Hafer gut	"	15,20	14,50	Butter	"	2,80	2,—
" mittel	"	14,40	13,70	Eier	60 Stück	4,50	2,80
" gering	"	13,60	13,—	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
Richtstroh	"	4,80	4,—	Aale	"	2,80	1,20
Heu	"	7,20	4,—	Zander	"	2,60	1,20
†)Erbsen	"	40,—	25,—	Hechte	"	2,—	1,20
†)Speisebohnen	"	50,—	25,—	Barsche	"	1,80	0,80
†)Linsen	"	70,—	30,—	Schleie	"	2,80	1,20
Kartoffeln, neue	"	7,—	4,—	Bleie	"	1,40	0,80
Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20	Krebse	per Schock	12,—	2,—
do. Bauch	"	1,20	1,—				

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuß. Landwirtschaftskammern — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

†) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 19. Oktober. Getreide verkehrt in fester Grundtendenz, da feste Auslandsmeldungen vorliegen. Dauernd matt bleibt nur Paris, welches heute wiederum außergewöhnlich niedrige Preisnotierungen meldete. Bei uns war Weizen und Roggen je 0,50 M. höher gehalten, eine größere Preissteigerung wurde durch vermehrte und billigere russische Roggen-Offerten, beschränkten Mehlabsatz verhindert. Mehrere Kahnladungen Roggen wurden zu 152 M. gehandelt. Hafer lag still, wenig verändert. Rüböl nominell fest.

Spiritus blieb fest bei stillem Geschäft. 10 000 Liter loco 70er wurden mit 45,60 M. (+ 0,10 M.) gehandelt. Am Terminmarkt war wieder wenig zu thun.

Kartoffelfabrikate. Rohe reingewaschene Kartoffelstärke 11,20 M. netto Kasse. Prima reine Kartoffelstärke disponibel und Oktober-November 21 M. Prima Stärke und Mehl, Mittel-Qualität 20 bis 20,25 M. Per 100 Kilogramm.

Eier-Bericht vom 19. Oktober. Normale Eier je nach Qualität von 3,10—3,55 M. per Schock. Aussortierte kleine Ware je nach Qualität von 2,20—2,30 M. per Schock. Tendenz: ruhig.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 20. Oktober.

Opernhaus. Die Afrikanerin. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Julius Cäsar. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Cyrano von Bergerac. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Als ich wiederkam . . . Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Dolly. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Viel Lärmen um nichts. Anfang 8 Uhr.
Neues. Ein unbeschriebenes Blatt. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Zar und Zimmermann. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Der Platzmajor. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Jagdfreuden. Vorher: Familien-Souper. Anf. 7½ Uhr.
Luisen. Molly Carré. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7½ Uhr.
Ostend. Weltuntergang. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die weiße Henne. Anfang 7½ Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Klub der Harmlosen. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Geschlossen.
Metropol. Rund um Berlin. Im Reiche der Secession! Anfang 8 Uhr.
Apollo. Frau Luna. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spreelottchen. Specialitäten-Vorstellung. Anf. 8½ Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 6—10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Viel Lärmen um nichts.
Lustspiel in 5 Akten v. W. Shakespeare.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Die Ehre.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Nora.

Thalia-Theater.
Tel. Amt IVa 6440. Dresdenerstr. 72/73.
Der Platzmajor.
Thomas, Tielscher, Helmerding, Junkermann.
Im 2. Akt: Gr. Mutoskop-Terzett.
Anfang 7½ Uhr.

Ostend-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstraße 132.
Eine richtige Völkerwanderung beginnt und jedermann staunt über das Stück
Der Weltuntergang.
Großes Ausstattungsstück mit Gesang in 3 Akten (14 Bildern) von Dir. Carl Weiß und Jos. Dill.
Alle Welt will den
Weltuntergang
sehen. Jeder ist entzückt über die blendenden Dekorationen im
Weltuntergang.
Anfang 8 Uhr:
Parkett 60 Pf.
Täglich fast ausverkauft
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Direktion: **Richard Schultz.**
Sensationeller Erfolg!
Täglich von 9⁰⁰ Uhr ab:
Rund um Berlin.
Berliner Lokalrevue in 2 Akten von Julius Freund.
Musik von Julius Einödshofer.
1. Bild: An der Chansonnettenecke.
2. Bild: Im Ausstellungspark.
Stürmisches Lachen! Jubeln! Beifall! erregen:
Berlin und Fremde
lachen bis zu Thränen um 10 Uhr 40 Minuten über den
Harmlosenprozeß in Moabit
Zum Schluß mit feenhafter Ausstattung:
Im Reiche der Secession
und
das brillante Oktober-Specialität.-Programm.
Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags **3 Uhr: Promenaden-Specialitäten-Vorstellung.** 12 erstklassige Nummern u. Ballett. Parkett-Sitzplätze und 1. Rangsitze 1 M. Balkonlogen u. Terrasse 2 M. Entree 50 Pf.
Anfang 3 Uhr. Ende gegen 6 Uhr.

Friedrich-Wilhelmst. Theater
Chausseestr. 25/26.
Abends 8 Uhr: Abends 8 Uhr:
Zum 7. Male:
Der Klub der Harmlosen.
Großes Berliner Sensationsstück in 5 Akten von Berden.
1. Bild: **Verspielt.** 2. Bild: **Auf dem Metropol-Ball.** 3. Bild: **Falscher Verdacht.** 4. Bild: **Im Klub der Harmlosen.** 5. Bild: **In Moabit.**
Morgen, abends 8 Uhr: **Der Klub der Harmlosen.**
Die für „Die Reise nach der Teufelsinsel" **ausgegebenen Bons haben auch heute Gültigkeit.**
Sonnabend, nachm. 4 Uhr:
Große Kinder-Vorstellung zu kleinen Preisen:
Schneewittchen und die 7 Zwerge.
Zaubermärchen in 8 Bildern.
Preise d. Plätze zur Kinder-Vorstellung: Galerie 10 Pf. 2. Rang u. 2. Rang Sperrsitz 20 Pf. II. Parkett 30 Pf. 1. Rang u. 1. Rangbalk. 30 Pf. I. Parkett 40 Pf. Fauteuil u. Tribüne 50 Pf. 1. Rang-Loge 60 Pf. Parkett-Loge 75 Pf. Orchester- u. Fremden-Loge 1 M.
Sonntagnachmittag 4 Uhr zu kleinen Preisen: **Maria Stuart.** Trauerspiel in 5 Akten v. Friedrich v. Schiller.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Kirchmayer, Schneider und Schrader).

Heute, Freitag:
Neues Programm.
Zum Schluß:
Ein vergnügter Wahltag.
Burleske von Meysel.
Anfang 8 Uhr.
Tageskasse 11—1 Uhr.
Sonnabend und folgende Tage
Zum Schluß:
Stuckes Pfingstfahrt

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die Geisha.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagnachmittag 3 Uhr zu halben Preisen: **Waldmeister** von Johann Strauß.

Palast-Theater
Burgstraße 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Ganz Berlin spricht von dem
Oktober-Programm.
Ganz Berlin staunt über die trefflichen Meisterturner am sechsfachen Lutreck.
Drei Vasilesen
in dieser Vollendung noch nie dagewesen
Ganz Berlin lacht
über Winkler und Fröbel in der urkomischen Gesangs-Burleske
Susanne im Bade.
Anfang 7½ Uhr.
Kasseneröffnung 6 Uhr.
Billet-Vorverkauf vorm. v. 11—1 Uhr.
Jeden Sonnabend und Sonntag nach der Vorstellung um 11 Uhr:
Großer Tanz.

Cirkus Busch.
Freitag, den 20. Oktober, ab. 7½ Uhr: **Gr. humoristische Vorstellung. Olympische Spiele.** Römisches Viergespann eine 30 Fuß hohe Kaskade hinaufjagend und durch das Wasserbassin fahrend. Sturz aus der Höhe der Cirkuskuppel ins Wasser. Auftr. des berühmten Schulreiters **Monsieur Manca** mit seinem Wunderpferd **Non plus Ultra.** Charivari v. 100 Clowns, männliche u. weibliche. Schulreiterin **Lala Lee. Die Seelöwen.** Clown **Misko** m. s. singenden Pony u. seiner ballspielenden Dogge. **Gebr. Permané,** Nachtigallenduett. Gigerlclown **Daniel** als Zauberer.
Morgen, abends 7½ Uhr: **Gala-Abend.**

Apollo-Theater.
Abends 9 Uhr:
Frau Luna
mit
Cäcilie Carola
in der Titelrolle.
Ferner:
The Gothams
das berühmte amerikan. komische Vokal-Konzert.
Otto Reutter
Chavita — Yumata Tioro — Barra-Truppe — Blossoms — Les Durands
Francis Gerard
„Grigolatis"
etc. etc. etc.
Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.
Vorverkauf täglich im Theater und beim „Künstlerdank", Unter den Linden 69.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Der Hüttenbesitzer
Schauspiel in 5 Akten v. Erich Rieck.
Morgen, Sonnabend, wegen Privatfestlichkeit **keine** Vorstellung.

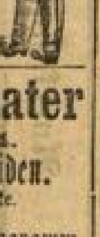
Alcazar-Theater
Variété I. Ranges
Dresdenerstr. 52-53. Annenstr. 42-43.
Auftreten von absolut erstklassigen Specialitäten
Anfang:
Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree:
Wochentags 20 Pf. Sonntags 30 Pf.
2368b*]
Die Direktion:
Richard Winkler.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
— Im Theater abends 8 Uhr: —
„Der Sieg des Menschen über die Natur."
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. **Sternwarte.**
Nachmittags 5—10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM
165. Friedrichstrasse 165.
Neu! Die heulenden und tanzenden Neu!
Derwische
! aus Ober-Aegypten !
Ohm Krüger ✻ Dreyfus
Mercier ✻ Zola.

Passage-Theater.

Anfang des **Konzerts** 6 Uhr, der **Vorstellung** 7 Uhr.
Passage-Panopticum.
Neu! Anatomisch. Museum.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Täglich außer Sonnabends

Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Heute zum 1. Male:
Die Ahnungslosen.

Maehrs Theater
Oranienstr. 24.
Rosen aus dem Süden.
Ausstattungs-Burleske.
Das großartige Oktober-Programm.
Elsa Messer, Kostüm-Soubrette. Mstr. Pauly, Contorsionist. Mstr. Dobbrick, Champion-Handhandstruft. Franziska Held, Soubrette. Gustav Eulenburg, Humorist.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Vorzugskarten an Wochentagen gültig.

Victoria-Theater
C. Alexanderstr. 40. Fernsp. VII 1711.
Direkt.: V. Bausenwein u. C. Emmerich.
Anfang ½8 Uhr. Zum 41. Mal mit vollständig neuer Ausstattung:
Novität! **Die weisse Henne.** Novität!
(La poule blanche).
Vaudeville in 3 Akten von Hennequin und Marò. Deutsch v. Bolten-Bäckers. Musik v. V. Roger. In Paris mit sensat. Erfolge über 600 mal gegeben.

Musikwerke.
Große Auswahl in Blas-, Streich- u. Schlag-Instrumenten. Musikwerke zum Drehen und Selbstspielen. Reparatur- und Verleih-Geschäft von
Aug. Kessler,
SO., Lausitzerstr. 52.

für Hüte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. [2376b*
Knabenfilzhüte v. 0,75 M. an
Herrenfilzhüte „ 1,50 „ „
Cylinderhüte „ 4,— „ „
Einsegnungshüte 1,25 „ „
Plüschhüte „ 7,00 „ „
Chapeaux claques zu 8,—, 9,— u. 10,— M.
im Einzelverkauf bei
Arnold & Eggert
Hut-Engros-Lager
Waldemarstr. 44, pt.
Kein Laden.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentl. 1 Mark. Plomben 1,50 Mk.
Vollkomm. schmerzl. Zahnarzt Wolf, jetzt **Leipzigerstr. 130.** Zahnziehen 1 Mark. Sprechst. 9-7 Uhr. [b

Fische!!

Prima frische	Zander	per Pfund	50 Pf
" "	Schellfische	" "	25—30 "
" "	Cablian	" "	20—30 "
" "	Rotzungen	" "	40 "
" "	große Schollen	" "	45 "
" "	Bratflundern	" "	15—20 "
" "	Eishechte	" "	50 "
" "	Eisplötzen	" "	25 "

Lebende Hechte, Karpfen, Karauschen, Plötzen ꝛc.
zu Ausnahmepreisen
No. 16 Dragonerstraße No. 16
Otto Gundermann.

Feste Preise!

Oscar Arnold
Hut-Engrosgeschäft.
Dresdenerstr. 116, am Oranienplatz. (Kein Laden.)
Einzelverkauf fehlerfreier Waare in grosser Auswahl:

Herrenhüte, weich von Mk. 1.25—4.—	Ia Velourhüte (Seidenplüsch) Mk. 7.50
do. steif von Mk. 2.00—4.—	Herren-Mützen von Mk. 0.35—2.50
do. f. Haarfilz von Mk. 5.00—7.—	Kinder-Mützen von Mk. 0.30—3.50
Cylinderhüte von Mk. 4.00—11.—	Pelz-Mützen von Mk. 1.50—3.—
Chapeaux claques von Mk. 8.00—12.—	Pelz-Muffen von Mk. 1.50—20.—
Kinderhüte von Mk. 1.00—2.—	Pelz-Barettes von Mk. 1.25—10.—
Confirmandenhüte von Mk. 1.25—3.—	Pelz-Kragen u. Colliers v. Mk. 1.50—10.—

Sehr vortheilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer!
Bitte obige Firma zu beachten, da ich keine Zweiggeschäfte habe.

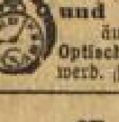
Stets vorräthig
MAGGI
zum würzen der Suppen, wenige Tropfen genügen.
G. Bernau, NW., Birkenstr. 28.
Original-Fläschchen zu 65 Pf. werden zu 45 Pf. und die zu 1,10 M. zu 70 Pf. mit Maggi nachgefüllt. 335W

Haushaltungen
empfiehlt zum Selbstfüllen:
Wachholdermalzbier ⅟₁₀ To. 1,25, ⅟₂₀ „ 0,65
Kaiserweissbier ⅟₁₀ To. 1,—, ⅟₂₀ „ 0,50
frei Haus.
Deutsches Brauhaus,
W., Dennewitzstrasse 19,
Fernsprecher Amt VI, No. 2903.

Sophastoffe
auch **Reste**
in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! [2420b*
Proben franco!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Vereins- Trauer- **Kränze**
C. Jürgens
Bouquet- und Kranzbinderei
Kottbuserstr. 3. Wasserthorstr. 69.

Filzhüte für Herren
neueste Façon 1,—, 1,45, hochelegante 2,—, extra feine 2,60 im **Engros-Lager.** Prenzlauerstrasse 20, 2 Tr.
Cylinderhüte und Chapeau-claques in großer Auswahl.

Charlottenburg.
H. Schmerberg [2290b*
Wilmersdorferstrasse 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.

Großes Lager von **Uhren und Goldwaren** zu auß. bill. Preisen.
Optische Artikel. Ohrlöcher werd. schmerzlos gestochen.

Tgl. für Damen und Herren.
Vollständig neu eingerichtet.
3 Dampfb. 3 M.
Wannenb. 50 Pf.
7 St. 3 M.
Loh-Tanninbad
Charlottenburg
Berlinerstr. 109.

6 Partei-Versammlungen

Dienstag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr:

1. Kreis: **Arminhallen, Kommandantenstraße.**
2. Kreis: **Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.**
3. Kreis: **Ressource, Kommandantenstraße.**
4. Kreis: **Urania, Wrangelstraße.**
5. Kreis: **Schweizer Garten, Am Friedrichshain.**
6. Kreis: **Kolberger Salon, Kolbergerstraße.**

Tages-Ordnung:

Bericht der Vertrauensleute, der Preßkommission, Lokalkommission und Agitationskommission der Provinz Brandenburg und Neuwahl derselben. Berichterstattung von der Brandenburger Parteikonferenz und dem Parteitag.

Zahlreiches Erscheinen der Parteigenossen erwarten

213/8 **Die Vertrauensleute.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, abends 8½ Uhr, bei Cohn, Beuthstr. 20-21.

Sitzung der Orts-Verwaltung.

Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Herzberg, Alte Jakobstr. 75:

Versammlung der Einsetzer.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht und Abrechnung der Tarifberatungs-Kommission. 4. Verbandsangelegenheiten. 277/3

Jeder Einsetzer ist verpflichtet, in der Versammlung zu erscheinen

Zur Beachtung für Süd und Südost:

In folgenden Lokalen sind noch Zahlstellen für den Deutschen Holzarbeiter-Verband eingerichtet und werden jeden Sonnabend von 8—10 Uhr abends Beiträge entgegengenommen:
1. Köthnerdamm 33 bei Schmidt.
2. Reichenbergerstr. 83 bei Lange.

Maurer!

Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Lokal Hoffmann, Alexanderstr. 27c:

General-Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: Abrechnung des Kassierers vom 3. Quartal 1899 und Bericht der Revisoren. 2. Bericht des Vorstandes über seine halbjährige Thätigkeit (April—September). 3. Diskussion. 4. Bericht des Ausschusses und des Bibliothekars. 5. Neuwahl des gesamten Vorstandes, Ergänzungswahl eines Revisors und des Ausschusses. 6. Verschiedenes 129/20

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand. J. A.: G. Horforth.

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Morgen, Sonnabend, 21. Oktober, abends punkt 8½ Uhr:

Besuch der Treptower Sternwarte.

Beginn des Vortrages um 8½ Uhr.

Billets a 75 Pf. sind noch im Bureau, Annenstr. 50, zu haben. Treffpunkt um 8¼ Uhr am Eingang der Sternwarte. 25/13

Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Verein deutscher Schuhmacher

Sonnabend, den 21. d. Mts., abends 8½ Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstraße Nr. 57:

Versammlung der Schäftearbeiter und -Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Genossin Frau **Nesch** über: Was hat der Arbeiter und die Arbeiterin zu thun, um eine menschenwürdige Existenz zu erringen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet

179/13 **Die Ortsverwaltung.**

Central-Verband der Zimmerer Deutschlands.

Sonntag, den 22. Oktober, vorm. 10 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

General-Versammlung der Mitglieder der Zahlstellen Berlin und der Vororte.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal und des örtlichen Fonds. 2. Vortrag des Genossen **Markwald** über: Litterarische Strömungen. 3. Gewerkschaftliches. 255/8

Die Kameraden werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Gäste sind willkommen. **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse

der Maschinenbau-Arbeiter

und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Sonntag, den 22. Oktober 1899, vormittags 9 Uhr, im Hümannschen Lokal, Brunnenstr. 188,

Grosse Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. med. Joseph über: „Die Bekämpfung und Verhütung der Syphilis." 2. Bericht über den gegenwärtigen Stand der Centralisation der Krankenkassen. 3. Verschiedenes. 2756

Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Elfer-Kommission. Im Auftrage: **Karl Geisler.**

Charlottenburg. Empfehle allen Freunden und Parteigenossen mein **neues Lokal Bismarckstraße 34.** Vereinszimmer, 130 Personen fassend. 2677L*

H. Wernicke, früher „Bismarckshöhe".

Ein donnerndes Hoch

unserem Freunde **Ernst Jahn,** Blücherstr. 21, zum 50. Wiegenfeste widmet das Trink-Kollegium. [263b

Ernst, laß gießen!

Deutscher Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).

Todes-Anzeige.

Am Dienstag früh starb unser langjähriges Mitglied, der Schlosser

Franz Madre.

Ehre seinem Andenken

Die Beerdigung findet heute Freitagnachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Heil. Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt. 114/19

Die Ortsverwaltung.

Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 1 Uhr, bei Thomas, Rixdorf, Hermannstraße 50, (Apollo-Säle):

Kreis-Konferenz.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Kreis-Vertrauensmannes und der Revisoren.
2. Neuwahlen.
3. Die Beschlüsse der Brandenburger Provinzial-Konferenz und des Hannoverschen Parteitages.
   Referent: Gen. **Fritz Zubeil.**
4. Die Lehren der Wahlstatistik
   Referent: Gen. **Paul Hirsch.**
5. Verschiedenes.

Es wird auf den § 3 des Organisations-Statuts des Kreises aufmerksam gemacht, wonach jeder Ort bis zu drei Delegierten entsenden kann, jedoch müssen dieselben politisch organisiert, in öffentlichen Parteiversammlungen gewählt und mit Mandaten versehen sein.

Die Konferenz wird pünktlich eröffnet.

Der Kreis-Vertrauensmann: **Wilhelm Eberhardt,**
204/6 Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 38a.

Verband der Sattler, Tapezierer

und verw. Berufsgenossen (Filiale Berlin I).

Sonnabend, den 21. Oktober cr., abends 8½ Uhr, im „Englischen Hof", Neue Ross-Str. 3,

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag: Die wirtschaftlichen Aufgaben der modernen Stadtgemeinde. Referent: Gen. **Pörsch.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 157/15

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Achtung!

Verband des technischen Bühnen-Personals

Sitz Berlin.

Sonnabend, den 21. Oktober cr., abends 11 Uhr, Neue Ross-Strasse 3:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Protokoll. 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und Fragekasten. 271b

Der Vorstand.

Achtung! Rohrer Achtung!

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 2 Uhr, in Wilkes Lokal, Andreasstraße 26:

Oeffentl. Versammlung.

Tagesordnung: 1. Konstituierung des Vereins. (Einzeichnen in die Listen.) 2. Statutenberatung. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes.

Pünktliches Erscheinen erwartet [254b] **Der Einberufer.**

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter

und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Montag, den 23. Oktober, abends 8½ Uhr, bei Herrn Graumann, Naunynstr. 27. 142/19

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1899. 2. Vortrag des Genossen Jahn über **Stirner:** „Der Einzige und sein Eigentum". 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten. **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!

Bauanschläger.

Sonntag, den 22. Oktober cr., nachmittags 1 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33.

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: Unsere Lohnfrage und Wahl einer Lohnkommission. Verschiedenes. 33/12

Sämtliche Kollegen sind eingeladen. **Der Einberufer.**

Anker-Briquetts anerkannt vorzügliche Qualität sind zu haben bei

Friedr. Daniel & Co.
Berlin W., Leipzigerstr. 29.

Nur Freitag u. Sonnabend verkaufe einzeln die Restbestände meines Engroslagers:
Damen-Kostüme a 4½—10 M.
Jacken-Kostüme a 6—24 M.
Golfcapes u. Regenmäntel a 6—18 M.
Moritz Skutsch, Taubenstr. 23, II.

Achtung, Vereine!

Saal frei! 2914L*

Sonnabende für Januar u. Februar. Englischer Garten, Alexanderstr. 27c.

Wirtshaus „Alt-Berlin",

Am Molkenmarkt, Molkenstr. 12. Zimmer u. Logis. Hochf. Betten. Billige Preise. **H. Gärtner.**

Geschäfts-Eröffnung!

Allen Freunden u. Bekannten hierdurch zur Anzeige, daß ich **Rixdorf, Hermannstraße 53,** Ecke Herfurthstraße 34, eine 203b

Gastwirtschaft mit schönen Vereinszimmern,

welche noch zu vergeben sind, **neu eröffnet habe.** Um gütigen Zuspruch bittet **Carl Roloff.**

Achtung! Kösliner Hof.

Besonderer Umstände halber ist der **Toten-Sonntag** frei und dieserhalb an einen großen Verein abzugeben.

Achtung! Meine Vereinszimmer, 30—80 Personen fassend, sind noch zu vergeben. 2904L*
P. Zimmermann, Weberst. 40c.

Brauerei

zum 2573L*

Berliner Bären

35 Weißenburgerstr. 35.

Täglich

von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends

Jungbier-Verkauf

(Brauerei-Abzug).

Vorzugspreise an Kantinen und Fabriken ohne Zwischenhändler.

Große Betten 12 M.

(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei **Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46.** Preisliste kostenfrei. **Viele Anerkennungsschreiben.**

Kranken-Unterstützungs- u. Begräbnis-Verein der Bau- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins.

Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 10½ Uhr, Langestraße 65:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 37/1

Jedes Mitglied ist verpflichtet zu erscheinen.

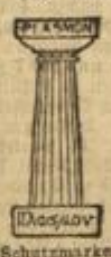
Der Vorstand.

Das Milcheiweiss ist, wie Untersuchungen der grössten medizinischen Autoritäten gezeigt haben, allen anderen Eiweissarten hinsichtlich des Nährwertes wie der Verdaulichkeit bei weitem überlegen. Eine Speise (Suppe, Gemüse, Mehlspeise etc.), der

PLASMON

(Siebold's Milcheiweiss)

zugesetzt ist, besitzt daher den höchsten Nährwert bei leichtester Verdaulichkeit. Plasmon verteuert die Nahrungsmittel nicht, sondern verbilligt sie, da ein Plasmonzusatz im Betrage von wenigen Pfennigen den Nährwert jeder Speise um das Vielfache erhöht.



Siebold's Nahrungsmittel-Gesellschaft m. b. H.
Berlin W., Köthener Strasse 11.

Billigste Reparatur-Werkstatt für **Uhren und Goldwaren.**
Emil Günther, Uhrmacher, 16. Koppenstraße 16 27/33U*

Arbeiter-Berufskleidung

für jedes Gewerk passend. [26020*

Grösstes Lager. **Beste Qualitäten.**

Neu! Arbeiter-Schutzhose Neu!

jede Gefahr im Maschinenbetrieb ausgeschlossen, empfiehlt

F. Nahrstedt, Wrangelstr. 40/41.

Schmerzloses Zahnziehen ohne Narkose!

Plattenloser Zahnersatz.

Künstl. Zähne, brauchbar . . von **2,–** Mk.

Plomben, schmerzlos . . . . . von **1,50** Mk.

23389*

Täglich viele Anerkennungen.

Herr Dr. H. schreibt:

Ich habe während der Operation selbst als auch in der Folge keine Schmerzempfindung gehabt etc. etc.

Herr Justizrat R. schreibt u. a.:

Bestätige Ihnen gern, dass ich nach Injektion einer Flüssigkeit beim Ausziehen eines Backenzahnes keinen Schmerz empfunden habe etc. etc.

Linde, jetzt: **Brückenstr. 6B I.,** an der Jannowitz-Brücke.

Sprechst.: 9-6, Sonntag 9-12. Telephon Amt VII. 4913.

Verantwortlicher Redacteur: Robert Schmidt in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Die Parteipresse und der Parteitag.

II.

Die **„Münchener Post"** sieht in den Verhandlungen des Parteitages ein Werk der politischen Selbsterziehung der Arbeiterklasse und fährt dann fort:

„Diese Selbsterziehung offenbart sich einmal in der gewissenhaften Prüfung des Verhältnisses der erworbenen Ideen zu den vorhandenen Thatsachen und dann in der Feststellung dessen, was in Zukunft notwendig geschehen muß. Beides kommt in der Resolution Bebel deutlich zum Ausdruck. Zu einer Revision unserer Grundanschauungen sind weder die Erfahrungsresultate ausreichend, noch sind die Umstände dazu angethan. Und wenn der Parteitag fast einstimmig — die 21 Gegner der Bebelschen Resolution stimmten zum Teil aus nebensächlichen Gründen dagegen — bekundete, daß das Programm und Taktik so bleiben sollen wie bisher, so hat er nicht nur das Richtige gethan, sondern auch der deutschen Arbeiterklasse aus der Seele gesprochen. Wir können keinen Zickzackkurs gebrauchen.

Das wichtigste Ergebnis des Parteitages liegt daher in der Bebelschen Resolution. Sie bindet der freien Forschung und freien Kritik keinen Maulkorb vor, sie hindert nicht der Weiterentwicklung der Partei, aber sie verpflichtet alle Parteigenossen zu einer gemeinsamen Marschroute. Daß wir alle dasselbe wollen, das ist ja das feste Band, das uns umschließt und das Fundament unserer Stärke. Die Resolution als Fazit der Bernstein-Debatte löst keine der schwebenden Fragen, aber sie schränkt ihre Bedeutung auf das ihnen zukommende Maß ein und macht sie nicht mehr zu „Lebensfragen" der Partei. Für unser Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien und der Frage der Taktik schafft sie keine allgemein bindende Grundlage, weil das nicht möglich ist, sondern erkennt die Notwendigkeit der Verschiedenheit der praktischen Bethätigung an. Wenn im nächsten Jahre die Frage der Landtagswahl-Beteiligung in Preußen zur Debatte stehen wird, so wird sich zeigen, daß der Parteitag in Hannover bereits den Weg gebahnt hat zu einem völligen Umschwung der Anschauungen über diese Seite der taktischen Fragen."

Die **„Schwäbische Tagwacht"** schreibt:

„Wir erklären uns von dem Verlauf des Parteitags und seinem Ergebnis hochbefriedigt.

Die Gefahr, womit die Bernsteinsche Schrift die socialdemokratische Arbeiterbewegung bedrohte, die Gefahr der Verflauung und Verbürgerlichung, ist vollständig abgewendet. Der Sturm hat die Wurzeln und den Stamm nicht zu erschüttern vermocht und nur die Wipfel in wogende Bewegung gebracht. . . .

Es zeigte sich sogar aufs erfreulichste, daß die gefährlichste Seite des Bernsteinschen Reformanlaufs auf dem Parteitag eigentlich gar keine Vertretung gefunden hat.

Worüber (in der Sache) gestritten wurde, das waren Fragen, von denen der Lebensnerv der Socialdemokratie, ihre Stärke und Triebkraft unberührt bleibt, man mag so oder anders darüber denken.

Bernstein selbst hat seit dem Erscheinen seiner Schrift ganz bedeutend eingelenkt, Wasser in seine kritische Schwefelsäure gegossen und deren ätzende Wirkung auf die ehernen Grundgedanken des Erfurter Programms neutralisiert, derart, daß auch er für die Bebelsche Resolution stimmen konnte.

Die Antikritik hat ihren Zweck erreicht."

Die **„Sächsische Arbeiter-Zeitung"** ist zwar mit dem Ergebnis der Schippel-Debatte und allen sonstigen Handlungen des Parteitages zufrieden, zufrieden ist sie auch mit den Debatten über die Grundanschauungen der Partei, nicht aber zufrieden mit dem Ergebnis dieser. Diese Unzufriedenheit (über die Bebelsche Resolution) schöpft sie aus dem Umstande, daß „die Bernsteinianer mit David und Vollmar an der Spitze geschlossen für die Resolution eingetreten sind."

„Wir vermögen in den Freudenjubel darüber, daß sich durch diese Abstimmung die principielle Uebereinstimmung der Gesamtpartei wieder einmal glänzend vor aller Welt erwiesen habe, nicht einzustimmen. Wenn alle Bernsteinianer erklären, und wenn Bernstein selbst dem zustimmt, daß an den Grundanschauungen und der taktischen Stellungnahme der Partei nichts zu ändern sei, dann muß man doch fragen: wozu da eigentlich der ganze Lärm?

Das Blatt bedauert es im Interesse der Klärung, „daß diese gegensätzlichen Auffassungen sich nicht auch in der Abstimmung dokumentierten, und daß keine Resolution zur Abstimmung gebracht wurde, die eine Acceptierung der Bernsteinschen Vorschläge durch die Partei ausdrücklich ablehnt."

Die **„Leipziger Volkszeitung"** bezeichnet die Verhandlungen des Parteitages als eine so gründliche Abfertigung der opportunistischen Richtung in theoretischer Hinsicht, „daß von ihr wohl nicht ein einziger heiler Rest übrig geblieben ist." Nicht ganz befriedigt ist sie dagegen von der Resolution Bebels, die manches zu wünschen übrig lasse.

„Die einzelnen Absätze in ihr: der dritte, über das Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien, wie der vierte, bezüglich der Genossenschaften, sind durch ihre Dehnbarkeit eher schädlich als nützlich im Kampfe mit den opportunistischen Neigungen, das Ganze zu wenig ausgeprägt. Im ganzen ist aber der Sinn der Resolution, besonders ihres letzten Absatzes, so wie er durch den kleinen Zusatz pointiert wurde und im Zusammenhange mit dem ganzen Verlauf der Debatten ein ausdrücklicher Absagebrief an den Bernsteinianismus."

Im ganzen ist auch sie mit den Ergebnissen des Parteitages zufrieden, der eine Abrechnung mit dem Opportunismus in Theorie und Praxis vollzogen habe.

Die **„Volksstimme"** in Chemnitz stellt dem Parteitag das Zeugnis aus, daß er in der Behandlung der durch Bernstein aufgerollten Fragen auf der Höhe der Situation gestanden habe, und ist mit dem Abschluß der Verhandlungen durch Annahme der Bebelschen Resolution zufrieden, bedauert aber die Art, wie über die Militärfrage und gegen Schippel verhandelt wurde, und meint, daß der Parteitag in diesem Punkte tief unter dem Niveau gestanden hätte, das er sonst eingenommen habe. Das Blatt betont jedoch ausdrücklich, daß es nach wie vor auch in der Milizfrage ganz auf dem Boden des Programms stehe. Als erfreulich bezeichnet es auch, „daß der Parteitag endlich einmal mit der Disciplinlosigkeit kräftig ins Gericht ging, die durch die Leipziger in der vordem so musterhaft einig gewesenen sächsischen Socialdemokratie eingeführt worden ist."

Die übrigen sächsischen Parteiblätter übergehen diesen Punkt mit Schweigen.

Die **„Schleswig-Holsteinische Volkszeitung"** hat zwar im einzelnen vielerlei an den Verhandlungen auszusetzen, im ganzen aber ist sie befriedigt über das Ergebnis.

„Der Streit der Meinungen ist durch die Annahme der Bebelschen Resolution (mit 216 gegen 21 Stimmen) keineswegs aus der Welt geschafft, vielmehr werden die Genossen die von Bernstein angeregten Streitfragen auch in Zukunft im Auge behalten müssen. Aber es ist zunächst doch einmal, und jedenfalls für Jahre hinaus, festgestellt, daß es gegenwärtig innerhalb der Partei keinen Genossen giebt, der sich nicht mit den Grundzügen der Partei im Einverständnisse fühlte oder sich Verstöße gegen die Taktik derselben zu schulden kommen zu lassen beabsichtigte. . . .

So sehr wir uns auch der durch die Annahme dieser Resolution bekundeten Einmütigkeit der Partei zu freuen haben, so darf doch auch nicht übersehen werden, daß deshalb jedermann für dieselbe stimmen konnte, weil sie sehr allgemein gehalten war und der subjektiven Interpretation einen recht weiten Spielraum ließ. Wenn der Genosse Katzenstein deshalb erklärte, er enthalte sich der Abstimmung, weil die Resolution die Ansichten zu wenig festlege, so muß ihm zugestanden werden, daß er seine Gründe für sich hatte. Andererseits freilich muß auch Genosse Katzenstein wissen, wie schwer es ist, eine präcise Resolution zu fassen, die nicht ihrer scharfen Fassung wegen wiederum Mißverständnisse und Bedenken hervorruft."

„Das hast Du gut gemacht, Alter!" Dieser Ausruf Bebels, der sich an Liebknechts Hinweis auf die Harmlosen anknüpfte, hatte einigen Parteiblättern Anlaß zu einer schwungvollen Betrachtung gegeben, in der die moralischen Qualitäten der Bourgeoisie und des Proletariats einander gegenübergestellt wurden. Daran übt die Breslauer **„Volkswacht"** die folgende Kritik:

„Ist es unserer Meinung nach schon falsch, die grünen Herren Taugenichtse, die im „Harmlosen"-Prozeß eine Rolle spielen, als Vertreter der besitzenden Klassen darzustellen, wie es Liebknecht unter Bebels Beifall that, so ist es geradzu geschmacklos, diesem verlotterten Nachwuchs unserer Besitzenden das in Hannover tagende Parlament der deutschen klassenbewußten Arbeiter gewissermaßen als leuchtendes, nachahmenswertes Beispiel gegenüberzustellen, wie es die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" thut. Unser Parteitag stellt die berufene Vertretung der größten politischen Partei Deutschlands dar, die jungen Spieler und Verschwender aber, die im Moabiter Justizpalast agieren, offenbaren allerdings sehr charakteristische Krankheitserscheinungen am socialen Körper, bedenkliche Auswüchse unserer besitzenden Klasse, sie sind aber eben so wenig die Vertreter der besitzenden Klasse, die Verkörperung der in dieser Klasse noch vorhandenen geistigen und moralischen Kräfte und Fähigkeiten, wie das etwa die Lumpenproletarier der großen Städte für die arbeitende Klasse sind. Schon im Interesse der Würde unseres Parteitags möchten wir daher die von unserem Dresdener Partei-Organ beliebte vergleichende Gegenüberstellung von Parteitag und „Harmlosen"-Sippschaft sehr entschieden zurückweisen.

Eine Anzahl Parteiblätter geben einem Artikel von **Parvus** Raum, dessen Urteil über die Ergebnisse des Parteitages in diesen Sätzen gipfelt:

Man hat auf dem Parteitag daran erinnert, daß die Partei über ein Jahrzehnt das Gothaer Programm behielt, dessen theoretische Unzulänglichkeit, ja Falschheit, Marx gleich im Anfang schonungslos aufdeckte. Und wir wissen, daß die Praxis der Partei über jene falschen Theorien des Programms sich einfach hinwegsetzte. Man hat nicht im Sinne jener Theorien gehandelt, sondern anders. Und als es zur Revision des Programms kam, haben sie keinen einzigen Verfechter — mehr gefunden. Marx konnte sich wahrhaftig keine glänzendere Rechtfertigung seiner Kritik durch die thatsächliche Entwickelung denken. So mußte es auch kommen, wenn der Parteitag jetzt einen falschen Beschluß gefaßt hätte. Er hat es nicht gethan. Er hat scharf die Scheidelinie zwischen sich und den bürgerlichen Parteien gezogen, er ließ sich nicht auf spekulative Verallgemeinerungen ein, die alles in ein Urchaos auflösen, sondern er blieb auf dem materiellen Boden des Klassenkampfes. Alle Welt weiß jetzt, daß die Partei nach wie vor bereit ist, in dem Augenblick, wo die Arbeiter ihr die dazu nötige Macht verschaffen, die Fabriken und andere Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum überzuführen und die kapitalistische Herrschaft zu beseitigen. Ich sehe den Hauptvorteil dieser Klarlegung unseres grundsätzlichen Standpunktes darin, daß die Partei sich nunmehr mit aller Energie der Lösung der praktischen Aufgaben der Gegenwart zuwenden kann."

Parvus erörtert dann in umfassender Weise die wirtschaftlichen Aussichten der nächsten Zukunft und die sich daraus für die Partei ergebenden praktischen Aufgaben und schließt:

„So harren der Partei auf allen Gebieten große praktische Aufgaben. Wir alle wissen, daß die „positiven Erfolge", die sie dabei erlangen wird, von vornherein sehr problematisch erscheinen müssen. Daran aber kann es keinen Zweifel geben, daß sie, wenn sie in allen diesen Fällen den Arbeiterstandpunkt zum Ausdruck bringt, eine eminente Agitation entfalten und die Organisation des Proletariats fördern wird. Und wenn wir unter diesen Umständen mit aller Energie in die praktische Arbeit eintreten, was anders bewegt uns, als die Zuversicht, daß in der Organisation des Proletariats eine Macht erwächst, welche im stande sein wird, die Leitung des Staates in ihre Hände zu nehmen? Der mächtigste Impuls unserer praktischen Arbeit sind unsere revolutionären Grundsätze."

Einer hohen Befriedigung über den Parteitag giebt die **„Wiener Arbeiter-Zeitung"** Ausdruck. Sie schreibt:

„Die Erwartungen, die man an den Hannoverschen Parteitag geknüpft hat, hat er erfüllt und übertroffen. Man darf ohne Ruhmredigkeit sagen: es giebt keine Delegiertenversammlungen einer Partei, in der eine solche Diskussion, wie sie in Hannover über die „Bernstein-Frage" geführt wurde, möglich wäre, möglich im Sinne der Sachkunde, der Gründlichkeit und des Eifers, der bei allen oder fast allen Rednern hervortrat. Mit Bewunderung muß uns dieses Bild eines großen geistigen Kampfes erfüllen, und wie sehr es ihnen gegen das Gefühl gehen mag, dem Gefühl der Bewunderung müssen auch die erbittertsten Gegner der Arbeiterpartei Ausdruck geben.

Es war eine Freude, zu sehen, wie in diesem Meinungsstreit Redner auf Redner hervortrat, sprechend aus dem tüchtigsten Wissen, aus reichster Erfahrung, aus jener glühenden Liebe zur gemeinsamen Sache. Welche bedeutenden, scharf ausgeprägten Individualitäten standen da nebeneinander und gegeneinander auf! Auch in dieser Hinsicht steht die deutsche Partei ohnegleichen da. Seit jeher hat man sich bemüht und versucht es wohl auch jetzt noch manchmal, die Arbeiterpartei als eine willenlose Herde darzustellen, die von ein paar „Führern" getrieben wird. Und gerade in der Socialdemokratie zeigen die Männer, die in den vorderen Reihen kämpfen, alle ein eigenes Gesicht, eine imponierende Selbständigkeit des Denkens und Meinens und einen herrlichen Freimut des Wortes . . . . .

Das, was die Gegner als Zeichen des beginnenden Zwiespalts seit einem Jahrzehnt verschreien, das ist in Wahrheit nur der Ausdruck der starken Lebenskraft, der nie rastenden inneren Fortentwicklung. Die Diskussion über die „Bernstein-Frage" hat nach den heftigen Debatten mit der fast einstimmigen Annahme einer Resolution geendet, in der sich die Geschlossenheit und Einigkeit der Partei glänzend bekundet."

Versammlungen.

Der Streik der Posamentiere

wurde am Donnerstag vor dem Einigungsamt verhandelt. Den Vorsitz führte Gewerberichter v. Schulz. Als Beisitzer fungierten seitens der Arbeitgeber: Fabrikbesitzer Weigert und Möbelfabrikant Edstein; seitens der Arbeitnehmer Former Körsten und Wirker Hübsch. Die Parteien waren vertreten durch die Arbeitgeber Keßler, Knocke, Vollmar und Wagler, und die Arbeitnehmer Rudolph Klau, Georg Berger, Fritz Berger und Karl Müller.

Klau führte als Sprecher der Arbeitnehmer aus: Seit dem Jahre 1888 sei die in Berlin gefertigte Posamentierarbeit immer kunstvoller geworden, aber, obwohl in dieser Hinsicht an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter erhöhte Anforderungen gestellt wurden, sei der Lohn ständig herabgegangen, und betrage gegenwärtig in Accord 20 bis 24 M., in Lohn 18 bis 23 M. Der Redner begründete die Forderungen der Streikenden. Dieselben sind in der Hauptsache folgende: 27 M. Wochenlohn, täglich 9 stündige Arbeitszeit, die Accordpreise werden um 25 Proz. erhöht. Ueberstunden werden in Lohn mit 15, in Accord mit 10 Pfg. Aufschlag bezahlt. Accord wird nur über 7 Meter gearbeitet, auf seidene Arbeit erfolgt ein Zuschlag von 5 Pf. pro Meter. Die Schnurdreherei in Accord hört auf. Ueber den Verlauf des Streiks sagte der Redner: Am 9. September seien 172 Gehilfen in den Ausstand getreten, 20 Firmen mit 92 Gehilfen hätten bis jetzt die Forderungen bewilligt, ausständig seien zur Zeit noch 56 Gehilfen.

Keßler als Sprecher der Arbeitgeber bemerkte: Die Arbeitgeber hätten zwar kein dringendes Bedürfnis mehr, eine Einigung herbeizuführen; wenn sie jetzt trotzdem vor das Einigungsamt gekommen sind, so wollten sie dadurch nur ihre Friedensliebe bekunden. Die Differenzen hätten längst erledigt sein können, wenn nicht die Lohnkommission sich zwischen die Arbeitgeber und ihre Arbeiter gedrängt hätte. Der Lohnkommission sei es nicht um eine Verständigung, sondern vielmehr um die Ausübung der Herrschaft über Arbeiter und Arbeitgeber zu thun. Wenn es erst dahin kommen solle, daß sich die Lohnkommission in den Betrieb einmische, dann würden ja die Arbeitgeber nur die Hausdiener der Lohnkommission sein. Die gestellten Forderungen bezeichnete der Redner als unannehmbar, namentlich könne der Mindestlohn von 27 Mark nicht bewilligt werden, da die auswärtige Konkurrenz mit erheblich niedrigeren Löhnen arbeite. Dasselbe gelte von der Arbeitszeit. Mit der Lohnkommission hätten die Arbeitgeber nicht unterhandeln wollen, denn sie könnten es nicht dulden, daß sich fremde Leute in die Werkstatt drängen, um daselbst ihre politischen Ideen zur Geltung zu bringen.

Die Vertreter der Arbeiter verwahrten sich ganz entschieden dagegen, daß die Lohnkommission Herrschaftsgelüste ausüben wolle oder sich von politischen Gesichtspunkten leiten lasse. Die Lohnkommission sei auch nicht schuld daran, wenn bisher keine Einigung zu stande gekommen sei. Sie habe die Forderungen der Arbeiter am 28. August den Arbeitgebern zugestellt, darauf habe aber der Obermeister namens seiner Kollegen geantwortet: Die Arbeitgeber lehnen die Forderungen ab. Trotzdem habe sich die Kommission noch einmal in einem Schreiben an Herrn Plieschke zu Verhandlungen bereit erklärt, aber keine Antwort erhalten.

Ueber die einzelnen Forderungen wurde längere Zeit zwischen beiden Parteien diskutiert.

Das Einigungsamt unterbreitete nach dreistündiger Beratung den Parteien folgende Vorschläge:

Durchschnittlicher Wochenlohn 25,50 M., wöchentliche Arbeitszeit 56½ Stunde (Montag—Freitag je 9½, Sonnabend 9 Stunden), für Ueberstunden 10 Pf. Zuschlag. Die Accordlöhne bleiben der freien Vereinbarung überlassen. Für Reifer unter 7 Meter ist ein höherer Lohn zu zahlen. Maßregelungen finden nicht statt.

In einem neuen Termin, der am Montag um 12 Uhr stattfindet, werden sich die Parteien über Annahme oder Ablehnung der vorstehenden Vergleichsvorschläge äußern.

Der Wahlverein des vierten Berliner Reichstags-Wahlkreises (Südosten) hielt am Dienstagabend seine Generalversammlung, die sehr gut besucht war, in Graumanns Lokal, Naunynstraße, ab. Nach dem Bericht des Vorstandes fanden im letzten Halbjahre eine Generalversammlung, fünf Mitgliederversammlungen und acht Vorstandssitzungen statt. Die Versammlungen waren verhältnismäßig gut besucht. Neu aufgenommen wurden 699 Mitglieder. Gestorben sind drei Genossen, zu deren Ehren sich die Versammelten von ihren Plätzen erhoben. Ausgeschlossen wurde H. Wallmann (Tischler), und freiwillig schied aus der Metallarbeiter Baber, gegen den vorher Anschuldigungen wegen unsolidarischem Verhalten gelegentlich einer Lohnbewegung anhängig gemacht waren. Die augenblickliche Mitgliederzahl beträgt 2600 (einschl. einiger Restanten). Den Kassenbericht giebt Genosse Traczyk. An altem Kassenbestand waren zu verzeichnen 471,55 M.; an Einnahme 1827,45 M.; an Ausgabe 1602,40 M., so daß ein augenblicklicher Bestand von 696,60 M. verbleibt. Zum Punkt „Ausgabe" wird bemerkt, daß 1106,70 M. für Agitation im Wahlkreise selbst verwendet wurden. Auf Antrag wird dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Aus der Wahl zum Vorstand gingen folgende Genossen hervor: 1. Vorsitzender: Rich. Weiße, 2. Vors.: Fr. Moseus; 1. Schriftführer: Ad. Runge, 2. Schriftführer: Dilau; 1. Kassierer: W. Traczyk, 2. Kassierer: Salzmann; Beisitzer: Rich. Berlin, H. Voigt und Junker. Es hält nun Genosse Marckwald einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Das Problem der Frauenfrage", an den sich eine kurze Diskussion anschloß. Unter Vereinsangelegenheiten wird auf die noch vorhandenen Billets zur „Sternwarte" aufmerksam gemacht und endlich bemerkt, daß die Genossen mehr als bisher ihre Kraft für Stärkung des Vereins einsetzen mögen.

Die polnischen Socialdemokraten Berlins hielten am Sonntag eine öffentliche Versammlung in Feuersteins Festsälen ab. Auf der Tagesordnung stand die Berichterstattung über die Posensche Provinzial-Konferenz in Colmar und über den Brandenburger Provinzial-Parteitag in Berlin. Ueber die erstere sprach Genosse Merkowski, über den letzteren Genosse Berfus. Beide Redner betonten das gute Einvernehmen der polnischen Socialdemokratie zu der deutschen und umgekehrt der deutschen zu der polnischen. Beide Konferenzen sind für uns Polen von großem Wert; sowohl hier als dort ist die Meinung zum Ausdruck gekommen, daß, wenn auch die beiden Nationalitäten gesondert marschieren, sie doch gemeinschaftlich in den Kampf für die Ideale der arbeitenden Klasse eintreten. Durch diese beiden Konferenzen ist der Nachweis geliefert, daß wir keine sogenannte polnische resp. deutsche, sondern eine internationale Socialdemokratie bilden.

In Posen hat man eine aus Polen und Deutschen bestehende Agitationskommission gewählt; auf der Brandenburgischen Konferenz hatte man den Beschluß gefaßt, einem polnischen Genossen in der Agitationskommission einen Platz einzuräumen. Hier wie dort wird man für die Zukunft bessere Resultate in der Agitation erwarten können. Speciell für die Provinz Brandenburg, wo ca. 150 000 Polen leben, wird der letztere Beschluß des Brandenburger Parteitages einen wohlthuenden Eindruck auf die großen Massen der noch seitwärts stehenden polnischen Arbeiter ausüben und ein größeres Vertrauen den deutschen Genossen von dem polnischen Proletariat entgegengebracht. — In die Brandenburger Agitationskommission wurde Genosse Merkowski gewählt.

Die Berliner Arbeiter-Bildungsschule hielt am Donnerstag, den 12. Oktober, im Englischen Hof, Neue Roßstraße 3, ihre vierte ordentliche Generalversammlung ab. Lammé gab den Bericht über das verflossene Vierteljahr, in dem nach Beschluß der letzten Versammlung der Unterricht wie im Vorjahre ausgefallen war. Die Schule war infolge Besitzwechsels in dem früheren Lokal wiederum zu einem Umzug genötigt und befindet sich jetzt im Englischen Hof, Neue Roßstraße 3. Die Mitgliederzahl, naturgemäß durch die Unterbrechung der Unterrichtskurse eine geringere, betrug 137 Personen, davon waren 10 Jahresmitglieder, und zwar 116 Herren und 21 Damen. Organisiert waren, soweit Angaben vorlagen, politisch und gewerkschaftlich 41, nur gewerkschaftlich 38, nur politisch 7.

Hierauf erstattete der Kassierer Königs den Kassenbericht. Die Einnahme betrug Juli-September 217,05 M., die Ausgabe 272,57 M. Es verblieb ein Bestand am 1. Oktober von 2277,70 M. Nach dem Bericht des Bibliothekars Quarg bestand die Bibliothek aus 949 Büchern. Ausgeliehen wurden während des Vierteljahrs 75 Bände. Des Umzugs wegen war die Bibliothek während fünf Wochen geschlossen. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer sowie dem Bibliothekar einstimmig Decharge erteilt. Hierauf erfolgt die Neuwahl eines Bibliothekars, da Genosse Quarg sein Amt niederlegt. Gewählt wird Knickeberg und als Hilfsbibliothekar Engel. Für zwei ausscheidende Revisoren werden Garsli und Stempel gewählt. Ein Antrag Rückes, dem

Vorstande die Berechtigung zu erteilen, die Gehälter der Lehrer zu erhöhen, wird, nachdem der Vorstand den Antrag aufgenommen und die Erhöhung des Honorars pro Abend von 6 Mark auf 7 Mark beantragt hat, nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen. Die Erhöhung tritt mit dem beginnenden Quartal in Kraft. Ebenfalls angenommen wird ein Antrag Minzberg auf Gewährung einer halbjährlichen Entschädigung von 20 M. an den Bibliothekar, mit der von Stiller beantragten Erweiterung, diese Gratifikation fortlaufend zu zahlen. Für das erste Quartal 1900 werden als Unterrichtsgegenstände in Aussicht genommen: **Nationalökonomie, Geschichte und Redeübung.**

Nach längerer Diskussion, die sich mit den **Sonntags-Versammlungen**, sowie mit event. Agitation für die Schule in Vereinen und durch Flugblattverbreitung beschäftigt, an der sich Jahn, Buschick, Oesterle, Stoller, Müller, Lammé, Königs und andere beteiligen, macht der Vorsitzende noch bekannt, daß der Schule als Mitglied des Vereins der Freunde der Treptower Sternwarte, von jetzt ab alle vierzehn Tage zehn Eintrittskarten für die Mitglieder zur Verfügung ständen.

Mit der Aufforderung an die Mitglieder, für einen guten Besuch der am Montag beginnenden Kurse zu agitieren, wird die Versammlung geschlossen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend hielt am 11. Oktober seine Mitgliederversammlung im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c, ab. Herr Dr. Lux hielt einen Vortrag über „den Stand der Technik am Ende des Jahrhunderts". Referent meinte, daß die Technik in der Ausführung der Bauarbeit wenig Fortschritte gezeitigt habe, eminentere Fortschritte seien dagegen in der Bauart und Herstellung des betreffenden Materials zu verzeichnen, hauptsächlich nahm er Bezug auf die Verwendung von Eisen und Glas, indem er auf die modernen, in neuerer Zeit errichteten Warenhäuser hinwies. Im weiteren erläuterte Referent die kolossale Entwicklung der Technik betreffs des Verkehrs, der Bekleidungs-, Uhren-Industrie usw. Alsdann verwies Redner auf die Erfindung der Elektricität und schilderte vor allem die Kraft, Licht und Schnelligkeit derselben und wies durch seine Ausführungen nach, welchen ungeheuren Einfluß diese Erfindungen auf das Arbeitsverhältnis des Proletariats ausüben. Daher sei es die heiligste Pflicht der Arbeiter, die Produktion zu organisieren. Das aber könne nur geschehen durch gut geleitete gewerkschaftliche Organisationen, denn die gewerkschaftlichen Organisationen werden diejenigen sein, die später die Leitung der Produktion in die Hand zu nehmen haben, daher sei es Pflicht aller Arbeiter, sich zu organisieren. Diskussion fand nicht statt. — Im Verschiedenen unterzog Kollege Metzke das Verhalten der Kollegen betreffs Innehaltung der im Einigungsvertrage festgesetzten Arbeitszeit, einer herben Kritik und fand es bedauerlich, daß gerade die in der Bewegung älteren, auch organisierten Kollegen sich dazu hergeben, den jüngeren Kollegen mit einem derartigen Beispiel voran zu gehen und ermahnte daher die Anwesenden, mit aller Kraft und Energie für die im Einigungsvertrage festgesetzte Arbeitszeit, einzutreten, nur dadurch werde es möglich sein, sich auch für späterhin Respekt bei dem Unternehmertum zu verschaffen. Zum Schluß machte der Vorsitzende auf den am 29. Oktober, mittags 1 Uhr, in der Urania, Taubenstr. 48/49, stattfindenden Vortrag aufmerksam, und ersuchte die Kollegen, sich recht rege daran zu beteiligen. Gleichzeitig wurde bekannt gegeben, daß am Sonntag, den 22. Oktober, die Generalversammlung des Vereins im Englischen Garten stattfindet.

In der öffentlichen Versammlung der Tabak-, Cigarren- und Cigarettenbranche gab Rosenthal den Bericht der Kommission. Die Einnahme in den 3 Quartalen betrug 349,65 M., die Ausgabe 311,50 M. Dem Kassierer wird Decharge erteilt. Den Bericht der Kommission, welche die Agitation unter den Cigarettenarbeitern und -Arbeiterinnen zu betreiben hat, giebt Butry. Die Kommission wird durch zwei weitere Personen ergänzt und besteht nun aus folgenden 7 Personen: Cigarrenarbeiter Butry, Rosenthal, Rabe, Roske, Kieper, sowie die Cigarettenarbeiter Börner und Goldberg. Zu Revisoren wurden der Cigarettenarbeiter Spannemann und die Cigarrenarbeiter Hande und Moos ernannt.

Nunmehr wird der Bericht des Gewerkschafts-Delegierten W. Börner entgegengenommen. Derselbe führte aus, daß die Tabakarbeiter bis Dato, zur Erhaltung des Bureaus, das Drei- bis Sechsfache gegen die größeren Gewerkschaften (Holzarbeiter, Metallarbeiter und Buchdrucker) zahlten, d. h. der Kopfzahl nach. Nunmehr sei eine andere Strömung am Ruder, welche für die großen Gewerkschaften ein, je nach der Stärke der Centralorganisierten am Platze, entsprechend höheres Stimmrecht beanspruchen. Die Sache sei zwar noch nicht spruchreif, aber nach allem zu schließen, würde dieses Projekt wohl zur That werden, unbekümmert darum, daß bis jetzt 27 Organisationen ihren Austritt aus der Gewerkschaftskommission erklärt und sich zu einem Kartell bereits vereinigt hätten; allerdings müßten ja nun auch die größeren Gewerkschaften anders bezahlen, wie es vorher geschehen; die Tabakarbeiter würden dadurch nicht mehr belastet. Nach längerer Diskussion, in der von allen Rednern bedauert wurde, daß ein solcher Streit ausgebrochen, findet eine Resolution Annahme, welche das bisherige Wirken des Delegierten gutheißt und ihn beauftragt, in derselben Weise weiter zu arbeiten. Hierauf wird Börner einstimmig wiedergewählt.

Die Handelshilfsarbeiter hielten am 10. d. M. ihre Generalversammlung ab. Rein erstattete den Vierteljahresbericht und wurde ohne Debatte auf Antrag der Revisoren demselben einstimmig Decharge erteilt. Den Bericht über den Arbeitsnachweis gab Steinicke. Daraus ist zu entnehmen, daß vom 1. Juli bis 30. September 652 Stellen gemeldet wurden. Davon konnten 223 für fest und 138 zur Aushilfe besetzt werden. 191 konnten nicht besetzt werden, weil zu schlechter Lohn, zu lange Arbeitszeit usw. Der höchste Lohn betrug 24 Mark, der niedrigste 15 Mark. Die längste Arbeitszeit wurde mit 14 Stunden, die kürzeste mit 8 Stunden angegeben. Mittagspause in den meisten Fällen 1½ Stunden. Von den meisten in Stellung Gehenden wurde Sonntagsarbeit verlangt und in den seltensten Fällen besonders vergütet. Es meldeten sich in demselben Zeitraum 297 Kollegen arbeitslos, von diesen konnten 284 in Arbeit gebracht werden. Die längste Arbeitslosigkeit betrug 7 Wochen, die kürzeste ½ Tag. Hervorgehoben wurde, daß der Arbeitsnachweis in der letzten Zeit gut entwickelt hat und daß auch jeder Kollege ferner seine Pflicht erfüllt und jede freiwerdende Stelle sofort im Bureau meldet. Der Kollege Schulze berichtete dann über die erfolgte Aussperrung von Kollegen der Firma Lewy Gebr., in Boxhagen-Rummelsburg. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausgesperrten solidarisch und überträgt dem Vorstand die Regelung der durch die Aussperrung notwendigen Schritte." Leider hatte sich ein Kollege, der Arbeiter Berth. Gundlach, nicht den andern Kollegen angeschlossen; dieses wurde allgemein verurteilt und wurde derselbe auf Antrag einstimmig aus dem Verband ausgeschlossen. In der darauffolgenden Vorstands-Ersatzwahl wurde Fränkler für den Süd-Osten und Wangemann und Knebel als Revisoren gewählt. Nach einigen geschäftlichen Erledigungen schloß der Vorsitzende mit einem brausenden Hoch auf den Verband die gut besuchte Versammlung.

Vergolder. Am 16. Oktober fand die ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes der Vergolder (Filiale Berlin) in den „Arminhallen" statt. Zum ersten Punkt erstattete der Kassirer Bericht vom 3. Quartal, die Revisoren bestätigten die Richtigkeit und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Dann kam die Lage der Berliner Rahmen-Vergolder zur Sprache. Die Verlesung der Präsenzliste ergiebt, daß sämtliche Vergolder der Rahmen-Werkstätten anwesend waren. Die Verhandlung der Kommission mit der Firma „Vereinigung der Kunstfreunde", Inhaber Kommerzienrat Treutsch, hat ihren Abschluß gefunden; die Firma hat sich verpflichtet, die bisherigen Löhne sofort um 7½ Proz. zu erhöhen, Beibehaltung der Achtstunden-Arbeitszeit (in anderen Werkstätten wird neun Stunden gearbeitet), nach dem nächsten Lieferungsabschluß, der spätestens in einem ¼ Jahre erfolgt, werden die Löhne um weitere 2½ Proz. erhöht. Dieses fand die Zustimmung der Versammlung. Von der Innung hat man bis jetzt noch keine Antwort erhalten, woraus man schloß, daß die Herren Verschleppungs-Politik treiben wollen. Es wurde beschlossen, wenn die Meister bis Sonnabend die gestellten Forderungen nicht bewilligt resp. mit der Kommission nicht verhandelt haben, am Montag die Arbeit niederzulegen. Hierauf schritt man zur Wahl zweier Haupt-Vorstandsmitglieder und wurden gewählt: Kollege Stahmann, zweiter Hauptvorsitzender; Kollege Scholz, zweiter Hauptkassierer und Kollege Hahn zum Revisor des Hauptvorstandes. Trotz der vorgerückten Zeit hielt Herr Dr. Wollheim einen Vortrag über „Die Naturwissenschaft und das Volk", welcher von den Versammelten beifällig aufgenommen wurde. Diskussion fand nicht statt.

Erkner. Am Sonnabend hielt der Arbeiter-Bildungsverein für Erkner und Umgegend seine Monatsversammlung im Kurhause ab. Ein Vortrag fand nicht statt, da sehr viel Geschäftliches vorlag. Aus den Berichten sind als besonders erfreuliche Thatsachen zu melden, daß der Verein jetzt 118 Mitglieder gegen 33 im Mai zählt, sowie daß der Kassenbestand trotz sehr hoher Ausgaben 71 M. beträgt. Ein Beitrag von 12 M. wurde für die Bibliothek genehmigt, die im Juli errichtet worden ist. Die nächste Versammlung soll in Woltersdorf stattfinden.

Charlottenburg. Der Verband der Fabrik- und Landhilfsarbeiter hielt am 10. Oktober in der Gambrinus-Brauerei seine Generalversammlung ab, in welcher Frau Reich einen sehr interessanten Vortrag über: Was haben die Arbeiter und Arbeiterinnen zu thun, um eine menschenwürdige Existenz zu erringen, hielt, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Der Kassenbericht vom 3. Quartal ergab eine Einnahme von 267,10 M.; demgegenüber steht eine Ausgabe von 187,30 M., bleibt ein Bestand von 79,80 M. und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab, daß Pohl als erster, Taßler als zweiter und Scheel als dritter Bevollmächtigter gewählt wurden; zu Revisoren wurden Grieger, Dohnke und Stahlberg gewählt. Zu Verbandsangelegenheiten wurde beschlossen, zu der am 12. November in Potsdam stattfindenden Konferenz einen Delegierten zu entsenden, und wurde hierzu Scheel gewählt; hierauf wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Die Lohnkommission der Bauarbeiter (central) teilt uns berichtigend mit, daß es in dem Bericht der Bauarbeiter-Versammlung in Nr. 243 vom 17. d. M. anstatt: „Der Lohn betrug auf 80 Bauten 50—55 Pf. pro Stunde" vielmehr heißen muß: „. . . **40—45 Pf.** pro Stunde".

Lese- und Diskutierklubs. Freitag. „Dietzgen", Schröder, Wiesenstraße 30. — „Karl Marx", Naumann, Blücherstr. 42. — „Stralau", Girdig, Stralau Nr. 17. — „Reimer", Seidel, Gerichtstr. 19.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Vorsitzender Adolf Neumann, Brunnenstr. 150. — Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Lausitzerstr. 33. — **Freitag.** Uebungsstunde abends 9—11 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. — „Kaiser'scher Männerchor", Mernau, Schwedterstr. 23/24. — „Nord", Adolf Neumann, Brunnenstr. 150. — „Unverzagt I", Batteroth, Skalitzerstr. 51/52. — „Buchbinder Männerchor", Fürstenhof, Köpnickerstr. 137/38. — „Vereinte Sangesbrüder Moabits", Marr, Puttlitzstr. 10. — „Maiglöckchen", Sachse, Lindowerstr. 26. — „Gemütlichkeit" (Putzer), Krüger, Seydelstr. 30. — „Morgenrot I", Charlottenburg, Leder, Bismarckstr. 74. — „Typographia", Arminhallen, Kommandantenstr. 20. — „Georgina", Dembiezki, Görlitzerstr. 52. — „Rheingold", Feind, Weinstr. 11. — „Rosenthaler Vorstadt", Geile, Swinemünderstr. 28. — „Iris", Martin, Naunynstr. 86. — „Männer-Gesangverein", Brandenburg a. H., Mengert, Bergstr. 6. — „Liberté", Vogel, Wrangelstr. 78. — Liedertafel „Freie Sänger", Hahn, Neue Königstr. 73. — „Nordwacht", Milbrodt, Müllerstr. 7. — „Sängerkreis", Neu-Weißensee, Karastewitz, Friedrichstraße 5. — „Eintracht II", Eberswalde, Restaurant „Zur Mühle". — „Völkerfrühling" (Stuccateure), Greiser, Oranienstr. 109. — „Neue Zeit", Lorenz, Watt- u. Baltasar-Ecke. — „Liederkranz", Brandenburg a. H., Bergstr. 6. — „Klingmüller'scher Männerchor", Weißensee, Zum Prälaten, Lehderstr. 122. — „Karthaus-Krummer'scher Männerchor", Göbel, Landsberger Allee 156. — „Treptow" in Treptow, Staffeldt, Baumschulenweg. — „Metallarbeiter-Osten", Tabert, Markusstr. 14. — „Treue", Nowack, Manteuffelstraße 9. — „Arion", Rixdorf, Eckert, Erkstraße 8. — „Sangesblüten", Conrad, Marsiliusstr. 8. — Gesangv. „Maurer Rixdorf-Britz", Rixdorf, Krämer, Hermannstr. 199. — Gesangv. der „Putzer", Schiller, Rosenthalerstr. 57. — „Moabiter Liederkranz", Sprechallen, Kirchstr. 27. — „Freie Sänger I", Hegermühle b. Eberswalde, Baugatz, Jagdschlößchen. — „Rosalia", Plach, Königsbergerstr. 34. — „Ruf", Manegold, Liegnitzerstr. 18. — „Sängerhort", Sander, Köpnickerstr. 158. — „Schuhmacher Berlins", (Weigmann, Andreasstraße 32. — „Allianee", Kaiser Franz Grenadierplatz 7 (Restaurant). — „Borax", Kuckuk, Naunynstr. 6.

Arbeiter-Rauchbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Eugen Raschke, Rixdorf, Mahlowerstraße 1, IV. **Freitag:** „Germania", Kubatzki, Arndtstr. 25. — „Frohe Stunde", Gauger, Alexandrinenstr. 122.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Freitag. Athletenv. „Felsenfest", Böttcher, Krautstr. 6. — Musikv. „Arion", Gabriel u. Jäger, Zehdenickerstraße. — Rauchklub „Ohne Zwang", Spät, Weinstr. 28. — Turnv. „Gesundbrunnen", abends von 8½—10½ Uhr: 1. Männerabt., Bankstraße 9—10. — Turnv. „Osten", Blumenstr. 65a, 8½—10 Uhr (Lehrlingsabteilung); Krautstr. 49, von 8—9½ Uhr (Damenabt.). — Musikverein „Allegretto", Blücherstr. 38. — Skatklub „Gemütlichkeit", Restaurant Patzenhofer, Lausitzer Platz 10. — Skatklub „Geschlossener Grand", Simon, Blumenstr. 46. — „Arbeiter-Turnv. Weißensee", Turnstunden abends 8—10 Uhr Albrechtshof, Parkstraße. — Vergnügungsv. der „Inkasso-Agenten", Sitzung jeden Freitag nach dem 1. und 15. im Monat, Neues Klubhaus, Kommandantenstr. 72. — Musikv. „Solo", Ramlow, Schönhauser Allee 135. — Tanzlehrerverein „Solidarität", Englischer Hof, Neue Roßstr. 3.

Weltfrieden-Loge Nr. 107, J. O. G. T., zur Bekämpfung des Alkohols, 8½ Uhr abends, Dresdenerstr. 10, nur für Mitglieder.

Arbeiter-Turnerbund. Freitag. Turnv. „Fichte", Berlin. Abds. von 8—10 Uhr: 2. Männerabt. Skalitzerstr. 55—56. 4. Männerabt.: Stephanstr. 3. 5. Männerabt. Ackerstr. 67. 6. Männerabt. Stallschreiberstraße 54. 1. Lehrlingsabt. Friedenstr. 37. 3. Lehrlingsabt. Bochstr. 17/20. 1. Damenabt. Mariannen-Ufer 1a. — „Freie Turnerschaft", Rixdorf-Britz. 3. Schülerabt. dort 6½—8½ Uhr. 3. Männer- und Lehrlingsabt. von 8½—10½ Uhr abds., Hoffmann, Bergstr. 151/152. — Turnerschaft d. B. „Keruds" (gegr. 1882), Männerabt. von 8—10 Uhr abds., Reichenbergerstr. 131/132 Damen-Abt. v. 8—10 Uhr abds., Manteuffelstr. 7. — Turnverein „Eiche", Köpenick, Männer- und Jugendabteilung von 7½ bis 9½ Uhr abends, Hotel Klein am Wilhelmsplatz. — Turnv. „Froh u. Frei", Groß-Lichterfelde, Vogel, Chausseestr. 104, 8½—10½ Uhr abends. — „Freie Turnerschaft", Friedrichsfelde, abends 8½—10½ Uhr, Bude, Prinzen-Allee 30.

Arbeiter-Schwimmerbund. Anfragen an E. Stratke, Schulstr. 24. Schwimmklub „Neptun", Weißensee, abends 7½ Uhr, im Seebad Weißensee. — Schwimmklub „Vorwärts", abends 7½ Uhr, Ratiborstr. 14b (altes Studentenbad). — Schwimmverein „Gut-Naß", Uebungsstunde jeden Freitag, abends 7 Uhr, Volks-Badeanstalt Moabit, Turmstr. 85a.

Arbeiterverein „Vorwärts", Kopenhagen. Jeden Sonnabend im Verkehrslokal, Korsgade 49: Versammlung. Daselbst befindet sich auch die Bibliothek des Vereins. Die nach Kopenhagen kommenden Genossen wollen dies beachten.

Socialistenklub „Vorwärts", Christiania. Café Keiser, Olaf Ryes Plads 8.

Samariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der zweite Vortragsabend in der Centrale am 28. Oktober, in der Filiale am 30. Oktober, abends 9 Uhr, stattfindet. Teilnehmer können noch aufgenommen werden. Vortragsthema: Physiologie und Verbandlehre. Der Lehrplan wird in den nächsten Uebungsstunden ausgegeben. Die Centrale befindet sich jetzt im „Dresdener Garten", Dresdenerstr. 45; die Filiale bei Neumann, Brunnenstr. 150. Der Vorstand.

Kunstgewerblicher Verein „Albrecht Dürer". Vortragsabend heute Freitag 9½ Uhr bei Spielberg, Köpnickerstr. 62. Vortrag des Prof. Hocheneck über: Canon der menschlichen Gestalten und der Tiere.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 2 bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Betten, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Portieren, Teppiche, Bettvorleger spottbillig. Pfandleihe Neanderstraße 6.

Damenmäntel, Jacketts, wirklich billig, verkauft Stranz, Alexanderstraße 15. 2018*

Möbel, bar und Teilzahlung, billigst. Frankfurter Allee 110, I, Ecke Königsbergerstraße. 1878*

Winterpaletots, Anzüge, Regulatoren, Remontoiruhren, Operngläser spottbillig. Pfandleihe Neanderstraße 6. 117/2*

Villen-Terrain im Vorort, 5 Minuten von der Bahn, 100 Ruten, schöne Lage, verkaufe für 1500 Mark bei halber Anzahlung. Gelp' Destillation, Stromstraße 31. [238b

Kanarienhähne und Weibchen billig zu verkaufen bei Ewald, Schönleinstraße 6. 215K*

Strickmaschinen, bestes Fabrikat, auch auf Teilzahlungen. Gustav Bredereck, Engelufer 20. †13*

Halbrenner, fast neu, krankheitshalber für jeden Preis verkäuflich. Schuhmann, Waldemarstraße 27, vorn I.

Kolonial-Geschäft, kleines, für Arbeiter-Frau passend, wegen Krankheit unter Inventurpreis zu verkaufen. Näheres R. 23, Filialexpedition Salzwedelerstraße 8. †53

Großer Möbelverkauf. Muschelbetten, Muschelspinden 27. Hochelegante Säulenspinden, Trumeaux mit geschliffenem Glas 50. Wunderschöne Paneels, Taschen-, Stoffsofas, Damenschreibtisch. Vollständige Wohnungs-Einrichtungen, Küchenmöbel, in großer Auswahl zu den billigsten Preisen. Hitschowitz, Mariannenstraße 7a. [217K*

Bettstellen, Matratzen, Kleiderspind, Wäschespind, Schlafsofa, Ausziehtisch, Stühle, Spiegelspindchen, Muschelspiegel, Bücherschrank, Säulentrumeau, Schlogegrammaor, Nähmaschine, Federbetten, Teppiche, Bilder, Herrenfahrrad, Damenfahrrad, Küchenmöbel sofort spottbillig verkäuflich Waldemarstraße 27, vorn I. [117/14

Bettsackrohr, Stuhlrohr, Bambus. C. H. Kramer, jetzt Wallstraße 10.

Ein noch gut erhaltenes Pianino sucht zu kaufen August Paris, Betten, Luisenstraße 17. 2232

Naturbutter, 10 Pfund-Colli, 5,60 Mark, Bienenhonig 4,— Mark, H. Spitzer, Probuzna, via Krakau.

Schanklokal, passend für Parteigenossen, ist wegen Krankheit zu verkaufen. Zu erfragen Gottfr. Schulz, Kottbuser Thor (Cigarrenladen). [*

Restauration mit vollem Schank in fabrikreicher Gegend ist umständehalber billig zu verkaufen. Zu erfragen beim Bäckermeister Brümmer, Koloniestraße 23. †55*

Gardinenband, Große Frankfurterstraße 9, parterre. †57*

Klavierspieler verlangt Restaurant Charlottenburg, Bismarckstraße 34. [*

Graveurgehilfen verlangt Georgenkirchplatz 26. 117/14

Gaskocher, Sparsystem Zweiloch 6,00, Dreiloch 10,00. Gasplätteisen billig. Gasbratofen 12,00, Gasheizöfen 9,00. Theilzahlung. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 26/27. (Kein Laden.) 2675

Vermischte Anzeigen.

Neueste Aufpolsterung von Sofas und Matratzen. Frantzke, Hollmannstraße 13. 2175

Elektrotechnik. Bestbewährte und meistbesuchte Abendkurse. Wintersemester (5 Monate) beginnt 3. November. Anmeldung täglich. Jackson, Alte Jakobstraße 24. 2458

Saal, 220 Personen, an Gesellschaften und Vereine zu vergeben. 2 Kegelbahnen noch mehrere Tage frei. Ewald, Schönleinstraße 6. [214K*

Vereinszimmer zu 60 Personen zu vergeben. Pfefferberg-Ausschank, Brückenstraße 2. 2135

Vereinszimmer mit Klavier zu vergeben. Ackerstraße 104, Paul Abendroth. †85

Backofenbau, sowie Feuerungs-Anlagen und Reparaturen werden ausgeführt. Carl Schmidt, Maurer, Sorauerstraße 9. 113b

Elektra, Prinzenstraße 55. Neuer Abendkursus und Praktikum für Elektromonteure 1. November. [218K*

Vermietungen.

Zimmer.

Nur für November wird von einem Ehepaar von außerhalb ein freundlich möbliertes Zimmer in der Nähe des Alexanderplatzes gesucht. Offerten unter W. 4 Expedition dieses Blattes. 2625

Großes möbliertes Zimmer, zwei Herren, à 18 Mark inklusive, Neue Jakobstraße 13, III, links. 2665

Möbliertes Zimmer, 2 Herren, zum 1. November zu vermieten. Boremba, Reichenbergerstraße 145/146, linker Aufgang vorn 4. †100*

Vorderzimmer, leeres, Görlitzerstraße 52, linker Aufgang IV. †74

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Klavierspieler für Sonnabend und Sonntag verlangt Ewald, Schönleinstraße 6. [216K*

Meister auf Stühle finden Beschäftigung. Goldleistenfabrik Posnanski u. Co., Oranienstraße 183.

Versilberer verlangt Posnanski u. Co., Oranienstr. 183. †79*

40 Maurer werden beim Wagenschuppen Rixdorf, Cannerstraße eingestellt.

Für ein Denkmal-Geschäft wird ein erfahrener Steinmetz und Schrifthauer verlangt. Angebote an die Expedition dieser Zeitung unter W. 4.

Grundierer auf Goldleisten verlangt Fleischer, Krautstraße 52. [2725*

Möbelpolierer, Kastenmöbel, tüchtigen, hohes Gehalt, dauernde Beschäftigung, nach Provinzialstadt gesucht. Persönliche Rücksprache Sonntagmittag Destillation Heinze, Weinmeisterstraße 3. [2705

Tüchtige Farbigmacher verlangt Deutsch u. Bachmann, Büschingstraße 4.

Stepperin auf Jacketts verlangt Goerlich, Grüner Weg 55. 2656

Damenkragen-, Manschettennäherinnen in und außerm Hause, höchste Preise, verlangt Jannuschek, Brunnenstraße 16, Aufgang IV. [2745

Kartonarbeiterinnen erhalten dauernd gute Beschäftigung bei Max Geib, Annenstraße 14. 2695

Handnäherinnen, geübte, sucht bei hohem Arbeitslohn Maaf, Treskowstraße 51, I. 1585

Paginiererinnen verlangt die Geschäftsbücherfabrik, Holzmarktstr. 67.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Reißzeug-Polierer werden gegen sehr gute Bezahlung, 25–35 M. pr. Woche **sofort gesucht.** Georg Schoenner, Reißzeugfabrik, Nürnberg.

Vergolderinnen suchen bei hohen Löhnen und dauernder Stellung 107/19 **M. O. Beck & Co.,** Leipzig. Glasmanufaktur.

Ein tücht. Anschläger auf Nähmasch.-Möbel erhält per sofort dauernde Stellung. Gebr. Nothmann, Nähmaschinen- u. Fahrrad-Fabr., Rixdorf, Kaiser Friedrichstr. 227/228. 117/16*

Achtung, Holzarbeiter!

In der Möbelfabrik von **Höhne & Krämer, Krautstr. 52,** haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zuzug fernhalten.
277/2 **Die Ortsverwaltung.**

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

Osten:
Robert Wengels, Fruchtstr. 30, H.
L. Vogel Wwe., Koppenstr. 83.
Chr. Schulz, Blumenstr. 14.

Nordosten:
J. Reul, Barnimstr. 42.

Norden:
W. Gahmann, Gleimstr. 65.
Karl Marx, Kastanien-Allee 95/96.
Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 14.
L. Dechand, Nettelbeckplatz. 24.
H. Vogel, Demminerstr. 32.
A. Tietz, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.

Südwesten:
F. Ohnesorge, Bergmannstr. 33, H. II.
H. Schröder, Kreuzbergstr. 15.

Süden:
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8

Südosten:
Fritz Thiel, Skalitzerstr. 35.
W. Gesche, Wrangelstr. 58.
Martin Meischa, Adalbertstr. 24.

Centrum:
G. Horsch, Gipsstr. 27.
A. Tietz, Breitestr. 23.

Charlottenburg:
Gust. Scharnberg, Schillerstr. 94 I.

Friedenau:
H. Bernsee, Kirchstr. 15.

Friedrichsberg:
Anton Kopp, Friedrich Karlstr. 4.

Pankow:
Kummert, Kaiser Friedrichstr. 15.

Rixdorf:
E. Ostermann, Erkstr. 6.
E. Neheran, Hermannstr. 50.

Schöneberg:
Wilh. Bäumler, Apostel-Paulusstr. 13.

Weissensee:
Heinrich Bachmann, Lehderstr. 1.
Julius Schillert, Königschaussee 20a.
Rob. Liebschwager, Gustav-Adolfstraße 16.

Verantwortlicher Redacteur: Robert Schmidt in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.